



Mission Creep Mali

EUropas gescheiterte
Hinterhof-Politik

GUE/NGL

THE LEFT

IN THE
EUROPEAN
PARLIAMENT

Impressum

Autor:

Christoph Marischka

Gestaltung:

Kurtuluş Mermer

Druck:

Basis-Druck GmbH, Duisburg

1. Auflage, 1.000 Exemplare, November 2022

Klimaneutraler Druck

Bestellungen:

Die Studie steht auf den angegebenen Webseiten zum Download bereit. Als gedruckte Broschüre kann sie zudem per E-Mail unter bestellungen@oezlem-demirel.de angefordert werden.

Herausgegeben von:

Özlem Alev Demirel

Europäisches Parlament

ASP 02G351

Rue Wiertz 60

1047 Brüssel

Tel.: 0032 228 45589

E-Mail: oezlem.demirel@europarl.europa.eu


www.oezlem-alev-demirel.de

www.guengl.eu



Inhalt

Vorwort	5
I. Grundlagen	6
I.1. Eine kurze Geschichte der gemeinsamen EU-Außenpolitik	6
I.2. Afrika und der Sahel als Testfelder	8
I.3. Ideologie: Scheiternde Staaten und Vernetzte Sicherheit	10
I.4. Interessen I: Schmuggel-, Migrations- und Terrorbekämpfung	12
I.5. Interessen II: Energie und Ressourcen (für die Energiewende)	15
II. Der vernetzte Ansatz in Mali	18
II.1. 2011-2012: Libyen-Krieg und der Zusammenbruch Malis	18
II.2. 2013: Die französische Intervention Serval	20
II.3. 2013ff: Barkhane, MINUSMA, EUTM, EUCAP	21
II.4. Spezialkräfte, Terrorbekämpfung und Ertüchtigung	27
II.5. 2016ff: G5 Sahel - Eskalation, Entgrenzung und Mission Creep	27
II.6. 2020f: Putsch und Kontrollverlust	31
III. Thesen zu den Ursachen des Scheiterns	36
III.1. Interventionen ohne Konfliktbewusstsein	36
III.2. Negation von Zielkonflikten	37
III.3. Unklare Priorisierung ausgreifender Ziele	38
III.4. Fehlende demokratische Kontrolle und Versagen der europäischen Zivilgesellschaft(en)	38
VI. Ausblick: Mali im Strudel der Geopolitik?	40
VI.1. Das deutsche Dilemma	40
IV.2. Ein blockfreies Mali?	41
Übersicht Internationale Missionen	42
Endnoten	43

An aerial photograph taken from an airplane window, showing the tail fin and wing of the aircraft in the foreground. Below, a vast, densely packed urban area is visible, characterized by a grid-like street pattern and numerous small buildings. The terrain appears to be a mix of urban development and open spaces, possibly a coastal or semi-arid region. The sky is clear and blue.

Die realen „Werte“ der EU liegen darin, ihren uneingeschränkten Zugang zu den Reichtümern des Kontinents zu sichern, ihre Märkte mit ihren Produkten und ihrem Müll voll zu stopfen und gleichzeitig Migration aus diesem Kontinent in die EU zu verhindern. Das sind „Werte“, gegen die es sich lohnt, laut zu werden!

Vorwort

Während diese Studie fertiggestellt wurde, ereignete sich in Burkina Faso am 30. September 2022 ein weiterer Putsch. Anlass war zwar die äußerst schlechte Sicherheitslage, die größte Sorge jedoch bereiteten westlichen Medien offenbar einige russische Flaggen, die von Unterstützer*innen des Putsches auf die Straßen von Ouagadougou getragen wurden. Nachdem die Präsenz europäischer Militär- und Polizeikräfte für nahezu ein Jahrzehnt mit altruistischen Motiven begründet wurde, wird deren Fortsetzung nun mit dem klassisch geopolitischen Argument gefordert, man dürfe anderen Mächten – in diesem Fall Russland – „nicht das Feld überlassen“.

In Wahrheit waren europäische Interessen von Anfang an prägend bei der Ausgestaltung der gemeinsamen europäischen Außenpolitik. Auf globaler Ebene ging es darum, die Rolle der EU in der Weltpolitik zu definieren und auch auf europäischer Ebene rangen die einzelnen Staaten und Institutionen darum, ihre jeweiligen Interessen durchzusetzen und ihren Einfluss in der entstehenden Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU auszubauen.

Während hierzulande China oder Russland dafür kritisiert werden, die osteuropäischen oder zentral- und ostasiatischen Länder und Märkte als ihren Hinterhof zu betrachten, behandeln die alten Kolonialstaaten und die imperiale Supermacht EU afrikanische Staaten genauso – als ihren Hinterhof.

Obwohl sich die jeweiligen Ziele der EU-Mitgliedstaaten im Detail unterscheiden, besteht ein gemeinsamer Nenner in der Überwachung und Unterbrechung „rechtswidrigen“ Handels und illegalisierter Migration bei gleichzeitiger Herstellung guter Rahmenbedingungen für „legalen“ Handel und Investitionen. Es geht den alten und neuen „Kolonialherren“ darum, weiterhin uneingeschränkten Zugang zu den wichtigen Rohstoffen und Reichtümern des Kontinents zu behalten. So ist im Niger und Mali u.a. Uran für französische Atommeiler von entscheidender Bedeutung. Zugleich sollte irgendwie der Terrorismus bekämpft werden.

Dieses breite Spektrum bestenfalls vage definierter Ziele war verbunden mit dem Willen und der imaginierten Fähigkeit, die betroffenen Staaten völlig neu zu strukturieren – und zwar nicht nur entsprechend europäischer Interessen, sondern auch europäischer Vorstellungen von effektiver Staatlichkeit und Regierungsführung.

Die Studie nimmt die Lage in Mali und dem Sahel ins Visier und beleuchtet die derzeitigen Entwicklungen sowie ihre

Hintergründe genauer. Alleine die Vielfalt von Begründungen für letztlich ähnlich bleibende Mandate und Einsätze dokumentiert den One-Size-Fits-All-Ansatz der europäischen und deutschen Außenpolitik, die auf ideologischen und ökonomischen Grundlagen beruht, der unabhängig von der konkreten Situation und den proklamierten Zielen zum Einsatz kommt. Insbesondere bei den Mali-Missionen hatte sich der so genannte „mission creep“ schon länger abgezeichnet. Das Phänomen beschreibt in der militärischen Definition die Tendenz, dass sich erklärte Ziele, das Mandat und oft auch der Kräfteeinsatz einer Mission zum Zeitpunkt des eigentlichen Scheiterns weiter ausweiten und multiplizieren – auch als Reaktion auf das Scheitern.

Nach diesem erneuten „mission creep“ bietet diese Studie eine kritische Analyse der Europäischen Außenpolitik und nimmt die Instrumente, die in der geopolitisch als G5 Sahel definierten Region eingesetzt wurden, unter die Lupe. Denn wieder liegt der Fokus der Missionen auf militärischer Intervention und Ausbildung, mit dem fatalen Resultat einer intensiven Militarisierung der gesamten Region. Ein Schauplatz, auf dem sich zahlreiche internationale Akteure mit ihren jeweils eigenen Interessen tummeln, für dessen sich immer weiter verschlechternde politische, soziale Sicherheitslage niemand in der EU wirklich Verantwortung übernehmen will.

Die kürzlich vom EU-Chefdiplomaten Josep Borrell gemachten Aussage vor angehenden EU-Diplomat*innen, bei der EU handele es sich um einen „Garten“, der vom Rest der Welt – dem „Dschungel“ – umgeben ist, wobei dieser Dschungel auf verschiedene Art und Weise in den Garten einfallen könnten, macht deutlich, wie EU-Politiker*innen auf höchster Entscheidungsebene die Welt wahrnehmen und was ihre größten Sorgen sind. Damit erklärt sich auch der immer wiederkehrende Ansatz von Militär und Abschottung und dem geopolitischen Agieren ohne Rücksicht auf Verluste.

Die Absurdität und Heuchelei hinter der angeblich wertebasierte EU-Außenpolitik wird glasklar und die Arroganz, mit der die alten Kolonialmächte in Europa nach wie vor auf den afrikanischen Kontinent als ihren Hinterhof blicken, ist nicht von der Hand zu weisen.

Die realen „Werte“ der EU liegen darin, ihren uneingeschränkten Zugang zu den Reichtümern des Kontinents zu sichern, ihre Märkte mit ihren Produkten und ihrem Müll voll zu stopfen und gleichzeitig Migration aus diesem Kontinent in die EU zu verhindern. Das sind „Werte“, gegen die es sich lohnt, laut zu werden!

Özlem Alev Demirel

I. Grundlagen

I.1. Eine kurze Geschichte der gemeinsamen EU-Außenpolitik

Bereits seit 1992 steht das explizite Ziel im Raum, die Europäische Union um eine militärische Komponente zu erweitern und gemeinsame Eingreifkräfte aufzustellen. Das European Headline Goal von 1999 sah die Schaffung einer EU-Eingreiftruppe mit 50.000 bis 60.000 Kräften für die Erfüllung der bereits 1992 definierten Petersberg-Aufgaben („humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen“)¹ vor. Auch zur Umsetzung dieser Ziele wurde 1999 das Amt des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen. Dessen erster Inhaber, der frühere NATO-Generalsekretär Javier Solana, sprach sehr früh von einem Prozess in „Lichtgeschwindigkeit“. Trotzdem existiert die anvisierte Eingreiftruppe bis heute allenfalls auf dem Papier und eine seither immer wieder als nächstes Ziel anvisierte europäische Armee lediglich in (verschiedenen) kleinen Ansätzen.

Dies ist nicht verwunderlich, denn die Rekrutierung militärischer Kräfte und die Entscheidung über deren Einsatz berührt den Kern nationalstaatlicher Souveränität. Hinzu kommen u.a. völlig unterschiedliche strategische Kulturen innerhalb der nach wie vor in der Erweiterung begriffenen Europäischen Union sowie konkurrierende Rüstungsindustrien und ein jeweils an diese angepasstes Beschaffungswesen. Wie auch in allen anderen Politikfeldern verfolgen die einzelnen Mitgliedsstaaten zumindest im Detail auch in der Außenpolitik unterschiedliche, oft genug sich widersprechende Interessen und die Formulierung einer gemeinsamen Position ist von Kompromissen und Machtdurchsetzung geprägt. Das macht den wirklich gemeinsamen Einsatz von Streitkräften besonders prekär. Gerade, wenn dabei mit hoher Wahrscheinlichkeit mit eigenen Verlusten zu rechnen wäre,

kommt zudem der fehlende „Demos“ der Europäischen Union ins Spiel – also das Fehlen einer den Nationalstaaten vergleichbaren, tief verankerten und weit verbreiteten Identität als EU-Bürger*innen: Welche Eltern sind bereit, das Leben ihrer Kinder für die Interessen und die Identität der EU zu opfern.²

Trotzdem wurde das Ziel einer gemeinsamen Außen- und auch Verteidigungspolitik kontinuierlich und mit Nachdruck vorangetrieben. Ein erster, früher Schritt war 2003 die Veröffentlichung einer gemeinsamen Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) unter dem Titel „Ein sicheres Europa in einer

besseren Welt“, in der jedoch die großen strategischen Differenzen der Mitgliedsstaaten weitgehend ausgeblendet blieben. Statt der klassischen Verteidigung gegen klar definierte, militärische Bedrohungen standen hierbei humanitäre Interventionen in sog. Scheiternden Staaten im Mittelpunkt, mit denen die EU ihren globalen Geltungsanspruch unterstreichen und als Gestaltungsmacht der Globalisierung in Erscheinung treten sollte. 2004 wurde dann die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) mit dem Ziel ins Leben gerufen, v.a. die Rüstungsprojekte der Mitgliedsstaaten zu harmonisieren. Obwohl 2008 ein erster Plan zur Fähigkeitsentwicklung (Capability Development Plan CDP) erarbeitet und veröffentlicht wurde, der gemeinsame Zielsetzungen und Anforderungen definierte, führte die EDA zunächst lange eher ein Schattendasein und brachte we-

nige gemeinsame Rüstungsprojekte auf den Weg. Das änderte sich in Folge des Ukraine-Konflikts 2014 und des Brexit-Referendums 2016 grundlegend. Katalysator war dabei auch die 2016 veröffentlichte EU-Globalstrategie (Global Strategy for European Foreign and Security Policy), welche die ESS von 2003 ablöste und im Gegensatz dazu die Verteidigung gegen

Wie auch in allen anderen Politikfeldern verfolgen die einzelnen Mitgliedsstaaten zumindest im Detail auch in der Außenpolitik unterschiedliche, oft genug sich widersprechende Interessen und die Formulierung einer gemeinsamen Position ist von Kompromissen und Machtdurchsetzung geprägt.



- ★ Hauptstadt
- Urbane Siedlung
- ▲ G5 Sahel Ständiges Sekretariat
- ▲ G5 Sahel Joint Force Hauptquartier
- G5 Länder
- Sahelregion
- 🔴 G5 Sahel Joint Force Schwerpunktbereich
- 🇺🇳 MINUSMA Einsatz
- 🇫🇷 Operation Barhane (Frankreich)
- 🇪🇺 European Union Training Mission (EUTM) und European Union Capacity Building Mission (EUCAP)

einen militärisch gleichwertigen Gegner stärker in den Mittelpunkt stellte. Die hiermit als Ziel ausgegebene „Strategische Autonomie“ setzt die Fähigkeit und Bereitschaft der EU voraus, unabhängig von USA und NATO größere Kriegsoperation mit dem verbundenen Einsatz von Luft-, Land- und Seestreitkräften, ergänzt durch eigene Fähigkeiten im Weltraum und im Cyberspace, durchführen zu können. Die hierfür notwendigen, deutlich größeren und abgestimmteren Rüstungsvorhaben wurden anschließend im Rahmen verschiedener und strategisch aufeinander abgestimmter Programme auf den Weg gebracht und mündeten u.a. in der Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) – erstmals also eine Art gemeinsamer Rüstungshaushalt der EU – und der sog. „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (PESCO) ab 2017, in deren Rahmen mittlerweile große gemeinsame Rüstungsvorhaben umgesetzt werden.

Neben der Harmonisierung der Rüstung mussten jedoch auch die politisch-administrativen Rahmenbedingungen für eine gemeinsame Verteidigungspolitik mühsam geschaffen und gegen Widerstände durchgesetzt werden. Während sich bei der Rüstung das Szenario eines großen Krieges als Wegbereiter erwiesen hat, so waren es auf politisch-administrativer Ebene insbesondere die kleineren EU-Missionen v.a. auf dem afrikanischen Kontinent, die zu einer gewissen Routine und Optimierung der Entscheidungsprozesse beigetragen haben. So stand z.B. früh die Frage nach der Finanzierung gemeinsamer militärischer Missionen und Operationen im Raum, da diese nach den geltenden Verträgen nicht aus dem gemeinsamen EU-Haushalt bestritten werden konnten. 2004, also kurz nach dem Beginn der ersten EU-Einsätze in Mazedonien und der Demokratischen Republik Kongo, wurde hierfür der Athena-Mechanismus beschlossen, eine Art Umlageverfahren, bei dem alle EU-Mitgliedsstaaten (außer Dänemark) für die gemeinsam entstandenen Kosten der beteiligten Staaten aufkommen. Für die operationelle Planung und Entscheidungsfindung wurde bereits 2000 das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) und im Folgejahr der Militäraus-

schuss der Europäischen Union (EUMC) ins Leben gerufen. Unterstützt wurden sie bei der langfristigen Planung und Beobachtung von Konflikten u.a. durch den EU-Militärstab (EUMS) und eine wachsende Zahl von Arbeitsgruppen des Rates. Für zivile oder hybride Missionen existieren analoge und teilweise überlappende Institutionen. Die Entscheidung über Einsätze, Umfang, Mandat und Dauer obliegt auf politischer Ebene dem Rat der Europäischen Union, also den jeweiligen Minister*innen der Mitgliedsstaaten, die aber wesentlich vom PSK vorbereitet werden. Auch das PSK, der EUMC und die thematisch oder regional ausdifferenzierten Arbeitsgruppen des Rates setzen sich aus Abgesandten der Mitgliedsstaaten zusammen und vertreten dabei im Wesentlichen deren Perspektiven und Interessen. Es ist insofern nachvollziehbar, dass nicht nur innerhalb der entsprechenden Gremien, sondern auch zwischen diesen komplizierte Aushandlungsprozesse stattfinden, die auch und v.a. in der Praxis erprobt werden mussten.

Während sich das Institutionengefüge grundsätzlich in einem andauernden Umbau und Ausbau befand, war die Aufstellung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) im Dezember 2010 hierbei ein entscheidender Schritt, in dem die meisten der oben genannten Gremien in eine gemeinsame Struktur mit weiteren außenpolitischen Instrumenten (Nachrichtendienste und Satellitenaufklärung, Visa-Politik und Diplomatisches Korps, Finanzinstrumente und humanitäre Hilfe) integriert wurden. Dennoch handelt es sich weiterhin um ein hybrides Gebilde zwischen dem von den Mitgliedsstaaten geprägten Intergouvernementalismus in militärischen Fragen und den tatsächlich supranationalen Institutionen der Außenpolitik unter der Ägide der Kommission. Die mit dem Aufbau des EAD verbundene Schaffung eines eigenständigen Diplomatischen Korps der EU ermöglichte neben eigenständiger Informationsgewinnung und Kontaktnetzwerken die Schaffung thematischer und regionaler Abteilungen, die sich nicht nur aus Vertreter*innen der Mitgliedsstaaten zusammensetzen, sondern aus Menschen, die zumindest theoretisch den gemeinsamen Interessen verpflichtet sind. Ob und wann der so geschaffene außenpolitische Apparat der EU zumindest in Hinblick auf einzelne Regionen vergleichbare Bestände an Wissen und Beziehungen und eine eigenständige Kultur entwickeln kann, wie beispielsweise Frankreich im Sahel, bleibt dennoch fraglich.

I.2. Afrika und der Sahel als Testfelder

Sowohl zur Etablierung und Optimierung der militärischen, wie auch der politisch-administrativen Prozesse waren die frühen Missionen und Operationen im Rahmen der GSVP (gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik)³ hilfreich. Neben den bereits genannten, 2003 begonnenen Missionen in der DR Kongo und Mazedonien waren dies 2004 die EUFOR Althea in Bosnien und Herzegowina, 2006 eine weitere in der DR Kongo und 2008 eine grenzüberschreitende Mission in Tschad und der Zentralafrikanischen Republik (ZAR). Dabei handelte es sich mit jeweils weniger als 2.500 Kräften – fast ausschließlich Bodentruppen – um relativ kleine Einsätze mit geringem Eskalationspotential und oft auch sehr kurzer Dauer. Diese EUFOR-Einsätze entsprachen weitgehend dem Konzept der EU-Battlegroups, welches vorsah, dass ab 2007 jeweils



Latvijas armija, flickr.com, (CC BY-NC-ND 2.0)



zwei, typischerweise multinationale Verbände im Umfang von je etwa 1.500 Kräften kurzfristig für Einsätze bereitstehen und sich die Mitgliedsstaaten dabei abwechselnd beteiligen sollten. Obwohl es sich hierbei um einen deutlich bescheideneren Ansatz handelt als bei der anvisierten EU-Eingreiftruppe, kamen die Battlegroups in ihrer vorgesehenen Form bis heute nie zum Einsatz, sondern wurden die Kräfte der verschiedenen seither beschlossenen und durchgeführten Missionen jeweils ad hoc entsprechend der jeweiligen Anforderungen, Bereitschaft und Interessenlagen der Mitgliedsstaaten zusammengesetzt. Langfristig allerdings dürfte alleine die Bereitstellung, Erklärung der Einsatzbereitschaft etc. die Zusammenarbeit unter den Streitkräften der Mitgliedsstaaten auf der Prozessebene im kleineren Maßstab ebenso vorangebracht haben, wie deren zwischenstaatliche Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse.

Ein solcher EUFOR-Einsatz wurde zuletzt im Januar 2014 für die Zentralafrikanische Republik beschlossen und ein knappes Jahr nach der Ankunft der ersten zugehörigen Truppen im Einsatzgebiet wieder beendet. Stattdessen wurden in den Jahren nach 2008 v.a. andere Einsatzformen beschlossen, darunter mit EUNAVFOR Somalia (2008), EUNAVFOR Med (2015) und EUNAVFOR IRINI (2020) erstmals drei Marineeinsätze – die allesamt vor afrikanischen Küsten stattfanden bzw. stattfinden. Eine erste EU-Trainingsmission (EUTM) zur Reform, Beratung und Ausbildung lokaler Streitkräfte wurde 2010 in Somalia und später für Mali (2013), 2016 wiederum für die Zentralafrikanische Republik und zuletzt 2021 für Mosambik beschlossen. Ebenfalls in Somalia (bzw. den ostafrikanischen Küstenstaaten) wurde 2012 erstmals eine Mission zum Kapazitätsaufbau „ziviler Sicherheitskräfte“ (EUCAP) aufgebaut. Während es hier um die Küstenwachen und die (auch juristi-

sche) Bekämpfung der Piraterie ging, haben die daran anschließenden EUCAP-Missionen in Niger (2012) und Mali (2014) v.a. den Aufbau von Gendarmerie- und Grenzschutz-Truppen sowie die juristische Verfolgung illegalisierter Migration und des Terrorismus zum Gegenstand. Sie können damit als Weiterentwicklung der EUPOL-Missionen betrachtet werden, wie sie erstmals 2003 wiederum für Mazedonien, 2005 und 2007 für die DR Kongo, 2006 für die Palästinensischen Gebiete und 2008 für Afghanistan beschlossen wurden. Hierbei ging es jeweils um die Ausbildung spezieller Polizeieinheiten.

Der Vollständigkeit halber sei zu erwähnen, dass darüber hinaus zahlreiche weitere „zivile“ GSVP-Missionen auch in anderen Ländern und Regionen stattfanden bzw. stattfinden, darunter eine Mission zur Reform der Justiz im Irak, Überwachungsmissionen in Aceh/Indonesien, Georgien und der Ukraine sowie Missionen zur gemeinsamen Grenzüberwachung (EUBAM) an der Grenze zwischen Moldawien und der Ukraine sowie an den Grenzübergängen zwischen Ägypten und dem Gaza-Streifen. Robustere militärische Operationen haben allerdings bislang nur auf dem Balkan und dem afrikanischen Kontinent bzw. vor dessen Küsten stattgefunden. Im Falle des Balkans fanden diese jeweils in enger Zusammenarbeit mit der NATO und abgestützt auf vorangegangene bzw. parallel stattfindende NATO-Operationen statt. So konnten u.a. deren Logistik genutzt oder ganze Feldlager von dieser übernommen werden, tw. wurde das bereits unter der NATO vorhandene Personal einfach unter ein neues Kommando gestellt. Demgegenüber weisen die EU-Einsätze auf dem afrikanischen Kontinent zumindest auf den ersten Blick höhere Anforderungen an Eigenständigkeit und Planung auf. Dazu gehören u.a. eigene Vorauskommandos, welche die lokalen

Anforderungen und Möglichkeiten aufklären, Feldlager aufbauen, lokale Dienstleister beauftragen und lokales Personal anheuern. Dazu gehört die Aushandlung militärischer Überflugrechte und Stationierungsabkommen, die Beauftragung von Reedereien und das Einholen von Genehmigungen, um z.B. militärische Güter über bestimmte Häfen zu löschen.

Dem erheblichen logistischen Aufwand standen oft relativ kurze Einsatzmandate gegenüber. So dauerte der erste EU-Einsatz ohne Rückgriff auf NATO-Strukturen 2003 in der DR Kongo gerade einmal drei Monate. Die Masse der Soldaten wurde dabei von Frankreich gestellt und die Verlegung und Absicherung auf Basen abgestützt, die Frankreich ohnehin auf dem afrikanischen Kontinent unterhält. Die Einsatzphase der zweiten Operation in der DR Kongo 2006 hingegen dauerte vier Monate. Hierfür wurde „erstmalig in der europäischen Geschichte ... ein europäisches Hauptquartier gemäß EU-Richtlinien betrieben - das EU OHQ (European Union Operation Headquarters) in Potsdam“, so der damalige Befehlshaber, Generalleutnant Karlheinz Viereck (Deutschland) in einem geradezu schwärmerischen Rückblick auf die erbrachten logistischen Leistungen, der dabei auch die Erfahrungen aus vergangenen EU-Operationen wie CONCORDIA (Mazedonien), ARTEMIS (DR Kongo 2003) und ALTHEA (Bosnien und Herzegowina) hervorhebt: „Für die Verlegung der Kräfte sowie das Herstellen der Einsatzbereitschaft standen lediglich sechs Wochen zur Verfügung. Dabei mussten sowohl das FHQ [Force Headquarter] in Kinshasa etabliert als auch ein komplettes Feldlager samt Infrastruktur praktisch aus dem Nichts errichtet werden. Ein ähnlicher Aufwand wurde in Gabun betrieben, wo die Masse der Eingreifkräfte stationiert war. Am 29. Juli meldete mir der Force Commander, der französische General Christian Damay, planmäßig die volle Einsatzbereitschaft und unterstrich damit einmal mehr, mit welcher Professionalität, Einstellung und Überzeugung die europäische Truppe ihre Aufgabe zu meistern imstande war“.⁴ Der EU-FOR-Einsatz 2008/2009 in Tschad und der Zentralafrikanischen Republik hingegen dauerte fast ein Jahr und verlief deutlich weniger reibungslos. Obwohl sich die EU hier sogar im Einsatzgebiet selbst auf bereits bestehende Standorte und Stationierungsabkommen Frankreichs abstützen konnte, bestanden erhebliche logistische Probleme bei der Verlegung und Versorgung in die weitläufigen Binnenstaaten. Sowohl die Regierung als auch Rebellengruppen äußerten sich feindselig gegen die Operation und französische Angehörige waren bei Grenzwischenfällen in tödliche Schusswechsel mit Einheiten des benachbarten Sudan verwickelt.

Neben dem offensichtlichen Übungscharakter dieser Operationen verfolgte jede einzelne natürlich auch einen offiziellen Zweck, der zumindest bei den drei genannten auch in Mandaten des UN-Sicherheitsrates festgelegt war. So ging es in der DR Kongo 2003 um die kurzfristige Stabilisierung der Provinzhauptstadt Bunia und 2006 um die Absicherung (offensichtlich unfreier) Wahlen in der Hauptstadt Kinshasa. Der Einsatz 2008/2009 stand im Zusammenhang mit dem Darfur-Konflikt und sollte den Schutz Geflüchteter gewährleisten. In der DR

Latvijas armija, flickr.com, (CC BY-NC-ND 2.0)



Inwiefern die EU-Operationen zur Erreichung dieser Ziele beigetragen haben, ist unklar und wurde im Nachhinein auch kaum diskutiert. Ihr Erfolg bei der Steigerung der Sichtbarkeit der EU als internationaler Akteur und als Testläufe für weitere Einsätze ist demgegenüber unumstritten.

Kongo handelte es sich jeweils um kurzfristige Ergänzungen einer langfristigen und großen UN-Mission (MONUC) mit deutlich über 10.000 Kräften, in Tschad und ZAR um eine Überbrückungslösung, die zur Ablösung durch eine UN-Mission führte. Ein Mehrwert der jeweiligen Durchführung unter EU- statt UN-Kommando ist im Hinblick auf die offiziellen Ziele nicht ersichtlich. Inwiefern die EU-Operationen zur Erreichung dieser Ziele beigetragen haben, ist unklar und wurde im Nachhinein auch kaum diskutiert. Ihr Erfolg bei der Steigerung der Sichtbarkeit der EU als internationaler Akteur und als Testläufe für weitere Einsätze ist demgegenüber unumstritten.

I.3. Ideologie: Scheiternde Staaten und Vernetzte Sicherheit

Wie bereits angedeutet, nimmt das Konzept „Scheiternder Staatlichkeit“ in der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 eine zentrale Rolle ein. Dies lag im Trend der Zeit. Zwar war der Begriff bereits im vorangegangenen Jahrzehnt geprägt und v.a. zur Beschreibung eines entwicklungspolitischen Problems herangezogen worden, es war aber die Bush-Administration, die ihn infolge der Anschläge vom 11. September 2001 zum Gegenstand der Sicherheitspolitik machte. In der 2002 veröffentlichten Nationalen Sicherheitsstrategie der USA findet sich der zentrale und markante Satz: „Amerika wird heute weniger von erobernden Staaten bedroht als durch scheiternde“ („America is now threatened less by conquering states than



Militärpersonal aus Europa in Afrika. Marsmenschen könnten sie sein, so fremd sind sie.

we are by failing ones“). In seinem persönlichen Schreiben zur Vorstellung der NSS erklärte der damalige US-Präsident Bush, „dass schwache Staaten wie Afghanistan größere Gefahren für unsere nationalen Interessen bergen können, als starke Staaten ... [A]rmut, schwache Institutionen und Korruption können schwache Staaten anfällig machen für terroristische Netzwerke und Drogenkartelle innerhalb ihrer Grenzen“.⁵ Sehr ähnlich argumentierte im folgenden Jahr die ESS: „Korruption, Machtmissbrauch, schwache Institutionen und mangelnde Rechenschaftspflicht sowie zivile Konflikte zersetzen Staaten von innen heraus“. Hier könne sich eine Vielzahl von Bedrohungen entwickeln – genannt werden u.a. Terrorismus und organisierte Kriminalität, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Migration – deren Folgen auch für die EU dramatisch sein könnten. Deshalb werde „[b]ei den neuen Bedrohungen ... die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen“. Außerdem werde man „darauf hinarbeiten, dass östlich der Europäischen Union und an den Mittelmeergrenzen ein Ring verantwortungsvoll regierter Staaten entsteht, mit denen wir enge, auf Zusammenarbeit gegründete Beziehungen pflegen können“. Zugleich wird festgestellt, dass „[i]m Gegensatz zu der massiv erkennbaren Bedrohung zur Zeit des Kalten Krieges ... keine der neuen Bedrohungen rein militärischer Natur“ sei und diese „nicht mit rein militärischen Mitteln bewältigt werden“ könnten: „Jede dieser Bedrohungen erfordert eine Kombination von Instrumenten“.⁶

Dieses letztlich von einer mit Hardlinern durchsetzten neokonservativen US-Regierung vorgebrachte Narrativ Scheitender Staatlichkeit dominierte, unterstützt durch staatliche Förder- und Forschungsgelder, in den folgenden Jahren maßgeblich die transatlantische Debatte um Sicherheitspolitik und Internationale Beziehungen, wobei gelegentlich darauf hingewiesen wurde, dass ihre empirische Grundlage dünn und die verwendeten Begrifflichkeiten meist vage blieben. Implizit erhoben sie das europäische Modell von Staatlichkeit zum Ideal und erklärten davon abweichende Formen staatlicher Herrschaft zum Ausgangspunkt von Bedrohungen und letztlich

Anlass (auch militärischer) Interventionen. Relativ selten wurde auch die Frage aufgeworfen, ob es sich hierbei tatsächlich um einen (neuen) Prozess mit einer klaren Tendenz handelt (wie gerade die Sicherheitsstrategien suggerieren) oder ob der westfälische Staat europäischer Prägung nicht global und historisch betrachtet eher einen Ausnahmefall darstellt, der nun aber Anspruch als globale Norm erhob. Zusammenfassend könnte man das Narrativ scheiternder Staatlichkeit als neue Erscheinungsform des Kolonialismus beschreiben, bei dem von den (ehemaligen) Metropolen aus v.a. die ehemaligen Kolonien als defizitär abqualifiziert und daraus eine Handlungsermächtigung oder gar -aufforderung zu deren Umgestaltung hin zur „verantwortungsvollen“ Regierungsführung abgeleitet wurde – wie es die ESS „östlich der Europäischen Union und an den Mittelmeergrenzen“ explizit vorsah.

Damit eng verwoben war die Strategie der Vernetzten Sicherheit als Leitfaden im Umgang mit Scheiternden Staaten. In ihren verschiedenen Definitionen und Ausprägungen beschreibt sie die gemeinsame und koordinierte Anwendung ziviler und militärischer, außen- und oft auch innenpolitischer Instrumente gegenüber Drittstaaten. Schließlich geht es bei Interventionen in Scheiternden Staaten nicht um die militärische Überwältigung einer feindlichen Armee, sondern um die dauerhafte und grundlegende Umgestaltung der jeweiligen Herrschaftsapparate. Entsprechend stehen dabei Reformen der Streitkräfte, der Polizei und der Justiz (sog. „Sicherheitssektorreformen“, SSR) im Mittelpunkt. Um Terrorismus, Migration, Schmuggel, Drogenhandel etc. besser bekämpfen zu können, sollen diese besser ausgebildet, moderner ausgerüstet sowie in der Fläche mobiler und präsenter werden, was neben hohen Anschaffungs-, Infrastruktur- und Betriebskosten fast immer auch eine massive personelle Aufstockung erfordert.

Präsidenten Malis		
Zeitraum	Name	Art der Machtübernahme
1960-1968	Modibo Keita	Erklärung der Unabhängigkeit
1968-1991	Moussa Traoré	Putsch
1991-1992	Amadou Toumani Touré	Übergangspräsident nach Putsch
1992-2002	Alpha Oumar Konaré	Wahl und (umstrittene) Wiederwahl
2002-2012	Amadou Toumani Touré	Wahl und (umstrittene) Wiederwahl
2012-2013	Dioncounda Traoré	Übergangspräsident nach Putsch
2013-2020	Ibrahim Boubacar Keita	Wahl nach Putsch und Intervention
2020-2021	Bah N'Daw / Assimi Goïta	Putsch.
		Bah N'Daw: Formale Übergangspräsidentschaft Assimi Goïta: Führer der Putschisten
2021-?	Assimi Goïta	Putsch

Dabei wird die Souveränität der betreffenden Staaten formal anerkannt, während zumindest einige der damit verfolgten Ziele den Interessen der Bevölkerung allgemein (Migrationsbekämpfung) oder zumindest jenen spezifischer ökonomischer und politischer Eliten zuwiderlaufen. Die Sicherheitssektoreformen bergen somit ein erhebliches Potential gesellschaftlicher Spaltung und der Entfremdung zwischen Bevölkerung und Regierung, die als Vertreterin ausländischer Interessen auftritt, wenn sie etwa Gesetze gegen grenzüberschreitenden Handel (Schmuggel) erlässt und finanziert von der EU Gefängnisse für jene errichtet, die weiterhin auf entsprechende Erwerbsmodelle angewiesen sind. Ähnliches gilt für den Aufbau von Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden mit Sonderbefugnissen zur Bekämpfung des Terrorismus, die sich häufig besonders gegen einzelne Bevölkerungsgruppen richten oder zumindest diesen Anschein erwecken.

Zu bedenken ist dabei, dass solche Interventionen bzw. SSR fast schon per Definition in Staaten stattfinden, die nur ein geringes Inlandsprodukt aufweisen und nur wenige Steuern erheben können. Die massiv ansteigenden Kosten für den Sicherheitsapparat können zwar kurz- bis mittelfristig teilweise von den intervenierenden Staaten oder Bündnissen übernommen werden, schlagen sich meist jedoch bereits in der Phase ihrer frühen Implementierung negativ auf andere Haushalte der betreffenden Staaten nieder. Auf die Dauer allerdings ist es sowohl für die Legitimität der lokalen Regierungen problematisch, wenn ihre Armee- und Polizeikräfte von Drittstaaten finanziert (ausgebildet, ausgerüstet und angeleitet) werden, als auch in den Geberstaaten kaum zu rechtfertigen. In der Theorie bietet der auch in der ESS enthaltene Glaubenssatz, „Sicherheit ist eine Vorbedingung für Entwicklung“ hierfür eine Lösung, aus dem die Handlungsmaxime der SSR, „Sicherheit entwickeln“ abgeleitet wird. Demnach sei nach der international unterstützten Herstellung von Sicherheit (durch Ausbau des Sicherheitsapparates) mit einem wirtschaftlichen Aufschwung zu rechnen, der den Staat mittelfristig in die Lage versetzen werde, diese Apparate selbst zu finanzieren und zu erhalten. In der Praxis zeigt sich vielmehr die Gefahr, dass die aufgeblähten und unterfinanzierten Sicherheitsbehörden zu einer Belastung oder gar Gefahr werden, wenn die internationalen Geber das Interesse verlieren und lieber an anderen Orten „Sicherheit entwickeln“. Zumindest geben die eher theoretischen Vorstellungen zukünftiger Prosperität jedoch eine Ahnung davon, welche Entwicklungs- und Investitionschancen die intervenierenden Staaten (sicherlich auch für ihre heimischen Industrien) sehen, wenn die Drittstaaten entsprechend reformiert und in eine „verantwortungsvolle Staatsführung“ transformiert wurden.

Gerade im Hinblick auf die Staaten in der Sahel-Region wäre allerdings alleine schon aufgrund der Geographie und verschiedener Indikatoren wie Bevölkerungsgröße, BIP, Infrastruktur, landwirtschaftlich nutzbare Fläche etc. die Frage zu stellen, wie plausibel es überhaupt ist, ein ausreichendes Pro-Kopf-Einkommen und Staatseinnahmen zu realisieren, um eine flächendeckende Präsenz staatlicher Sicherheitskräfte nach dem Vorbild und den Vorstellungen europäischer Staaten

zu gewährleisten. Historisch haben sich jedenfalls besonders in postkolonialen Staaten mit großen, wenig erschlossenen und schwach besiedelten Provinzen statt einer zentralstaatlichen eher intermediäre Formen der Herrschaft mit dezentralen Sicherheitsarrangements herausgebildet. Dann wären eventuell

Implizit erhoben sie das europäische Modell von Staatlichkeit zum Ideal und erklärten davon abweichende Formen staatlicher Herrschaft zum Ausgangspunkt von Bedrohungen und letztlich Anlass (auch militärischer) Interventionen.

einige der Probleme u.a. in der Sahel-Region bereits konzeptionell aus der Unvereinbarkeit europäischer Staatsvorstellungen mit postkolonialen Staats-Praktiken zu erklären.

1.4. Interessen I: Schmuggel-, Migrations- und Terrorbekämpfung

Außer Frankreich und dem Vereinigten Königreich hatten europäische Staaten während der 1990er Jahre allenfalls in Ansätzen regionale oder auch nur länderübergreifende Strategien gegenüber afrikanischen Staaten formuliert und verfolgt. Stattdessen bestanden eher traditionelle Verbindungen zu jeweils einzelnen afrikanischen Staaten in Bezug auf militärische Ausbildung, humanitäre Hilfe, Technologietransfer, „Entwicklungshilfe“ und Ressourcengewinnung, die jedoch kaum Koordinierung aufwiesen oder längerfristige Transformationsziele verfolgten. Sofern europäische Regierungen den afrikanischen Kontinent adressierten, erfolgte dies häufig anhand von Indizes zur Demokratisierung oder wirtschaftlichen Entwicklung, anhand derer die Staaten miteinander verglichen und einzelne Hoffnungsträger identifiziert und zur besonderen Förderung vorgeschlagen wurden. In Westafrika wurde neben Ghana häufig auch Senegal und Mali eine positive Entwicklung attestiert.

Die aktuelle Konjunktur des internationalen Interesses für die Sahel-Region erfolgte im Anschluss an die Anschläge vom 11. September 2001 und ging zunächst auf die USA zurück, die ab November 2002 mit ihrer Pan Sahel Initiative (PSI) die Geheimdienstkooperation und Ausbildung lokaler Spezialkräfte in Mauretanien, Mali, Niger und Tschad intensivierten. Nach dem Desaster 1993 in Somalia, das zu einem sehr weitgehenden militärischen Rückzug der USA vom afrikanischen Kontinent geführt hatte, stellte dies eine Trendwende dar, die zugleich prägend wirkte, indem sie innerhalb Westafrikas eine Subregion über ein grenzüberschreitendes Phänomen definierte, von dem potentiell eine Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA ausgehen könne. Im Mittelpunkt stand dabei entsprechend der nationalen Sicherheitsstrategie die Befürchtung, dass sich in den schwachen Staaten vor Ort terroristisch-islamistische Netzwerke ausbreiten und festsetzen könnten. Zuvor hatte islamistischer Terrorismus – abgesehen von Al-

gerien – auf dem afrikanischen Kontinent und in den westlichen Strategiepapieren über ihn so gut wie keine Rolle gespielt. Auch die sich in der Folge herausbildenden europäischen Strategiepapiere und Politiken gegenüber dem afrikanischen Kontinent haben diesen Phänomenbereich erst später und zunächst zurückhaltend adressiert.

Mitte der 2000er Jahre ließen sich dann tatsächlich erste terroristische Gruppen in der Sahel-Region identifizieren und v.a. US-Behörden versuchten mit Nachdruck, diese mit dem Drogenhandel in Verbindung zu bringen. Das Thema des Drogenhandels über Westafrika nach Europa wurde recht schnell von europäischen Denkfabriken und Strategiepapieren aufgegriffen und in außenpolitische Praktiken umgesetzt. Ein Beispiel hierfür ist die (bislang nicht erwähnte) hybride EU-Mission EUSSR in Guinea-Bissau, welche 2008 den Versuch darstellte, mit überschaubarem Kräfteinsatz (21 Personen) den Militär- und Polizeiapparat des südwestlich gelegenen Küstenstaates zu reformieren und auf die Bekämpfung des Drogenhandels auszurichten. Wesentlich geprägt war er von der Befürchtung, Guinea-Bissau könne sich ansonsten durch die vorherrschende Korruption zu einem zentralen Umschlagplatz für Kokain aus Südamerika nach Europa entwickeln, dadurch riesige Einkommen in den westafrikanischen Transitstaaten generieren und der Ausbreitung von Korruption und Organisierter Kriminalität Vorschub leisten. Die Mission wurde 2010 vorzeitig beendet,⁷ nachdem sie vor Ort innerhalb weniger Monate mit einer Reihe politischer Morde auf höchster Ebene (Präsident und Chef des Generalstabs), Meutereien und Putschversuchen konfrontiert worden war.

In diesem Zeitraum hatte der Drogenhandel innerhalb der europäischen Wahrnehmung der Sahel-Region bereits gegenüber dem Thema der Migration an Bedeutung verloren. Mit der Vereinheitlichung der Visa-Politik und der Schaffung des „Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ als dritter

Säule der EU (Vertrag von Amsterdam, 1997) wurden viele Wege der Einreise in die EU kriminalisiert und die illegalisierte Migration zunächst vor allem an den südlichen Außengrenzen als Problem wahrgenommen. Diese Wahrnehmung verschob sich in den folgenden Jahren immer stärker in die Transitstaaten. Maßgeblichen Anteil hieran hatte der Aufbau der EU-Grenzschutzagentur Frontex ab dem Jahr 2004. Neben der Koordination der EU-Mitgliedsstaaten beim unmittelbaren „Schutz der Außengrenzen“ setzte diese entsprechend ihrem Konzept des „Integrated Border Management“ (IBM) von Anfang an auf die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitstaaten. Das Aushandeln von „Rücknahmeabkommen“ und Ausgleichszahlungen für die „Aufnahme“ von Geflüchteten wurde zu einem zentralen Pfeiler der Außenpolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten. Sie lieferten Ausrüstung für Polizei und Grenzschutz an Nachbar- und Transitstaaten, die sich im Gegenzug verpflichteten, Migrant*innen von der Ausreise in die EU abzuhalten und Abschiebungen eigener Bürger*innen sowie von Drittstaatenangehörigen zuzulassen. Da dies den Interessen der jeweiligen Bevölkerungen entgegensteht, ist durchaus davon auszugehen, dass diese Politik in gewissem Widerspruch zu den proklamierten Demokratisierungszielen steht und stattdessen autoritäre Tendenzen in den nordafrikanischen Staaten verstärkt haben dürfte.

Neben der technischen und personellen Hochrüstung der Außengrenzen und der Transitstaaten wurde die „Steuerung

Die Sicherheitssektorreformen bergen somit ein erhebliches Potential gesellschaftlicher Spaltung und der Entfremdung zwischen Bevölkerung und Regierung, die als Vertreterin ausländischer Interessen auftritt ...

Latvijas armija, flickr.com, (CC BY-NC-ND 2.0)



der Migrationsströme“ bereits im Vorfeld zu einem expliziten und zentralen Ziel der EU-Außen wie -Innenpolitik. Hierfür wurde 2004 von Europäischem Parlament und Rat u.a. das „Programm für die finanzielle und technische Hilfe für Drittländer im Migrations- und Asylbereich“ (AENEAS) auf den Weg gebracht und mit 250 Mio. Euro für die Laufzeit bis Ende 2008 ausgestattet. Neben konkreten Maßnahmen zur Unterstützung von Drittstaaten, um „die Migrationsströme mit all ihren Aspekten wirksamer zu steuern“ sah dieses auch „Durchführbarkeitsstudien“ sowie „allgemeine Studien“ vor. Angestrebt wurde u.a. die „Einrichtung von Systemen für die Sammlung von Daten; Beobachtung und Analyse von Migrationsphänomenen; Ermittlung der tieferen Ursachen von Migrationsbewegungen und Festlegung der Maßnahmen, mit denen gegen sie vorgegangen werden soll“.⁸ Es wurde also ein Wissen produziert, das – bis dahin meist legale – Migration von Menschen in Drittstaaten als Vorbereitung einer illegalen Einreise problematisierte und Handlungsdruck auf die Transitstaaten erzeugte. Auch in den europäischen Öffentlichkeiten wurden damit Vorstellungen von Flucht und Migration als klandestinem, individuellem (und gelegentlich, u.a. 2006 in Ceuta kollektivem „Ansturm“ mit tödlichen Folgen) Akt der Überwindung einer demarkierten Außengrenze überlagert durch ein Denken in Strömen, die bereits weit jenseits des EU-Territoriums unterbrochen werden müssten. Entsprechende Karten, die unterschiedliche „Migrationsrouten“ durch den nördlichen Teil des afrikanischen Kontinents mit unterschiedlich dicken Linien repräsentieren, wurden wiederholt u.a. von Frontex veröffentlicht und sind auch in unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen aufgegriffen worden. Auch die Liste der Projekte, die durch AENEAS gefördert wurden, ist nach fünf „Routen“ gegliedert, wobei mit 50 von 117 geförderten Projekte die „afrikanische und mediterrane Route“ einen klaren Schwerpunkt darstellt. Bemerkenswerter Weise kam darin die Bezeichnung „Sahel“ noch gar nicht vor – heute wäre das sicherlich anders – stattdessen war eher von Westafrika die Rede. Die zentralen Staaten, die heute meist unter dieser Region subsumiert werden (Mauretanien, Mali und Niger), spielten jedoch ebenso wie die nördlich angrenzenden Küstenstaaten (Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen) eine zentrale Rolle.⁹

Im Zuge solcher Programme und der Aktivitäten von Frontex entwickelten sich Arbeitsbeziehungen zwischen Angehörigen europäischer Institutionen und Agenturen, Behörden der Mitgliedsstaaten und Behörden der Drittstaaten, darunter insbesondere Behörden der „Inneren Sicherheit“. Einen guten Einblick liefert etwa der Bericht einer „Technischen Mission zur illegalen Migration“ Ende 2004 in Libyen, der zwar klassifiziert ist, aber von der NGO Statewatch einschließlich Gruppenfoto, Liste der Teilnehmenden und Zeitplan veröffentlicht wurde. Demnach haben unter Leitung der EU-Kommission 14 Vertreter*innen aus Mitgliedsstaaten über acht Tage in Begleitung libyscher Beamter verschiedene Behörden und Grenzabschnitte besucht und sich von hochrangigen Politikern und

Behördenvertreter*innen vor Ort über Routen und Zusammensetzung der Migrant*innen, Sichtweisen, Pläne und Defizite der lokalen Behörden sowie möglicher Formen der Unterstützung informieren lassen.¹⁰ Ähnliche Delegationsreisen wurden in den folgenden Jahren von Frontex und der EU-Kommission in weiteren Staaten der Region organisiert, wobei davon auszugehen ist, dass sich deren Zusammensetzung angesichts des wachsenden Apparates von EU-Institutionen zu dessen Gunsten verschob.

2009 und 2010 fanden dann – parallel zum Aufbau des neuen Europäischen Auswärtigen Dienstes (s. I.1.) - sog. gemeinsame Fact Finding Missions in Mauretanien, Mali und

Die aktuelle Konjunktur des internationalen Interesses für die Sahel-Region erfolgte im Anschluss an die Anschläge vom 11. September 2001 und ging zunächst auf die USA zurück, die ab November 2002 mit ihrer Pan Sahel Initiative (PSI) die Geheimdienstkooperation und Ausbildung lokaler Spezialkräfte in Mauretanien, Mali, Niger und Tschad intensivierten.

Niger statt, deren Ergebnisse Anfang 2011 in die erste Regionalstrategie des neu gegründeten EAD, die „Sahel-Strategie“, einfließen.¹¹ Diese rückt ebenfalls die „unzureichenden operationellen und strategischen Kapazitäten im weiter gefassten Sektor der Sicherheit, Strafverfolgung und Rechtsprechung (Militär, Polizei, Justiz, Grenzschutz und Zoll)“ [insufficient operational and strategic capacities in the wider security, law enforcement and judicial sectors (military, police, justice, border management, customs)] in den Mittelpunkt ihrer Problemanalyse und stellt bereits einleitend fest, dass „... die Unterstützung dieser Länder bei der Schaffung von Sicherheit eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass ihre Wirtschaft wachsen und die Armut verringert werden kann“ [helping these countries achieve security is integral to enabling their economies to grow and poverty to be reduced]. Hier zeigt sie sich durchaus optimistisch und geht davon aus, dass innerhalb von fünf bis zehn Jahren Sicherheit, Stabilität, gute Regierungsführung usw. vor Ort in einem ausreichenden Maße gestärkt werden könnten, „damit die Sahelzone prosperieren kann und nicht länger ein potenzieller sicherer Hafen für AQIM [Al Kaida im islamischen Maghreb] und kriminelle Netzwerke ist“ [so that the Sahel region can prosper and no longer be a potential safe haven for AQIM and criminal networks].

Dass dies durchaus auch im europäischen Interesse läge, wird an anderer Stelle deutlich, wobei die Unterbrechung unerwünschter Ströme bzw. Absicherung erwünschten Handels eine zentrale Rolle spielt: Als Priorität wird hier die „Verringerung und Eindämmung des für Europa bestimmten Drogen- und sonstigen kriminellen Handels“ genannt sowie die „Sicherung legaler Handels- und Kommunikationsverbindungen (Straßen, Pipelines) durch die Sahelzone in Nord-Süd- und Ost-West-Richtung, Schutz bestehender wirtschaftlicher Interessen und Schaffung der Grundlage für Handel und EU-In-

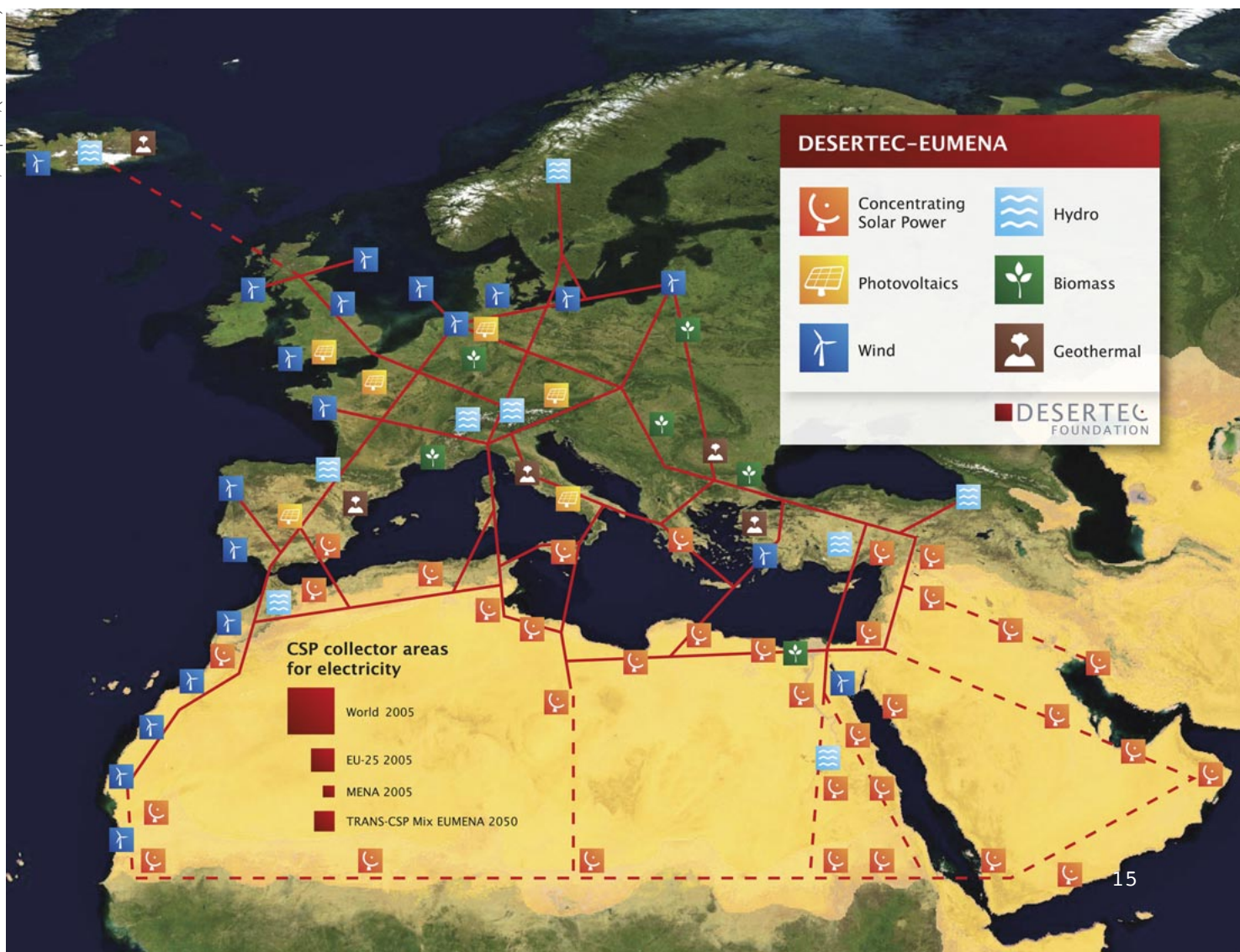
vestitionen“[to reduce and contain drug and other criminal trafficking destined for Europe // to secure lawful trade and communication links (roads, pipelines) across the Sahel, North-South and East-West, and to protect existing economic interests and create the basis for trade and EU investment].

Dem Terrorismus kommt in der Sahel-Strategie von 2011 noch eine ambivalente Rolle zu. In der einleitenden Zusammenfassung der „Herausforderungen“ vor Ort ist neben extremer Armut, dem Klimawandel, Hungersnöten und Korruption eher am Rande von „Sicherheitsbedrohungen im Zusammenhang mit Terrorismus“ die Rede. Allerdings wird AQIM als damals einzige relevante Terrorgruppe vor Ort an verschiedenen Stellen genannt, insbesondere im Zusammenhang mit deren potentieller Fähigkeit, „Anschläge auf dem Territorium der EU auszuführen“ [carry out attacks on EU territory] sowie der Tendenz, dass diese sich vor Ort darauf konzentriere, „westliche Ziele“ anzugreifen und damit vor „Investitionen in der Region“ abschrecke. Tatsächlich hatte AQIM zuvor zunächst keine Anschläge verübt, sondern vielmehr westliche Staatsangehörige gegen Lösegeldforderungen festgehalten und später auch mehrfach gezielt Angehörige westlicher Firmen getötet. Trotzdem lässt sich für die Sahel-Strategie der EU von 2011 gerade im Vergleich zu Sicherheitsstrategien der USA zu jener Zeit feststellen, dass die Bekämpfung des Terrorismus keinen zentralen Stellenwert einnimmt. Dieser wird vielmehr als eines von vielen Symptomen Scheiternder Staatlichkeit wahrgenommen, das sich mit den ohnehin notwendigen Reformen des Sicherheitssektors und dem anschließend er-

hofften wirtschaftlichen Aufschwung tendenziell von selbst erledigen könnte. Das hat sich mit dem massiven Anstieg der Vielfalt, Aktivitäten und des Gewaltniveaus terroristischer Gruppen in Teilen geändert, wobei zum Stand Mitte 2022 die Bekämpfung des Terrorismus bis heute in den Ansätzen der EU noch keinen zentralen Stellenwert einnimmt, sondern gegenüber der Bekämpfung illegalisierter Migration eher noch im Hintergrund steht.

I.5. Interessen II: Energie und Ressourcen (für die Energiewende)

Die Sahel-Region ist reich an verschiedenen Rohstoffen, darunter Uran, das Frankreich bereits seit Anfang der 1970er Jahre im Norden Nigers abbaut. Die größte Mine befindet sich hier bei der abgelegenen Stadt Arlit, die Ende der 1960er Jahre quasi mitten in der Wüste gebaut wurde, um den Uranabbau zu ermöglichen und sich seitdem entsprechend der Konjunkturen des Rohstoffes entwickelt. In unmittelbarer Nähe zu Stadt und Mine befinden sich mehrere Standorte des Militärs und der Gendarmerie, auf dem Gelände des französischen Minenunternehmens selbst sind zumindest zeitweise auch immer wieder französische Streitkräfte stationiert. Auch die USA unterhalten nahe der Mine spätestens seit 2015 einen Standort mit einem kleinen Flughafen. In der Provinzhauptstadt Agadez, von der aus die wichtigste Straße nach Arlit verläuft, sind ebenfalls sowohl französische, wie US-Truppen präsent, letztere auch mit einer Drohnenbasis. Insgesamt handelt es sich um eine stark überwachte und militarisierte Region, aus der





Vor allem deutsche Unternehmen und Kapitalgesellschaften haben Ende der 2000er Jahre jedoch auch die Potentiale der Region für die Gewinnung erneuerbarer Energien hervorgehoben und unter dem Stichwort „Desertec“ sowohl zivilgesellschaftliche Initiativen gefördert als auch ein eigenes Konsortium gegründet.

wenige Informationen nach Außen dringen. Die Frage, ob hier de facto Frankreich, die USA oder die nigrischen Behörden „das Sagen haben“, ist schwer zu beantworten. Fest steht jedenfalls, dass der Uranabbau und die damit verbundene Präsenz französischer Streitkräfte ein oder gar das zentrale Thema im Verhältnis Frankreichs zu seiner ehemaligen Kolonie ist und besonders Angehörige der Tuareg die Uran-Minen bereits seit Jahrzehnten als Verletzung ihrer Autonomie wahrnehmen. Die Folgen des Uran-Abbaus für Umwelt und Gesundheit bzw. die Schwierigkeiten, diese vor Ort überhaupt zu erfassen, beschreibt eine Studie von Greenpeace aus dem Jahr 2010 unter dem Titel „Left in the Dust“.¹² Der letztere größere Anschlag auf die Mine erfolgte im Mai 2013, durch die damals noch recht junge Gruppe MUJAO, die zeitgleich die Mine in Arlit und den französischen Stützpunkt in Agadez angriff.

Das Uran in Niger wird v.a. – aber nicht nur¹³ – von Kritiker*innen der französischen Präsenz immer wieder als deren zentrale Motivation genannt. Demgegenüber wurde häufig eingewandt, dass die dortige Produktion tendenziell rückläufig sei und Frankreich sich bei seiner Versorgung mit Uran u.a. auf langfristige Lieferverträge mit Kasachstan stütze. Diese Argumentation verkennt aber den hochgradig strategischen Charakter der französischen Abhängigkeit von diesem Rohstoff nicht nur für seine Stromversorgung, die zu gut 70% auf Kernkraft beruht (ca. 9.700t Uran/Jahr)¹⁴, sondern auch für seinen Status als Atommacht. Auch wenn Frankreich sich aktuell auf die Versorgung auf Kasachstan (als traditionellen Verbündeten Russlands) und Kanada stützen könnte und nicht zwingend auf Uran aus Niger angewiesen wäre, ändert dies nichts an seinem strategischen Interesse, langfristig den direkten Zugriff auf „eigene“ Vorkommen zu sichern. Der Krieg 2022 in der Ukraine und die damit einhergehenden Blockaden von Lieferketten für allerlei Güter sollte dies verdeutlichen. Auch in Mali wird Uran vermutet, bislang aber noch nicht abgebaut.

Vor allem deutsche Unternehmen und Kapitalgesellschaften haben Ende der 2000er Jahre jedoch auch die Potentiale der Region für die Gewinnung erneuerbarer Energien hervorgehoben und unter dem Stichwort „Desertec“ sowohl zivilgesellschaftliche Initiativen gefördert als auch ein eigenes Konsortium gegründet, um den Bau von Windkraft- und solarthermischen Anlagen zwischen der Westküste Afrikas und der Ostküste der Arabischen Halbinsel voranzutreiben und hierfür politische und finanzielle Unterstützung einzuwer-



Dana Smillic / World Bank flickr.com, (CC-BY-NC-ND 2.0)

Im Rahmen der deutschen Wasserstoffstrategie wurden umfangreiche Förderprogramme aufgelegt, um den Umstieg energieintensiver Industrien wie Stahl und Chemie zunächst auf Erdgas und dann Wasserstoff zu finanzieren. Zugleich erarbeiteten Forschungsinstitute im Auftrag der deutschen Regierung Pläne für eine Gewinnung von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien auf dem afrikanischen Kontinent. So entstand u.a. der H2 Atlas-Africa des Forschungszentrums Jülich, der für sämtliche Staaten der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS), darunter Senegal, Mali, Niger und Burkina Faso, die vermeintlich entstehenden Kosten pro Kilogramm Wasserstoff auf einer Karte der Großregion abbildet.¹⁵

Das wichtigste Exportgut Malis ist bislang Gold, aus dem etwa ein Fünftel der Staatseinnahmen finanziert werden und von dem die Einkommen von etwa 2 Mio. Menschen – etwa 10% der Bevölkerung – abhängen sollen. Darüber hinaus wurden große Mengen Lithium entdeckt, deren Abbau in großem Maßstab seit Jahren vorbereitet wird. So schlossen im August 2021, ungeachtet aller politischen Turbulenzen, das australische Bergbauunternehmen Firefinch, welches in Mali bereits Gold abbaut, und der chinesische Lithium-Produzent Ganfeng einen Vertrag zur Umsetzung des Goulamina Lithium Projects. Etwa 120km südlich der Hauptstadt Bamako soll auf 100qkm eine riesige Lithium-Mine entstehen. Die dafür benötigten Mengen Wasser sollen aus dem nahe gelegenen Lac Sélingué stammen,

ben. Beteiligt waren hieran mit der Deutschen Bank, Münchner Rück (ehemals: Allianz), Siemens, RWE und E.ON politisch hochgradig einflussreiche Akteure in der deutschen Politik. Die von Kapital und deutschen Forschungsinstituten wie dem DLR (Deutsches Zentrum Luft- und Raumfahrt) propagierte Idee bestand darin, die Kraftwerke vor Ort untereinander und auch mit dem eurasischen Kontinent zu verbinden und damit perspektivisch bis zu 25% des europäischen Strombedarfs aus „Wüstenstrom“ zu gewinnen. Die komplexe politische Situation und die Sicherheitslage in den betreffenden Ländern und Regionen haben in den diesbezüglichen Veröffentlichungen dieser Akteure so gut wie keine Rolle gespielt. Während sich die weiträumige Vernetzung der verschiedenen Standorte und eine Versorgung Europas über Kabel zumindest im anvisierten Maßstab bald als unrealistische Vorstellung entpuppte, konnten die beteiligten Unternehmen die politische Unterstützung durchaus nutzen, um neue Absatzmärkte für Kraftwerke, Kraftwerkselemente und Stromnetze für die kleinräumigere Versorgung in der Region zu erschließen.

Es dauerte allerdings nicht lange, bis auch die Versorgung Europas mit Wüstenstrom wieder auf die politisch umfangreich geförderte Agenda kam und zwar unter dem Stichwort „Grüner Wasserstoff“. Vor allem wiederum Deutschland setzte bei der Energiewende und Dekarbonisierung auf diesen Energieträger.

Um es zugespitzt zu formulieren, ist die „Energiewende“ in Europa, wie sie aktuell konzipiert ist und Wachstum generieren soll, ohne Grünen Wasserstoff und Rohstoffe aus der Sahel-Region kaum zu verwirklichen.

ein Stausee am Nigerzufluss Sankarani, aus dem bereits jetzt große Teile Malis mit Wasser versorgt werden. Der Abtransport des Lithiums soll mit LKW durch die Elfenbeinküste in die etwa 800km (Luftlinie!) südlich gelegene Hafenstadt Abidjan erfolgen, um von dort aus zur Weiterverarbeitung – vermutlich in China – verschifft zu werden. Als wichtigste Kunden nennt Gangfeng u.a. Tesla, Samsung, Panasonic, VW und BMW. Lithium ist ein Rohstoff, der im Zuge der Umstellung auf Elektromobilität in riesigen Mengen benötigt wird und dessen Nachfrage bereits seit Jahren ansteigt. Neben Lithium und Gold werden in Mali auch größere Mengen von Mangan und Bauxit vermutet, bei denen im Zuge der Digitalisierung und Elektromobilität mit einem wachsenden Verbrauch zu rechnen ist. Um es zugespitzt zu formulieren, ist die „Energiewende“ in Europa, wie sie aktuell konzipiert ist und Wachstum generieren soll, ohne Grünen Wasserstoff und Rohstoffe aus der Sahel-Region kaum zu verwirklichen.

II. Der vernetzte Ansatz in Mali

II.1. 2011-2012: Libyen-Krieg und der Zusammenbruch Malis

Während Anfang 2011 in Deutschland die Pläne zum DESERTEC-Projekt (s. I.5.) propagiert und der neu aufgestellte Europäische Auswärtige Dienst (s. I.1.) mit seiner Sahel-Strategie eine erste Regionalstrategie finalisierte, entfaltete sich von Nordafrika über große Teile der arabischsprachigen Welt eine Reihe von Aufständen, die als „arabischer Frühling“ in die Geschichte eingehen sollten – obwohl die Protestbewegungen auch in zahlreichen afrikanischen Staaten Nachahmung fanden, die nicht vorwiegend arabisch geprägt waren. V.a. Frankreich, Großbritannien und die USA nutzten den Aufstand in Libyen, der früh militärisch und islamistisch geprägt war, um mit einer Militärintervention, die schnell unter NATO-Führung gestellt wurde, das dortige Regime unter „Revolutionsführer“ Gaddafi zu stürzen. Libyen war zu jener Zeit das wohlhabendste afrikanische Land und eine Regionalmacht in Nordafrika und der Sahelzone. Gaddafi war Antiimperialist, Anhänger des Panarabismus und Panafrikanismus. Zwar hatte auch er über Jahre immer wieder seine Bereitschaft signalisiert, die Abfahrt von Migrant*innen Richtung Europa einzuschränken, hierfür aber Bedingungen gestellt und sich grundsätzlich zumindest zwischen afrikanischen Staaten, insbesondere in der Sahara, für offene Grenzen ausgesprochen. Zudem unterhielt er ein weitläufiges Netzwerk zwischen Regierungen, bewaffneten und politisch einflussreichen Gruppen zumindest in der nördlichen Hälfte Afrikas und griff hier immer wieder moderierend in Konflikte ein – u.a. mit dem Ziel, westlichen Einfluss zurückzudrängen. Es war absehbar, dass die Zerschlagung seines Systems die Machtverhältnisse in der Region grundsätzlich infrage stellen und sie damit nachhaltig destabilisieren würde.

Als treibende Kraft bei den Luftschlägen gegen Libyen war Frankreich unter dessen Präsidenten Nicolas Sarkozy in Erscheinung getreten. Formale Grundlage war die UN-Resolution 1973 vom 17. März 2011, welche einerseits eine Vermittlungsmission der Afrikanischen Union mandatierte und

einen sofortigen Waffenstillstand einforderte, zugleich aber – auf französisches und US-amerikanisches Drängen hin – die Einrichtung einer Flugverbotszone ermöglichte und die Mitgliedsstaaten ermächtigte, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Zivilbevölkerung zu schützen. Letzteres wurde von den NATO-Staaten und einigen Angehörigen des Golf-Kooperationsrates sofort und öffentlich als Legitimation gewertet, das amtierende Regime und die reguläre Armee des Landes zu zerschlagen und die Aufständischen militärisch zu unterstützen. Während sich auf Einladung Sarkozys am 19. März 2011 zahlreiche hochrangige Staats- und Regierungschefs insbesondere der NATO und ihrer Verbündeten, aber auch

Mit dem Bürgerkrieg und der NATO-Intervention in Libyen wurden große Mengen an Waffen in der Region freigesetzt.

hochrangige UN-Vertreter, auf einem Gipfel zur Lage in Libyen in Paris befanden, gab Sarkozy bekannt, dass seine Luftwaffe mit Angriffen auf die libysche Armee begonnen hätte. Flankiert wurden die von Frankreich aus gestarteten Luftangriffe bereits an diesem Tag durch Marschflugkörper, welche die USA von Schiffen im Mittelmeer gegen die libysche Luftabwehr einsetzte. Noch am selben Tag sagten mehrere NATO-Staaten ihre Beteiligung an dem Angriff zu. Am 25. März übernahm die NATO offiziell das Oberkommando über die

nun als Operation Unified Protector bezeichnete Intervention – man könnte auch von einem Angriffskrieg sprechen.

Bis zum offiziellen Ende der Intervention am 31. Oktober 2011 hat die NATO nach eigenen Angaben über 20.000 Luft-einsätze geflogen und mehr als 7.500 Luftangriffe durchgeführt. Dies ermöglichte den Aufständischen nach einigen Wochen rasche Geländegewinne am Boden. Bestätigte Berichte über Opfer unter der Zivilbevölkerung, der libyschen Armee und den Aufständischen spielten v.a. in der westlichen Berichterstattung kaum eine Rolle und bis heute liegen dazu keine belastbaren Zahlen vor. Da die Angriffe v.a. von NATO-Basen in Südeuropa und dem Mittelmeer sowie dort stationierten Flottenverbänden geflogen wurden, hielt sich der logistische Aufwand in Grenzen. Mitte April jedoch kolportierten die USA, dass den europäischen Verbündeten ohne zusätzliche Lieferungen aus den USA bald die Munition ausgehen werde.

Links: Ein von einem NATO-Luftangriff getroffenes Gebäude in dem Dorf Majer. Rechts: Fotos der bei einem NATO-Luftangriff getöteten Personen.

Attia al-Juwaili, flickr.com, (CC BY-NC-ND 2.0)



Der Einsatz von Bodentruppen war in der UN-Resolution 1973 explizit ausgeschlossen worden und erfolgte nur in geringem Umfang in Form von Spezialkräften v.a. aus Großbritannien zur Zielerfassung und Unterstützung der Aufständischen. Am 20. August 2011 wurde ein Fahrzeug-Konvoi, in dem sich der amtierende Staatschef befand, von den NATO-Luftstreitkräften angegriffen, wodurch Gaddafi in die Hände der Aufständischen geriet, vor Ort misshandelt und getötet wurde.

Mit dem Bürgerkrieg und der NATO-Intervention in Libyen wurden große Mengen an Waffen in der Region freigesetzt. Einerseits wurden diese im Zuge der Volksbewaffnung aus den libyschen Depots ausgegeben, andererseits von den Aufständischen erbeutet. Zugleich lieferten NATO- und Golfstaaten – mit dem offiziellen Ziel des Schutzes der Zivilbevölkerung – große Mengen an Kleinwaffen und Munition durch Flugzeuge, Schiffe oder ließen diese sogar mittels Fallschirmen auf das Land niedergehen.¹⁶ Bis heute bekämpfen sich in Libyen verschiedene Milizen mit diesen Waffen und erhalten weiteren Nachschub aus europäischen Staaten, verschiedenen Golfstaaten, der Türkei und Russland. Ein beträchtlicher Anteil der Waffen ist jedoch auch auf dem Landweg in andere afrikanische Staaten gelangt. Dies gilt nachweislich auch für Niger und Mali. V.a. Angehörige der Tuareg mit Wurzeln in diesen Ländern hatten vor und während des Krieges im libyschen Militär gedient (sich teilweise jedoch auch den Aufständischen angeschlossen) und sind anschließend mitsamt Waffen und Ausrüstung nach Niger und Mali zurückgekehrt oder geflohen. In Mali geschah dies zu einem besonders kritischen Zeitpunkt, da die damals im Süden amtierende Regierung unter Amadou Toumani Touré 2010 damit begonnen hatte, ihre Präsenz im Norden wieder auszubauen – was von dort lebenden Tuareg teilweise als Eingriff in deren Autonomie bzw. gar Verletzung verschiedener Abkommen nach den Revolten der 1990er Jahre gewertet wurde.¹⁷ Entsprechende Bemühungen wurden auch

Da mit dem Gaddafi-Regime zugleich ein Garant dieser weitgehenden Bewegungsfreiheit und eine Schutzmacht verschiedener Tuareg-Fraktionen ausradiert worden war, gerieten diese unter Druck.

von der EU unterstützt und standen alleine deshalb schon im Verdacht, die Bewegungsfreiheit und Geschäftsmodelle der Bevölkerung im Norden einzuschränken. Da mit dem Gaddafi-Regime zugleich ein Garant dieser weitgehenden Bewegungsfreiheit und eine Schutzmacht verschiedener Tuareg-Fraktionen ausradiert worden war, gerieten diese unter Druck.

Unter diesen Umständen gründete sich Ende 2011 die „Nationale Bewegung zur Befreiung des Azawad“ (Mouvement national de libération de l’Azawad, MNLA) und begann im Januar 2012 eine Rebellion mit dem Ziel, eine Unabhängigkeit des Nordens durchzusetzen. Hierzu griff sie wiederholt Standorte der malischen Armee an und vertrieb diese weitgehend aus dem Norden. Die raschen Erfolge erklären sich zum Teil daraus, dass die MNLA hierbei temporäre Allianzen mit jihadistischen Kräften eingegangen ist – welche dadurch deutlich an Stärke gewannen und der MNLA bei der Kontrolle des öffentlichen Lebens bald den Rang abliefen. Während im Norden des Landes bewaffnete Islamisten die Führung übernahmen, entwickelte sich ab dem 21. März 2012 im Süden eine Meuterei in der Garnisonsstadt Kati zu einem regelrechten Putsch, bei dem der Präsidentenpalast in Bamako umstellt, mehrere Minister verhaftet und der amtierende Präsident Amadou Toumani Touré – einen Monat vor den geplanten Wahlen – zur Flucht gezwungen wurde. Anlass der Meuterei war die aus Sicht der Soldaten zu unentschlossene Reaktion der Regierung auf den Aufstand im Norden, wo viele malische Soldaten gefallen waren und zu dessen Bekämpfung sie auch nicht ausreichend ausgerüstet waren.

Durch den Putsch verschärfte sich die Krise enorm und rasant. Nachdem der Staat im Norden bereits jede Kontrolle verloren hatte, war nun auch im Süden unklar, wer diesen überhaupt führt und führen sollte. Der formal amtierende Präsident war geflohen und erklärte nach drei Wochen auch offiziell seinen Rücktritt, einzelne Fraktionen des Militärs standen den Putschisten aber weiter feindlich gegenüber. Letztere stimmten zwar der Ernennung des Parlamentspräsidenten zum Übergangspräsidenten Malis zu, dieser wurde aber im Mai 2012 mutmaßlich von Anhängern der Putschisten im Regierungssitz zusammengeschlagen und anschließend zur Behandlung nach Frankreich ausgeflogen. Durch den Putsch hatten im Süden jene Kräfte die Oberhand gewonnen, die ein entschlossenes militärisches Vorgehen im Norden befürworteten und sich hierbei durch internationale militärische Unterstützung schnelle Erfolge erhofften. Gerade diese internationale Unterstützung gestaltete sich, trotz grundsätzlicher Bereitschaft u.a. in Frankreich und der EU, gerade angesichts der unklaren Lage in Bamako jedoch schwierig. Die Hoffnungen auf eine schnelle militärische Lösung der Probleme im Norden waren jedoch auch unabhängig davon zumindest in Teilen der Bevölkerung eher von einem nationalen Taumel, denn von Realismus geprägt.

Die MNLA nutzte die Wirren im Süden, um offiziell die Unabhängigkeit des Azawad zu verkünden, verlor aber weiter gegenüber den Islamisten an Einfluss. In Bamako konnte der international unterstützte Übergangspräsident Dioncounda Traoré zwar zunehmend Fuß fassen, die wesentlichen Entscheidungen wurden aber im Ausland getroffen. Im Dezember 2012 nahm der UN-Sicherheitsrat eine u.a. von Frankreich und den USA vorbereitete Resolution an, welche eine Militärmission unter Führung der Afrikanischen Union und der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) mandatierte, deren Vorbereitung sich aber zunächst noch hinzog. Am 11. Januar 2013 begann dann eine großangelegte Militärintervention Frankreichs auf Bitte des malischen Übergangspräsidenten, in deren Zuge mit westlicher logistischer Unter-

stützung auch die Truppen der ECOWAS im Land stationiert wurden. Vor diesem Hintergrund wurden anschließend Wahlen vorbereitet und abgehalten, die mit Ibrahim Boubacar Keïta – wenig überraschend – ein Vertreter der alten politischen Elite mit guten Beziehungen zu Frankreich gewann.

II.2. 2013: Die französische Intervention Serval

Die mit dem Operationsnamen „Serval“ bezeichnete französische Intervention Anfang 2013 kann zumindest von ihren kurzfristigen Erfolgen her als eine der effizientesten Militäroperationen westlicher Streitkräfte in den letzten Jahrzehnten betrachtet werden. Entsprechend wurde sie z.B. auch von der militärnahen RAND Corporation 2014 ausgewertet, um Lehren für künftige offensive Einsätze [expeditionary operations] der Landstreitkräfte ziehen zu können.¹⁸ Als wesentlicher Faktor für den militärischen Erfolg wird dabei das schnelle, entschlossene und auch riskante Vorrücken der französischen Bodentruppen beschrieben, welches es dem Gegner nicht erlaubt hätte, sich zu reorganisieren, zu befestigen oder in der Zivilbevölkerung unterzutauchen. Ziel sei der Sieg gewesen und eben nicht die Stabilisierung, was von hochrangigen Militärs auch als willkommene Abwechslung wahrgenommen worden sei.

Zwei weitere Voraussetzungen für das rasche Vorrücken waren die gute „regionale Verankerung“ der französischen Truppen und die internationale Unterstützung insbesondere hinsichtlich der Logistik. So unterhielt Frankreich zu diesem Zeitpunkt bereits seit Jahrzehnten Standorte in den benachbarten Staaten Senegal, Côte d’Ivoire und Burkina Faso sowie dem östlich gelegenen Tschad. Nahezu gleichzeitig mit der Ankündigung der Intervention durch den französischen Präsidenten griffen französische Kampfhubschrauber und Spezialeinheiten aus Burkina Faso am 11. Januar die Islamisten im Zentrum Malis an, bereits am folgenden Tag setzte sich ein Konvoi aus Luftlandkräften und leichter Infanterie in der Côte d’Ivoire Richtung Mali in Bewegung. Weitere Verstärkung



traf aus dem Senegal ein oder wurde von Frankreich aus per Schiff über Senegal und per Flugzeug über die Côte d'Ivoire nach Bamako gebracht. Unterstützt wurden die Bodentruppen durch ohnehin im Tschad stationierte und weitere von Frankreich kurzfristig nach Dakar verlegte Kampfflugzeuge.

Sehr rasch wurden dann weitere Truppen aus den verbündeten Staaten der Region eingeflogen. Als (kaum infrage gestellte) Legitimation hierfür diente die UN-Resolution vom Dezember des Vorjahres – obwohl diese Kräfte ganz offensichtlich zunächst v.a. unter französischem Kommando im Einsatz waren. Die Logistik hierfür wurde überwiegend – gut koordiniert und in bemerkenswerter Geschwindigkeit – durch Verbündete Frankreichs in EU und NATO übernommen. Nach Angaben von RAND seien aber auch 75% der Logistik für die Operation Serval selbst in den ersten drei Wochen und 30% der Luftbetankung durch Verbündete geleistet worden. Deutschland beispielsweise baute sehr schnell ein Luftdrehkreuz in Dakar auf, das auch von anderen EU- und NATO-Staaten genutzt wurde. So gelang es innerhalb weniger Wochen, 4.000 französische und 6.400 verbündete afrikanische Kräfte nach Mali zu bringen – abgestützt auf die weitgehende Bewegungsfreiheit, die Frankreich für sein Militär auch nach deren Unabhängigkeit in seinen ehemaligen Kolonien durchgesetzt hatte. Aufklärungsdaten wurden in erheblichem Umfang von den USA geliefert, welche entsprechende Infrastruktur – darunter mehrere Drohnenbasen – bereits in den Jahren zuvor in der Region aufgebaut hatten (s. I.4.). Im Zuge des raschen französischen Vorstoßes Richtung Norden hat sich auch zumindest in Teilen die malische Armee reorganisiert, durch die es im Gefolge des französischen Vormarsches zu bis heute nicht untersuchten Massakern an der Zivilbevölkerung kam – insbesondere an Minderheiten, die der Kollaboration mit den Islamisten verdächtigt wurden.

Das herrschende Narrativ zur Begründung der französischen Intervention besteht darin, dass die Islamisten nach der Einnahme der Stadt Konna in Zentralmali kurz vor einer Eroberung der Hauptstadt Bamako gestanden hätten und Frankreich sich kurzfristig, quasi als „Nothilfe“, auf Bitten des malischen (Übergangs-)Präsidenten zu dieser Intervention entschieden hätte. Diesem Narrativ folgt auch die RAND Corporation. Trotzdem war der Einsatz ganz offensichtlich bestens vorbereitet, wie auch RAND einräumt, dass es „in einer Veröffentlichung des französischen Militärs heißt, dass die Planung für einen Notfall in der Region in den Jahren 2009-2010 stattgefunden hat und 2011 und 2012 entsprechende Übungen durchgeführt wurden“ [a French military publication states that planning for a contingency in the region had taken place in 2009-2010, and related training exercises took place in 2011 and 2012]. Andere militärnahe Quellen berichten eher hinter vorgehaltener Hand, dass ein entsprechender Einsatz innerhalb der französischen Kontingente in den Nachbarstaaten bereits seit Monaten vorbereitet und erwartet worden wäre und dass die militärische Führung damit auch Druck auf die Politik ausgeübt habe.

Über die Opfer der französischen Intervention gibt es keine belastbaren Bilanzen. Französische Quellen sprechen meist von neun getöteten französischen Soldaten. Die Zahl der getöteten „Islamisten“ wird mit mehreren Hundert bis über tausend angegeben. Auch unter den malischen Streitkräften und den verbündeten afrikanischen Armeen dürften die Opfer im dreistelligen Bereich liegen. Zivile Opfer wurden kaum erfasst und spielten in der Berichterstattung – die sich auf die Erfolge Frankreichs und seiner lokalen Verbündeten fokussierte – so gut wie keine Rolle.

Den raschen Erfolgen folgten die Mühen der Ebene. Unter dem Einsatz von Luftwaffe konnten noch die großen Städte des Nordens, Gao und Timbuktu, erobert werden, es gelang

Voraussetzungen für das rasche Vorrücken waren die gute „regionale Verankerung“ der französischen Truppen und die internationale Unterstützung insbesondere hinsichtlich der Logistik.

aber doch vielen der Aufständischen, im Norden unterzutau-chen oder sich zu reorganisieren. Offiziell endete die Operation Serval nach einem halben Jahr am 15. Juli 2013. Von französischer Seite wurde sie ersetzt durch die Operation Barkhane, in welcher die bereits länger bestehenden Kontingente in Tschad und Burkina Faso mit den verbliebenen französischen Einheiten in Mali zusammengefasst wurden und Niger und Mauretanien dem gemeinsamen Einsatzgebiet zugeschlagen wurden. Anders als bei den vorangegangenen Stationierungen stand Barkhane jedoch stärker im Zeichen des Krieges gegen den Terror – während die langfristige Stabilisierung Malis fortan Aufgabe der UN-Mission MINUSMA sein sollte, der große Teile der zuvor aus anderen afrikanischen Staaten nach Mali gebrachten Armeemitglieder unterstellt wurden.

II.3. 2013ff: Barkhane, MINUSMA, EUTM, EUCAP

UN: MINUSMA

Der größte Anteil der auswärtigen Soldaten ist seit Mitte 2013 unter dem Mandat der MINUSMA anwesend.¹⁹ Das Mandat der UN-Mission wurde seitdem beständig ausgeweitet und ihr Umfang wuchs von gut 6.000 Kräften 2013 auf knapp 15.000 ab 2019. Über die Hälfte der zugehörigen Truppen werden durchgehend von afrikanischen, tw. eng mit Frankreich verbündeten Streitkräften gestellt. Europäische Staaten haben sich zunächst im Bereich der Logistik und schnell auch mit Führungs- und Aufklärungsfähigkeiten eingebracht und v.a. ab 2016 unter deutscher Führung in größerem Umfang zentrale Aufgaben übernommen. Im selben Jahr übernahm Deutschland auch das Camp Castor von den Niederlanden. Es befindet sich unmittelbar neben dem Flughafen Gao bei einem weiteren großen Feldlager der MINUSMA und war in Folge der größte und wichtigste Standort der europäischen Kontingente innerhalb der MINUSMA.

MINUSMA ist zwar aufgrund ihrer umfangreichen militärischen Logistik in verschiedenen Teilen Malis gut sichtbar, beteiligt sich jedoch nicht an offensiven Operationen und führte seine Patrouillen und Übungen eher in halbwegs sicheren Gebieten durch. Trotzdem gilt die Mission mit über 250 Gefallenen bis Mitte 2022 als gefährlichste UN-Mission weltweit. Vor allem in den ersten Jahren genoss die UN-Mission v.a. wegen ihrer zivilen und diplomatischen Aktivitäten in der Bevölkerung einen guten Ruf und schien auch kein bevorzugtes Ziel djihadistischer Gruppen zu sein. Nachdem sich ab 2016 die allgemeine Sicherheitslage drastisch und kontinuierlich verschlechtert hat, geriet die MINUSMA vor Ort jedoch gerade wegen ihrer Sichtbarkeit und militärischen Passivität zunehmend in die Kritik, sie sei mehr mit Selbstbeschäftigung und Eigensicherung beschäftigt, als dass sie zum Schutz der Bevölkerung beitrage.

Frankreich: Barkhane

Offensive Einsätze übernahmen stattdessen die französischen Streitkräfte im Rahmen der Operation Barkhane, welche im August 2014 aus der französischen Intervention Serval hervorging. Im Kern handelte es sich weiterhin um eine v.a. von Spezialkräften getragene Operation zur Bekämpfung des Terrorismus bzw. Aufstandsbekämpfung, in die jedoch die bereits zuvor in der Region stationierten französischen Kräfte in Burkina Faso und dem Tschad integriert wurden und deren Einsatzgebiet auf die sog. G5 Sahel (Mauretanien, Mali, Niger, Burkina Faso und Tschad) ausgedehnt wurde. Im Ergebnis hat Frankreich damit seine postkoloniale Militärpräsenz in Westafrika geografisch auf die westliche Sahel-Region refokussiert und auf die Bekämpfung des Terrorismus neu ausgerichtet. Letztlich hat Frankreich mit den G5 Sahel ein grenzüberschreitendes Gebiet definiert, um – vergleichbar mit den USA andernorts – einen eigenen „Krieg gegen den Terror“ zu führen.

Neben technischer Aufklärung und geheimdienstlichen Operationen, über die natürlich wenig gesicherte Informationen vorliegen, bestand Barkhane aus Übungsaktivitäten mit lokalen Streitkräften und bewaffneten Gruppen, Bodenoperationen gemeinsam mit den malischen und tschadischen Streitkräften, Drohneneinsätzen und Luftangriffen. Im Zuge größerer Operationen, die sich in einzelnen Gebieten über mehrere Wochen erstreckten, veröffentlichte das französische Verteidigungsministerium teilweise fast täglich Erfolgsmeldungen, wonach „etwa zwanzig“ oder „etwa dreißig“ Angehörige bewaffneter terroristischer Gruppen (groupés armés terroristes, GAT) bei Gefechten oder Luftschlägen „neutralisiert“ worden seien.²⁰ Oft wurden ähnlich grobe Angaben auch über zerstörte Fahrzeuge, v.a. Motorräder, und andere Ausrüstungsgegenstände und von den Terroristen genutzte Infrastruktur gemacht. Über zivile Opfer wurden hingegen keinerlei Angaben gemacht und zumindest in Europa, aber auch in überregionalen Medien wurde hierüber so gut wie nie berichtet.

Eine Ausnahme bildet ein Luftangriff bei Bounti, einem abgelegenen Ort im nördlichen Zentrum des Landes, am 3. Januar 2021. Kurz zuvor hatte Frankreich bekanntgegeben, dass zwei weitere Angehörige der Operation Barkhane gefallen seien – darunter erstmals eine Frau – womit sich deren Ge-

samtzahl auf 50 erhöhte. Unmittelbar nach dem Angriff meldeten lokale Eliten und Organisationen, dass die Luftschläge eine Hochzeitsgesellschaft getroffen hätten und auch internationale NGOs veröffentlichten Stellungnahmen, die den Tod von Zivilisten nahelegten. Frankreich und verschiedene Verbündete hielten jedoch an ihrer Darstellung fest, wonach ausschließlich Angehörige der GAT getötet worden seien. Eine Untersuchung der MINUSMA kam jedoch zu einem anderen

Nachdem sich ab 2016 die allgemeine Sicherheitslage drastisch und kontinuierlich verschlechtert hat, geriet die MINUSMA vor Ort jedoch gerade wegen ihrer Sichtbarkeit und militärischen Passivität zunehmend in die Kritik, sie sei mehr mit Selbstbeschäftigung und Eigensicherung beschäftigt.

Schluss und veröffentlichte knapp drei Monate später einen Bericht, wonach sich unter den Getöteten mindestens neunzehn unbewaffnete Zivilisten und nur drei mutmaßliche Angehörige einer terroristischen Gruppe befunden hätten.²¹ Es ist davon auszugehen, dass es auch bei vielen anderen Gefechten und Luftangriffen im Rahmen von Barkhane zu zivilen Opfern kam, wie es oft vor Ort behauptet, aber selten aufgeklärt wurde. Ob es sich bei den Angriffen auf Bounti um eine Vergeltungsmaßnahme gehandelt hat und zivile Opfer zumindest in Kauf genommen wurden, um die (mutmaßlichen) Angehörigen der GAT von der übrigen Bevölkerung und ihren Familien zu isolieren, bleibt jedoch Spekulation. Ein Kriegsverbrechen war es allemal.

Nach Außen hin suggerierte die MINUSMA eine strikte Trennung zwischen dem UN-Stabilisierungseinsatz und der französischen Antiterroroperation Barkhane, obwohl eine Zusammenarbeit in den späteren Mandaten der MINUSMA vage vorgesehen war. Vor allem die europäischen MINUSMA-Kontingente unterliefen die formale Trennung jedoch in der Praxis. So baute Deutschland im Rahmen des MINUSMA-Mandates ein gemeinsames Luftdrehkreuz mit Barkhane im benachbarten Niger auf, um das Camp Castor ab 2017 verstärkt über Niamey, statt über Bamako zu versorgen. Frankreich übernahm im Rahmen von Barkhane die Sicherung des von verschiedenen MINUSMA-Kontingenten genutzten Flughafens in Gao und auch beim Transport und der Versorgung von Verwundeten stützten sich v.a. das große deutsche und andere europäische Kontingente auf die französischen Fähigkeiten ab bzw. nutzten diese gemeinsam. Barkhane trug insofern auch zu einer ohnehin bestehenden Stratifizierung/Spaltung innerhalb der MINUSMA bei: Die ohnehin besser geschützten und ausgerüsteten europäischen Kontingente im Rahmen der UN-Mission verfügten über ihre Verbindungen zu Barkhane zugleich über bessere Aufklärungsergebnisse, Versorgung und Logistik,



Kidal, 27. Juli 2013 – Ein malischer Soldat patrouilliert vor dem Gebäude, in dem sich die Militärdelegation aus Bamako mit dem Gouverneur in Kidal, im Norden Malis, trifft.

konnten auf eine schnellere Evakuierung, bessere medizinische Versorgung und robustere militärische Unterstützung im Ernstfall hoffen. Sichtbar wurde das v.a., nachdem Frankreich 2012 auf Druck der malischen Junta das Land verließ und Deutschland als größter Truppensteller der MINUSMA die Fortsetzung seiner Beteiligung von der Aufrechterhaltung eines „ausreichende[n] Versorgungs- und Schutzniveau[s] für deutsche Soldatinnen und Soldaten“, insbesondere „die fortgesetzte Verfügbarkeit von Luftnahunterstützung nach dem Abzug der französischen Kampfhubschrauber“ abhängig machte,²² zusätzliche und robustere Kräfte in Gao stationierte und trotzdem seine Aktivitäten außerhalb des Camp Castor zunächst weitgehend einstellte. Insofern lässt sich durchaus schlussfolgern, dass die beschriebenen offensiven Operationen von Barkhane zumindest aus deutscher Sicht jenes „sichere Umfeld“ schafften, in dem die MINUSMA operierte. Die v.a. in Deutschland immer wieder verbreitete Auffassung, dass die UN-Operation ohne Barkhane und den deutschen Beitrag vor dem Ende stehe, teilen allerdings nicht alle in der MINUSMA. Hier gab es auch die Haltung, dass ohne den substantiellen, aber auch ein Eigenleben entwickelnden und Interessen verfolgenden europäischen Beitrag womöglich ein neutralerer Ansatz und eine bessere Kooperation mit lokalen Kräften möglich wäre.

EUTM Mali

Wie bereits erwähnt, liefen im außenpolitischen Apparat der EU bereits seit spätestens 2007 Planungen und Vorbereitungen

für eine Stärkung der Militär- und Polizeikräfte in der Sahelregion, diese war auch zentrales Element der 2011 veröffentlichten Sahel-Strategie des neu aufgestellten Europäischen Auswärtigen Dienstes. Die NATO-Intervention in Libyen und die daran anschließenden Turbulenzen in Mali schufen jedoch grundsätzlich neue Rahmenbedingungen. Das Land war de facto gespalten, im Süden herrschte eine nicht gewählte Übergangregierung und im Norden bekämpfte eine robuste französische Militärintervention Aufständische. In diesem Kontext beschloss der Rat der Europäischen Union bereits am 17. Januar 2013, also der frühen Phase der französischen Militär-

Über zivile Opfer wurden hingegen keinerlei Angaben gemacht und zumindest in Europa, aber auch in überregionalen Medien wurde hierüber so gut wie nie berichtet.

intervention, den Aufbau der EUTM Mali zum (Wieder-)Aufbau und zur Ausbildung der malischen Armee – der zeitgleich im Zuge der Rückeroberung des Nordens schwere Menschenrechtsverletzungen, darunter willkürliche Hinrichtungen vorgeworfen wurden.²³ Gut drei Wochen später trafen die ersten europäischen Kräfte für diesen Einsatz in Bamako ein. Die Darstellung vieler Analysen und Policy Papers, wonach es sich bei EUTM um eine rasche europäische Reaktion auf den Stabilisierungsbedarf nach der französischen Intervention gehandelt habe, ist irreführend bis falsch. Die operativen Pla-

nungen für den Einsatz waren bereits Mitte Oktober 2012 und damit deutlich vor den jüngsten Eskalationen und der französischen Intervention angelaufen. Eine erste allgemeine Bitte um Unterstützung bei der Stabilisierung Malis war nach Angaben des Rates der EU bereits am 18. September 2012 durch den Übergangspräsidenten Malis, Dioncounda Traoré, schriftlich erfolgt. Am 24. Dezember – und damit ebenfalls vor der vermeintlich spontanen französischen Intervention – konkretisierte Traoré dies, sicher nicht unabhängig von den europäischen Planungen, mit einer schriftlichen Einladung, eine „EU military training mission“ in Mali durchzuführen. Diese verlieh dem Einsatz eine gewisse völkerrechtliche Grundlage, obgleich sie von einer Regierung ausgesprochen wurde, die aus einem Putsch hervorgegangen war und ganz offensichtlich keine flächendeckende Kontrolle über das Territorium ausübte.

Das von der EU definierte Mandat sah vor, „Militär- und Ausbildungsberatung für die unter der Kontrolle der rechtmäßigen Zivilregierung operierenden malischen Streitkräfte bereitzustellen, um einen Beitrag zur Wiederherstellung der militärischen Fähigkeit dieser Streitkräfte zu leisten, damit sie militärische Einsätze zur Wiederherstellung der territorialen Unversehrtheit Malis und zur Verringerung der Bedrohung durch terroristische Gruppen durchführen können“.²⁴ Die „Kontrolle der rechtmäßigen Zivilregierung“ sollte hierbei eher als Zielbestimmung verstanden werden, denn als Beschreibung des Ausgangszustandes und wurde angesichts der folgenden militärischen Machtübernahmen bis hin zur aktuell regierenden Militärjunta offenbar verfehlt. Neben diesem vermeintlichen Demokratisierungsziel wurde jedoch mit den „militärische[n] Einsätze[n] zur Wiederherstellung der territorialen Unversehrtheit Malis und zur Verringerung der Bedrohung durch terroristische Gruppen“ zumindest mittelbar die Rückeroberung des Nordens und die Aufstandsbekämpfung als Ziele definiert. Insofern ist bei der militärischen Ausbildung der EUTM in Mali durchaus von einer massiven ausländischen Beteiligung an dem zu sprechen, was völkerrechtlich als nicht-internationaler bewaffneter Konflikt und umgangssprachlich als Bürgerkrieg bezeichnet wird. Zwar wurden v.a. in Deutschland, aber auch im Mandat des Rates der Europäischen Union Ausbildungsaspekte wie „Führung“, „Logistikkette“ und „Personalwirtschaft“ sowie insbesondere Ausbildungsinhalte auf dem „Gebiete humanitäres Völkerrecht, Schutz der Zivilbevölkerung und Menschenrechte“ hervorgehoben. Konzeptionell war aber in der ersten Phase die Ausbildung von vier „Kampfbataillionen“ mit je mehreren hundert Kräften in jeweils elf Wochen geplant, bevor diese an der Seite der französischen Spezialkräfte im Norden eingesetzt werden sollten. Darüber, wie viel Zeit neben den „Grundlagen des Kämpfens“,²⁵ Infanterie- und Artillerieausbildung sowie der taktischen Ausbildung am sog. Sandkasten tatsächlich für komplexe Themen wie Völkerrecht und Menschenrechte (in der asymmetrischen Kriegführung) blieb, gibt es keine belastbaren Angaben.

Trotz der zumindest mittelbar offensiven Ausrichtung und der zum Zeitpunkt der Planung unvorhersehbar komplizierten Rahmenbedingungen verliefen der Beginn und folgende Aufwuchs der Mission zunächst relativ rasch, unspektakulär und reibungslos. Bereits im April 2013 begann planmäßig die Aus-

bildung des ersten malischen Bataillons im bereits bestehenden Ausbildungslager bei Koulikoro, etwa 60km nördlich der Hauptstadt Bamako (dessen Kommandant das deutsche Kontingent in dessen Muttersprache begrüßen konnte, die er während einer Generalstabsausbildung in Deutschland gelernt hatte). Deutschland, dessen militärische Ausbildungshilfe für Mali bis ins Jahr 1969 zurückreicht, hatte im Februar 2013 eine Beteiligung mit 180 Kräften mandatiert und seither mehrfach die Führungsrolle von EUTM übernommen. Bis Ende 2013 umfasste sie insgesamt etwa 500 Kräfte und wuchs seitdem langsam, aber relativ stetig an. Neben der konkreten Ausbildung in Koulikoro – hier waren den Deutschen zwei Bier pro Tag erlaubt – umfasste der Einsatz ein Hauptquartier in Bamako, das in einem Hotel untergebracht war und den eingesetzten europäischen Kräften zunächst allerhand Annehm-

Es ist davon auszugehen, dass es auch bei vielen anderen Gefechten und Luftangriffen im Rahmen von Barkhane zu zivilen Opfern kam, wie es oft vor Ort behauptet, aber selten aufgeklärt wurde.

lichkeiten geboten haben soll. Auch dort verschlechterte sich jedoch bald die Sicherheitslage, zunächst mit einem Anschlag auf ein bei Diplomaten*innen beliebtes Luxushotel in der Hauptstadt im November 2015, anschließend mit einem Angriff auf das EUTM-Hauptquartier im März 2016 und im Juni 2017 mit einem Angriff auf ein weiteres, von EUTM genutztes Hotel bei Bamako, bei dem u.a. ein portugiesischer Soldat starb und weitere EUTM- und MINUSMA-Angehörige verletzt wurden.²⁶ In Reaktion auf die Anschläge kamen jeweils unterschiedliche Kombinationen von malischen Sicherheitskräften, französischer und US-amerikanischer Streitkräfte sowie Angehörige der MINUSMA und der EUTM zum Einsatz.

Obwohl v.a. zu Beginn der Mission v.a. von der deutschen Regierung Maßnahmen versprochen wurden, um die Fortbildung von Beteiligten am Putsch von 2012 oder mutmaßlichen Islamisten*innen durch EUTM auszuschließen, verlief die Auswahl der Auszubildenden wenig transparent und offenbar unsorgfältig bis erratisch. So liegen zumindest den nationalen Regierungen wie auch vermutlich den EU-Behörden bis heute keine Angaben vor, wie viele Angehörige der malischen Armee bislang insgesamt ausgebildet wurden, wie viele davon noch Teil der Streitkräfte sind oder ob diese sich an den Putschen von 2020 und 2021 beteiligt haben. Letzteres ist allerdings angesichts der Aussage des EU-Außenbeauftragten, wonach 90% der malischen Armee von der EUTM ausgebildet worden seien,²⁷ ziemlich sicher der Fall. Zugleich haben die EU-Missionen vor Ort 2021 Presseberichten zufolge festgestellt, dass über 6.500 Menschen auf der Gehaltsliste des etwa 15.-20.000 Kräfte umfassenden Militärs stehen, die gar nicht existieren oder im Dienst sind und deren Löhne vermutlich von Vorgesetzten eingestrichen werden.²⁸

Jenseits der v.a. in Social Media verbreiteten Erfolgsmeldungen der EUTM wurde jedoch v.a. vertraulich immer wieder

NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen trifft in Tripolis mit Führern der Streitkräfte des Nationalen Übergangsrats zusammen.



NATO, flickr.com, (CC BY-NC-ND 2.0)

Corona-Pandemie nur noch sehr eingeschränkt tätig und das galt auch für die ganze Zeit bis zu ihrer weitgehenden Verlegung in den Niger ab 2022. Voraussetzungen für diese Verlegung waren bereits im Beschluss des Rates der EU vom März 2020 geschaffen worden, bei dem erstmals – äußerst vage – auch „Tätigkeiten außerhalb Malis ... zur Unterstützung der G5-Sahel-Gruppe“ mandatiert wurden.³⁰

EUCAP Sahel Mali

EU-Missionen zum Kapazitätsaufbau stellen die jüngsten und flexibelsten Formen von Einsätzen im Rahmen der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU dar. Formal handelt es sich um zivile Missionen, welche den (selektiven) Kern dessen betreffen, was häufig unter „Sicherheitssektorreformen“ (SSR) verstanden wird: Polizei und Justiz. Sie verfolgen – soweit sich das von den wenigen, bisher stattgefundenen Missionen verallgemeinern lässt – spezifisch europäische Interessen und finden oft unterhalb der Wahrnehmungsschwellen sowohl der nationalen Öffentlichkeiten in den Einsatzländern als auch innerhalb der EU statt. Die erste EUCAP-Mission fand ab 2012 als EUCAP Nestor (formal) in den ostafrikanischen Küstenstaaten Dschibuti, Somalia, Kenia, Tansania und den Seychellen statt, um die Küstenwachen auszubilden und auszustatten und die juristische Verfolgung mutmaßlicher Pirat*innen vor Ort zu erleichtern.³¹ Auch sie stützte sich, neben der EU-Marinemission Atalanta, v.a. auf die erste, 2010 in Somalia eingerichtete militärische EU-Ausbildungs-

mission EUTM Somalia ab. Da das europäische Eingreifen in das Rechtssystem gerade auch ohne nennenswerte militärische Gegenleistungen in den anderen betroffenen Staaten auf wenig Unterstützung und lokal auch heftige Widerstände stieß, wurde diese Mission 2012 in EUCAP Somalia überführt, wo die lokale Regierung auf internationale Unterstützung (wie EUTM Somalia und EUNAVFOR Atalanta) angewiesen war, um sich zumindest in der Hauptstadt zu behaupten.

Vorbereitungen für eine oder mehrere EUCAP-Missionen in der Sahel-Region liefen bereits vor der

Destabilisierung infolge der NATO-Intervention in Libyen 2011 und wurden durch diese vermutlich eher zurückgeworfen. In der weniger betroffenen Republik Niger wurde bereits 2012 eine entsprechende Mission ins Leben gerufen, die v.a. der Reform und Ausbildung der nigrischen Polizei, Nationalgarde und Gendarmerie dienen soll, aber auch in entsprechende Gesetzgebungsprozesse eingriff. Ihr Personal wuchs seitdem auf aktuell gut 120 „internationale Expert*innen“ und gut 50 „lokale“ Angestellte an, wobei sich erste v.a. aus den Polizeibehörden der beteiligten europäischen Staaten sowie wenigen Verwaltungsangestellten und Wissenschaftler*innen zusam-

über Spannungen zwischen der malischen Armeeführung und der EUTM berichtet. Hierbei waren u.a. die mangelnde Ausrüstung der Auszubildenden (ohne Schuhe und mit Gewehrattrappen aus Holz), ihre tw. herabwürdigende Behandlung und die konkreten Ausbildungsinhalte Thema, welche sich mehr an europäischen Vorstellungen und Verfügbarkeiten, als am Bedarf vor Ort orientierten. Es ist auf jeden Fall nachvollziehbar, dass es angesichts schwieriger Logistik, dünnem Personalbestand und prekärer Sicherheitslage für die malische Armeeführung durchaus eine Herausforderung darstellte, jeweils genau jene Truppenteile aus dem Einsatz abzuziehen und der EUTM zuzuführen, welche zu den jeweils angebotenen Lehrgängen passten – und dass die damit verbundenen Verlegungen weitere Anlässe für Anschläge, Desertionen und ein Überlaufen boten. Dass die malischen Militärs auch nach der Ausbildung durch EUTM an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind und waren, drang jedoch erst nach der Annäherung der Militärjunta an Russland und gemeinsame Operationen mit russischen Kräften wieder verstärkt ins Bewusstsein europäischer Öffentlichkeiten. Für die Beteiligung der von EUTM ausgebildeten Einheiten an einem mutmaßlichen Massaker im Frühjahr 2022 bei Moura im Zentrum Malis wiesen EU und Bundesregierung jedenfalls jede Verantwortung von sich und gaben an: „Die Verlegung und Verwendung der ausgebildeten Einheiten erfolgt durch die verantwortlichen malischen Stellen ohne Koordination mit EUTM Mali“.²⁹

Nach dem Militärputsch vom 19. August 2020 wurde die Mission vorübergehend formal ausgesetzt und wurde bereits zwei Monate später formal wieder aufgenommen. Sie war jedoch bereits zuvor, zunächst aufgrund der wachsenden Spannungen mit der militärischen Führung und dann aufgrund der

Nach dem Militärputsch vom 19. August 2020 wurde die Mission vorübergehend formal ausgesetzt und bereits zwei Monate später formal wieder aufgenommen.

mensetzen. Das Hauptquartier der EUCAP Sahel Niger ist die Hauptstadt Niamey, wobei sie seit 2016 zudem ein „Field Office“ in Agadez im Norden unterhält, das zumindest bis dahin ein zentraler Knotenpunkt der Migrationsrouten ans Mittelmeer darstellte.³² Weitere wichtige Wegmarken waren seit 2017 darüber hinaus die Aufstellung von bislang zwei (von geplanten vier) „mobilen Kompanien zur Kontrolle der Grenzen“ (Compagnie Mobile de Contrôle des Frontières, CMCF), die aus jeweils etwa 250 Kräften bestehen. Aufgeteilt in fünf Abteilungen mit jeweils drei Zügen sollen sie jeweils etwa 200km Grenze überwachen können, wobei sie häufig von europäischen Polizeikräften begleitet werden. Neben der Bekämpfung illegaler Migration besteht ihr Auftrag auch in der Bekämpfung des Drogen- und Waffenschmuggels sowie des Terrorismus, was ihr ziemlich robustes Auftreten erklären mag. Eine weitere Aufgabe der EUCAP-Angehörigen besteht darin, Ausrüstungsbedarf (z.B. IT, Fahrzeuge, Funkgeräte) zu identifizieren und entsprechende Hilfen von der EU und deren Mitgliedsstaaten zu mobilisieren sowie die Zusammenarbeit mit den Behörden der Nachbarstaaten und der gemeinsamen militärischen Eingreiftruppe FC-G5S (siehe II.5.) zu koordinieren. Sie hat verschiedenen nigrischen Ministerien, Behörden und Einheiten Verbindungsbeamte beigestellt, die u.a. auch deren Zusammenarbeit und Informationsaustausch optimieren sollen. Seit 2015 gehört das Sammeln von Informationen über illegale Migration offiziell zum Mandat von EUCAP Sahel Niger, im Juli 2022 unterzeichnete die Mission ein nicht-öffentliches Arbeitsdokument zur Zusammenarbeit mit Frontex, welches u.a. der Verbesserung der Risikoanalysen der EU-Grenzschutzbehörde dienen soll.³³

Mit vergleichbarer Zielsetzung und Struktur begann als EUCAP Sahel Mali im Frühjahr 2015 eine ähnliche Mission in Mali. Vonseiten der malischen Regierung war mit ihr zu jenem Zeitpunkt v.a. auch die Hoffnung verbunden, die Rückkehr nationaler Sicherheitskräfte in den umkämpften Norden zu unterstützen. Da die Sicherheitslage dort jedoch auch in den folgenden sieben Jahren – aktuell ohne Aussicht auf Besserung – selbst für die Streitkräfte Malis und seine internationalen Partner keine hinreichende Bewegungsfreiheit erlaubte, kann EUCAP Sahel Mali bislang keine vergleichbaren „Erfolge“ bei der Grenzsicherung vorweisen, wie sein nigrisches Pendant mit den CMCF. In einem deutlich unsichereren Umfeld stützt sich EUCAP Sahel Mali stärker auf die Streitkräfte, insbesondere EUTM Mali ab. Die Informationspolitik ist äußerst restriktiv, außer den in den jeweiligen EU-Mandaten genannten Zielen und Aufgaben sowie dem ungefähren Personalaufwand stehen kaum öffentlich einsehbare Informationen zur Verfügung. Eine Ausnahme bilden die regelmäßigen Berichte (Tabellen) über Auftragsvergaben mit einem Volumen über 15.000 Euro. Der entsprechende Bericht zum ersten Quartal 2022 bestätigt zunächst die stärkere militärische Prägung. Der mit Abstand höchste Einzelvertrag über 17,7 Mio. Euro betrifft die Unterstützung der Mission durch Hubschrauber eines privaten, irischen Anbieters, gefolgt von 2 Mio. für die Ausstattung von Fahrzeugen mit Störsendern eines französischen Herstellers, wie sie für die Abwehr von Sprengfallen genutzt werden.

Anders als EUCAP Sahel Niger hat EUCAP Sahel Mali bislang kein Field Office eingerichtet, stattdessen aber Ende 2019 eine „Mobile Unit“ (MU) in Mopti, Hauptstadt der gleichnamigen Provinz im Zentrum des Landes, wo sich die Sicherheitslage seit 2016 drastisch verschlechtert hat. Die MU besteht aus 20 Personen, ganz überwiegend Angehörige der französischen Gendarmerie, von denen über die Hälfte mit Sicherungsaufgaben betraut ist. Nachdem sie zunächst von einem gut gesicherten Hotel aus tätig war, wurde eine eigene Liegenschaft gemietet und aufwändig gesichert, die zudem von malischen Polizeikräften bewacht wird. Der Plan bestand darin, hier v.a. die Zusammenarbeit zwischen internationalen Akteuren (MINUSMA, EUTM, NGOs), lokalen Politiker*innen und Würdenträger*innen und den vor Ort tätigen Sicherheitskräften massiv auszubauen. Über die Provinz verteilt sollte ein gutes Dutzend Standorte von Nationalpolizei oder Gendarmerie aufgebaut werden, die einerseits selbst als Sicherheitsanker für Entwicklung und Governance (Security Hubs for Development and Governance) und zugleich als Anlaufpunkte für die MU für Treffen mit lokalen Eliten und/oder Sicherheitskräften dienen sollten. Zunächst lag es an der schlechten Sicherheitslage, dass viele dieser Sicherheitsanker von der MU nur vom Hubschrauber aus der Luft besichtigt werden konnten oder mit stark eingeschränkten Zeitfenstern Besuche stattfanden, solange die EUTM die medizinische Evakuierung gewährleisten konnte. Obgleich die Aktivitäten der EUCAP im Zentrum auf einem – mit europäischer Unterstützung – von der malischen Regierung ausgearbeiteten Plan zur Stabilisierung der Region basierten, gab es in der Hauptstadt auch Vorbehalte und Befürchtungen, bei der Verwaltung vor Ort von den internationalen Akteuren zunehmend ausgestochen zu werden. Mit der Machtübernahme des Militärs in den Jahren 2020/2021 wurden auch Gendarmerie und Nationalgarde unter militärisches Kommando gestellt. Es ist

Sie verfolgen – soweit sich das von den wenigen, bisher stattgefundenen Missionen verallgemeinern lässt – spezifisch europäische Interessen und finden oft unterhalb der Wahrnehmungsschwellen sowohl der nationalen Öffentlichkeiten in den Einsatzländern als auch innerhalb der EU statt.

davon auszugehen, dass die konkreten Ausbildungslehrgänge seitdem weitgehend zum Erliegen gekommen sind und auch die Beratung der Ministerien nur noch begrenzt stattfindet. Dennoch wurden auch Anfang 2022, trotz des gelegentlich als Rauswurf bezeichneten Abzugs der französischen Operation Barkhane und der sich abzeichnenden Verlegung der EUTM nach Niger noch größere Investitionen durch die EUCAP-Mission in Niger getätigt. Obwohl die Sicherheitslage und auch die Konflikte mit der Putschregierung eine weitere

Präsenz der europäischen Ausbilder*innen und Berater*innen kaum noch verantwortbar erscheinen lassen, fand zumindest bis Mitte 2022 keine nennenswerte öffentliche Diskussion über eine Beendigung oder Fortsetzung von EUCAP Sahel Mali statt – u.a., da es innerhalb der EU kaum ein Bewusstsein für diese Mission gibt, deren Ziel eine tiefgreifende Restrukturierung des malischen Staaten entsprechend europäischer Interessen ist.

II.4. Spezialkräfte, Terrorbekämpfung und Ertüchtigung

Neben den bislang benannten, offiziell mandatierten Missionen waren in Mali und der Region bereits vor der Eskalation ab 2016 weitere internationale Akteure militärisch und bei der Reform des Sicherheitssektors aktiv. So wurde bereits erwähnt, dass nach dem Überfall auf ein Hotel 2015 in Bamako auch US-Spezialkräfte an der anschließenden Absicherung des Geländes beteiligt gewesen sein sollen.³⁴ Über eine dauerhafte Präsenz der US-Streitkräfte in Mali selbst ist zwar nichts bekannt, es wird aber davon ausgegangen, dass im benachbarten Niger etwa 800, vorwiegend Spezialkräfte der USA stationiert sind, die dort u.a. mehrere Drohnenbasen betreiben, von denen sie auch Aufklärungsoperationen in Mali durchführen. Bereits seit 2002 haben die USA mit den Staaten der Region, darunter Mali, ihre Geheimdienstkooperationen intensiviert, Spezialkräfte ausgebildet und regelmäßige gemeinsame Manöver durchgeführt.³⁵ Hieran waren auch Spezialkräfte anderer EU- und NATO-Staaten, darunter Deutschland, beteiligt, die so zumindest kurzfristig nachweisbar in Mali präsent waren und spätestens seit 2018 dauerhaft offen und verdeckt in Niger aktiv sind. Es ist davon auszugehen, dass dies auch für die Spezialkräfte weiterer NATO-Staaten gilt.

Darüber hinaus hat der Tschad als enger Verbündeter Frankreichs umfangreich Truppen in Mali stationiert. Diese Stationierung erfolgt häufig im Rahmen der MINUSMA, oft führten tschadische Einheiten jenseits des MINUSMA-Mandates jedoch auch gemeinsame „Übungen“ oder Operationen gegen mutmaßliche Terroristen mit der französischen Operation Barkhane und den malischen Streitkräften durch.

Weitere zivile und militärische Akteure sind vor Ort, um auch jenseits der EUTM- und EUCAP-Missionen die Unterstützung malischer Militär- und Polizeikräfte zu organisieren und zu koordinieren. So unterhält Deutschland bereits seit spätestens 2008 nahezu durchgehend eine Beratergruppe der Bundeswehr in Mali, welche technische Unterstützung für die malischen Streitkräfte leisten soll. Seit 2016 koordiniert diese auch den Aufbau militärischer Infrastruktur (u.a. Munitionsdepots, Werkstätten zur Instandhaltung) und die Lieferung militärischer Ausrüstung (u.a. geschützte Fahrzeuge) im Zuge der sog. „Ertüchtigungsinitiative“ – deren konkreter Inhalt jedoch der Geheimhaltung unterliegt. Analoge Maßnahmen zu Unterstützung „ziviler Sicherheitskräfte“ (u.a. Personalwesen, Funkgeräte, Fahrzeuge) werden von Deutschland durch die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (giz) koordiniert und aus dem Haushalt des Entwicklungsministeriums und des Auswärtigen Amtes finanziert.³⁶ Auf europäischer Ebene werden entsprechende Maßnahmen u.a. durch das Personal der EUTM und EUCAP-Missionen sowie weitere Berater*innen und Verbindungsbeamte koordiniert und vorwiegend

durch das sog. Stabilitätsinstrument (Instrument contributing to Stability and Peace), den Europäischen Entwicklungsfonds (European Development Fund) und den EU-Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika (European Union Emergency Trust Fund, EUTF) durchgeführt und finanziert – oft mit Unterstützung durch private Unternehmen.

So unterhält Deutschland bereits seit spätestens 2008 nahezu durchgehend eine Beratergruppe der Bundeswehr in Mali, welche technische Unterstützung für die malischen Streitkräfte leisten soll.

Bereits seit Jahren wird auch über vergleichbare Aktivitäten der Türkei und einiger Golfstaaten spekuliert. Jenseits der umfangreichen Zusage Saudi-Arabiens, die gemeinsame Eingreiftruppe der G5-Sahel-Staaten mit 100 Mio. Euro zu unterstützen, sind diese Berichte vielleicht glaubhaft, aber wenig belastbar.

II.5. 2016ff: G5 Sahel - Eskalation, Entgrenzung und Mission Creep

Wie bereits mehrfach angesprochen, fand ab dem Jahr 2016 eine drastische und permanente Verschlechterung der Sicherheitslage in Mali statt sowie eine Verlagerung des Konfliktschwerpunktes aus dem Norden des Landes in dessen Zentrum und die östlich angrenzenden Staaten. Diese kontinuierliche Eskalation ist so umfassend und komplex, dass sie sich nur in Teilen durch das Zusammenwirken folgender Faktoren erklären lässt. Weitere, längerfristige Probleme wie Bevölkerungswachstum, Klimawandel und Rückgang landwirtschaftlich genutzter Flächen haben sicherlich ebenfalls einen Beitrag geleistet.

1. Die Architektur des Friedensabkommens: Das im Juni 2015 unterzeichnete Friedensabkommen (Agreement for Peace and Reconciliation in Mali Resulting from the Algiers Process) bestand im Kern aus einem Waffenstillstand zwischen der Regierung in Bamako und einigen bewaffneten Gruppen im Norden mit dem perspektivischen Ziel, diese zu entwaffnen bzw. in die Armee zu integrieren. Dies schuf einen Anreiz, entsprechende bewaffnete Gruppen zu gründen bzw. sich diesen anzuschließen. Andere, insbesondere religiös motivierte Gruppen wurden von diesem Abkommen und dem vorgesehenen Versöhnungsprozess ausgeschlossen, hiermit zu Feinden bzw. Terroristen erklärt, die von den unterzeichnenden Parteien gemeinsam bekämpft werden sollten. Damit wurde der Grundstein gelegt für eine Situation, in der verschiedene bewaffnete Gruppen (vermeintlich) in Vertretung des Staates (vermeintliche) Terroristen bekämpfen sollten und in diesem Zuge auch die Machtverhältnisse untereinander und gegenüber dem Staat aushandeln konnten. Verschärft wurde dies durch die im Ab-



kommen vorgesehene Regionalisierung und die damit einhergehende Schaffung und Neubesetzung politischer und administrativer Posten. Es gibt Hinweise darauf und ist auch naheliegend, dass es dabei auch zu zumindest kurzfristigen, informellen Bündnissen oder Absprachen zwischen Gruppen kam, die sich offiziell bekämpfen sollten, also jenen, die das Abkommen unterschrieben und jenen, die das nicht getan haben. Das Friedensabkommen fokussierte auf den Norden und ließ dort wie landesweit die Zivilgesellschaft, Frauen und Jugend außen vor und genoss keine Popularität in der Bevölkerung – während es Anreize schaffte zu den Waffen zu greifen und das Milizentum förderte.

2. Die Reorganisation der islamistischen Gruppen:

Die Angehörigen der französischen Operationen Serval und Barkhane und ihrer Verbündeten sind zwar 2013 zunächst rasch Richtung Norden vorgestoßen, haben die djihadistischen Gruppen jedoch nicht endgültig besiegt – und zugleich Verhandlungslösungen ausgeschlossen bzw. weitgehend blockiert. Viele Menschen in Mali unterstellen Frankreich und verbündeten Nachbarstaaten, dass sie ein Interesse an einer anhaltenden Bedrohungslage hatten, um ihre Präsenz zu rechtfertigen, was nicht unplausibel ist. Zugleich beflügelten die frühen Erfolge insbesondere des Islamischen Staates im Rahmen des syrischen Bürgerkrieges um 2014 weltweit djihadistische Bewegungen und machten Mali – auch aufgrund der westlichen Truppenpräsenz – zu einem neuen Schauplatz der Auseinandersetzung, nachdem sich das Blatt in Syrien und Irak wendete. Wichtiger noch dürfte die Neugründung und der Aufstieg weiterer bewaffneter islamistischer Gruppen gewesen sein, die sich v.a. aus der lokalen Bevölkerung insbesondere im Zentrum des Landes und den

angrenzenden Nachbarstaaten rekrutierten. Sie nutzten dabei geschickt bestehende Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit – insbesondere unter der Jugend – und bestehende Spannungen unter verschiedenen Bevölkerungsgruppen, was zu ethnisch motivierten Überfällen, Vergeltungsmaßnahmen und der Bildung lokaler Selbstverteidigungskräfte führte. Gegenüber dem Staat und der internationalen Truppenpräsenz gingen die djihadistischen Gruppen zu einer Guerilla-Taktik über und führten vereinzelte, aber spektakuläre Anschläge und Angriffe gegen diese aus. Diese reichten bereits aus, um die internationalen wie die malischen Truppen einerseits zu einer verstärkten Eigensicherung zu nötigen und andererseits ein offensiveres Vor-

Das Friedensabkommen fokussierte auf den Norden und ließ dort wie landesweit die Zivilgesellschaft, Frauen und Jugend außen vor und genoss keine Popularität in der Bevölkerung – während es Anreize schaffte, zu den Waffen zu greifen und das Milizentum förderte.

gehen durch die malische Armee, Frankreich und seine Verbündeten jenseits der MINUSMA zu provozieren, unter dem die Zivilbevölkerung litt. Beides zusammen trug zu Entfremdung zwischen der Bevölkerung einerseits und dem malischen Staat sowie den internationalen Truppen andererseits bei und erweiterte die Rekrutierungsbasis.

3. Die umfassende Militarisierung: Bereits die frühen Erfolge der Operation Serval waren durch Berichte von Übergriffen der malischen Armee gegenüber der Zivilbevölkerung v.a. im Zentrum des Landes begleitet. Dennoch waren diese in jener Phase häufig noch als Befreier und die MINUSMA als Schutz-

macht wahrgenommen worden. Solange sich die Sicherheitslage in weiten Teilen des Landes zunächst verbessert hatte und auf einen baldigen Sieg und anschließenden wirtschaftlichen Aufschwung gehofft wurde, hielt diese Stimmung weitgehend an. Die wachsende Diskrepanz zwischen sozialer Stagnation und dem Ausbau internationaler und militärischer Infrastruktur führte v.a. ab dem Punkt zu wachsender Unzufriedenheit, ab dem sich die Sicherheitslage wieder verschlechterte – und klar wurde, dass viele ausländische Akteure gekommen waren, um zu bleiben. Die Lösungsansätze insbesondere der internationalen Partner fokussierten auf polizeiliche und militärische Ansätze und entsprechende Instrumente kamen zum Einsatz. Die internationale Aufrüstung, Ausbildung und Unterstützung des malischen Sicherheitssektors fand zwar formal im Rahmen eines vernetzten Ansatzes (Comprehensive Approach) statt, verlief allerdings weitgehend chaotisch. Weder EUTM noch EUCAP Sahel Mali beispielsweise haben brauchbare Erfolgskriterien für ihre Arbeit definiert oder Mechanismen, um zu überwachen, wie viele der von ihnen Ausgebildeten desertiert oder übergelaufen sind oder sich an den Machtübernahmen des Militärs beteiligt haben. Selbst der tatsächliche Umfang der malischen Streit- und Sicherheitskräfte ist unbekannt und Gegenstand grober Schätzungen. Darüber hinaus floss viel internationales Geld in den Sicherheitsapparat, versickerte dort und auch die malische Regierung wurde zu einer solchen Prioritätensetzung gedrängt. Der Zugang zu Reichtum und politischer Beteiligung führte über die entsprechenden Programme, die Männer der alten malischen Eliten, dubiose Dienstleister und europäische Berater*innen privilegierten und die Bevölkerung zunehmend einschränkten. Die umfassende militärische Logistik und militärische abgesicherte, grenzüberschreitend Mobilität der Ersteren bspw. steht in einem krassen Widerspruch zur zunehmend eingeschränkten Bewegungsfreiheit Letzterer.³⁷ Es entstand somit ein Milieu, dessen Vorstellung zur Zukunft des Landes zwar tw. völlig konträr waren, das aber gemeinsam vom unsicheren Status Quo profitierte und somit auch ein Interesse an dessen Anhalten hatte.

Die Reaktion der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der europäischen Staaten, bestand jedoch darin, die beschriebenen, letztlich gescheiterten Bemühungen auszuweiten und zu intensivieren. Dieses Phänomen wird in der militärischen Literatur gerne als „Mission Creep“ bezeichnet und beschreibt die Tendenz, das sich die erklärten Ziele, das Mandat und oft auch der Kräfteinsatz einer Mission oft gerade zum Zeitpunkt des offenkundigen Scheiterns bzw. als Reaktion hierauf ausweiten bzw. multiplizieren. Die lässt sich bei verschiedenen, verstetigten UN-Missionen beobachten, welche zunächst als Stabilisierungsmissionen begonnen und sich später trotz hierbei ausbleibender Erfolge immer neue Aufgaben und Ziele definiert, Abteilungen und Stäbe gegründet haben. Dies mag mit der Hoffnung verbunden sein, zumindest über (vermeintliche) Fortschritte in spezifischen Bereichen (z.B. Menschenrechtsbeobachtung, Sensibilisierung gegenüber geschlechtsspezifischer Gewalt) nachträglich Legitimation für den gesamten Einsatz zu erzeugen. Aus militärischer Sicht ist

sie oft mit der unbegründeten Erwartung verbunden, dass man mit einem kurzfristigen, robusteren und gefährlicheren Vorgehen mit mehr Truppen doch noch das Blatt wenden könnte. Grundsätzlich scheint diese Tendenz eher mit den spezifischen Diskursen in den intervenierenden Staaten, als mit der Lage vor Ort zusammenzuhängen.

Ein solcher Mission Creep lässt sich in Mali u.a. für die UN-Mission MINUSMA erkennen, deren Mandat sowohl hinsichtlich der zivilen/politischen Ziele als auch militärisch kontinuierlich ausgeweitet wurde, sowie hinsichtlich der Zusammenarbeit mit und Unterstützung von anderen Missionen wie EUTM und Barkhane. Das Mandat vom Juni 2016 forderte die MINUSMA zu einer stärkeren Präsenz im Zentrum und zugleich einem gestärkten Selbstschutz angesichts häufiger An-

Der Zugang zu Reichtum und politischer Beteiligung führte über die entsprechenden Programme, die Männer der alten malischen Eliten, dubiose Dienstleister und europäische Berater*innen privilegierten und die Bevölkerung zunehmend einschränkten.

griffe auf, im folgenden Jahr wurde sie für „robuste und aktive Schritte“ zur Abwehr asymmetrischer Bedrohungen mandatiert. Parallel wurde die Obergrenze bzw. Zielgröße für die Beteiligung uniformierten Personals (Militär und Polizei) von 12.640 auf 15.209 relativ moderat angehoben – sodass eigentlich absehbar war, dass sie die neuen Aufgaben nicht wird bewältigen können. Im Dezember 2017 wurden die Aufgaben der MINUSMA mit der „operative und logistische Unterstützung“ der neuen gemeinsamen G5-Eingreiftruppe wiederum beträchtlich ausgeweitet. Die wurde (aus guten Gründen) später wiederum auf politischer Ebene durch die Beobachtung von Menschenrechtsverletzungen durch diese Truppe ergänzt. Diskussionen um die Ergänzung um eine explizit offensiv ausgerichtete Einheit innerhalb der MINUSMA durchziehen die Verhandlungen im Sicherheitsrat bereits seit 2013, wurden jedoch wegen dem Widerstand einiger Staaten nicht umgesetzt.³⁸ In Teilen wurde diese Rolle ab 2018 der Barkhane übertragen, indem die „französischen Kräfte“ (erstmalig) explizit autorisiert wurden, „in ihren Einsatzgebieten und unter Einsatz aller erforderlichen Mittel bis zum Ablauf des in dieser Resolution genehmigten Mandats der MINUSMA unterstützend einzugreifen, wenn Elemente der MINUSMA unmittelbar und ernsthaft bedroht sind“ [„to intervene in support of elements of MINUSMA when under imminent and serious threat“].³⁹

Deutlicher noch zeigt sich diese Tendenz bei der Mission EUTM Mali, deren personelle Ausstattung zwischen Dezember 2013 und Dezember 2021 von 500 auf 700 angewachsen sein soll.⁴⁰ Selbst wenn andere Quellen für Ende 2021 eher von 1.000 Kräften ausgehen, so steht diese mutmaßliche Verdoppelung in keinem Verhältnis zur fundamentalen Ausweitung der Aufgaben im selben Zeitraum. War die Mission zunächst strikt auf den sicheren Süden – die Region um die Hauptstadt

– begrenzt, wurde das Mandatsgebiet 2016 auf das (zunehmend unsichere) Zentrum und den Norden und die Ausbildung ehemaliger Rebellengruppen, die in die Armee integriert werden sollten, ausgeweitet. Ab 2018 erfolgte eine weitere Ausweitung auf die Ausbildung für Einheiten aus den G5-Staaten, welche der gemeinsamen Eingreiftruppe unterstellt werden sollten. 2020 wurde zudem eine (nicht-exekutive) einsatznahe Begleitung „bis zur taktischen Ebene“ mandatiert – aber nie wirklich umgesetzt. Für einen Mission Creep typisch, erfolgte diese Ausweitung zu einem Zeitpunkt, als die Bewegungsfreiheit der EUTM und die Beziehungen zur malischen Militärführung bereits auf einem ersten Tiefpunkt angelangt waren. anschließend wurde die Mission u.a. durch die (zuvor verdeckte bzw. nicht mandatierte) Integration der bereits stattfindenden Ausbildung nigrischer Spezialkräfte durch die Bundeswehr auf die Nachbarstaaten ausgeweitet und damit weiter entgrenzt, bevor sie zuletzt im Schwerpunkt in den Niger verlegt wurde.

Bei der französischen Operation Barkhane lässt sich ein ähnlicher Verlauf erkennen, obwohl die Zahlen der eingesetzten Kräfte auch hier nie besonders valide und belastbar waren. So lag die zu Beginn im August 2014 angegebene Stärke von Barkhane mit 3.000 unter jener der Vorgänger-Mission Serval, umfasste aber mit allen G5-Sahel-Staaten zugleich ein deutlich größeres Operationsgebiet. Obwohl v.a. unter Präsident Macron immer wieder eine Reduzierung angekündigt wurde, stieg ihr offizieller Umfang auf 5.100 Kräfte, bevor Macron im Juli 2021 einen Abzug aus Mali und das Ende von Barkhane für das folgende Jahr ankündigte, obwohl man in der Region präsent bleiben wolle.⁴¹ Zuvor war die Truppe durch Kräfte aus weiteren EU- und NATO-Staaten verstärkt worden. Das Vereinigte Königreich hatte bereits 2016 Unterstützung für Barkhane angekündigt und im Juli 2018 drei schwere Transporthubschrauber und 60 Kräfte nach Mali verlegt. Kurz zuvor hatte auch Estland die Entsendung von bis zu 50 Kräften und fünf Transportpanzern nach Mali zugesagt, die seit August 2016 in Gao stationiert sind und deren Umfang zwischenzeitlich auf nahezu hundert angestiegen war. Das estnische Kontingent wurde 2020 in die neu aufgebaute Task Force Takuba überführt, eine vorwiegend aus Spezialkräften bestehende europäische Anti-Terror-Operation, die unter französischem Kommando im Juli 2020 ihre vorläufige Einsatzbereitschaft erklärte. Durch weitere Einheiten v.a. aus Italien, Tschechien, Schweden, Dänemark wuchs sie auf 600-800 Kräfte an. Bei Takuba handelte es sich sozusagen um eine internationale Ergänzung der französischen Barkhane auf malischem Territorium, die zwar meist als „europäisch“ bezeichnet wird, aber außerhalb des Rahmens der GSVP stattfindet. Takuba ging sehr offensiv vor, während ihr konkretes Mandat und die rechtliche Legitimation zwar unklar blieb – jedoch kaum offen infrage gestellt wurde. Das ist besonders angesichts der Tatsache bemerkenswert, dass es sich hier um die bislang robusteste und erste „europäische“ Mission handelt, die explizit auf die offensive Terrorbekämpfung ausgerichtet ist.

Parallel zu dieser allgemeinen, was die Anzahl der Kräfte angeht aber moderaten Ausweitung der internationalen und v.a. europäischen Stationierungen, wurde der Aufbau einer gemeinsamen Eingreiftruppe der G5, der Force Conjointe du

G5 Sahel (FC-G5S) ab 2017 vorangetrieben. Die G5 Sahel werden häufig als Regionalorganisation bezeichnet, deren Gründung auf Initiative der beteiligten Regierungen zurückginge. Letzteres mag formal zutreffen, allerdings ist auffällig, dass es sich bei den beteiligten Staaten (Mauretanien, Mali, Niger, Burkina Faso und Tschad) um eben jene damals engen verbündeten Frankreichs handelt, in denen Barkhane stationiert wurde und aktiv war. Es sind zugleich die Staaten, die bereits in den 2000er Jahren bei der Planung länderübergreifender Sicherheitssektorreformen von der EU zusammengedacht und auch in der Sahel-Strategie von 2011 als Schwerpunktländer des künftigen Engagements genannt worden waren. Es war von Anfang an klar, dass die Finanzierung überwiegend aus der EU stammen würde und auf sicherheitspolitischer Ebene eine enge Kooperation mit EU und Barkhane stattfinden sollte. Insofern sind die G5 zumindest auch als Ergebnis europäischer Vorstellungen und Planung zu begreifen, dem sich die Regierungen der beteiligten Staaten – oft mit sehr zweifelhafter Legitimation – in der Hoffnung auf finanzielle Unterstützung insbesondere ihrer Sicherheitsapparate unterworfen oder zumindest angeeignet haben.

Obwohl die Gruppe G5 Sahel zumindest dem Anspruch nach auch entwicklungspolitische Ziele verfolgt, steht in ihrem konkreten Handeln die Sicherheitspolitik und damit die Eingreiftruppe FC-G5S im Mittelpunkt. Diese wurde im Februar 2017 mit der bisher einzigen veröffentlichten Resolution der G5-Staaten (Nr. 00-01/2017) auf einem Gipfel in Bamako mit dem Ziel der „Bekämpfung des Terrorismus, des Drogenhandels und der illegalen Einwanderung“ und dem Mandat zur „Bekämpfung des Terrorismus und der transnationalen, orga-

Erstaunlich selten wurde die Frage aufgeworfen, welchen Unterschied 5.000 bewaffnete Kräfte in einem Gebiet von der Größe Westeuropas mit zahlreichen, sich überlappenden (bewaffneten) Konflikten machen können.

nisierten Kriminalität“ ins Leben gerufen⁴² und nahm bereits kurz darauf ihre Arbeit auf. Der militärische und finanzielle Bedarf für die Truppe wurde gemeinsam mit Vertretern der fünf betroffenen Sahel-Staaten anschließend bei einer Konferenz im deutschen Verteidigungsministerium definiert.⁴³ Auf einer von Frankreich und Deutschland gemeinsam initiierten „Geberkonferenz“ wurden dann im Februar 2018 in Brüssel insgesamt 414 Mio. Euro zugesagt, davon 100 Mio. von der EU selbst, 76 Mio. von einzelnen Mitgliedsstaaten, 60 Mio. von den USA, 100 Mio. von Saudi Arabien und 30 Mio. von den VAE.⁴⁴ Der Umfang der Truppe wurde auf 5.000 Kräfte festgelegt, die jedoch nicht zusätzlich aufgestellt, sondern aus den bestehenden Streitkräften in gemeinsame Verbände integriert werden sollten. Insofern handelte es sich hierbei v.a. um eine gewaltige Finanzspritze für die Militärapparate der betreffenden Staaten, die bislang überwiegend eine sehr schwache Menschenrechtsbilanz und politische Kontrolle aufwiesen.



Die ehemalige deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, seit 1. Dezember 2019 Präsidentin der Europäischen Kommission, nimmt am 28. Juli 2015 an einer Zeremonie zum Kommandowechsel in Mali teil.

In Europa wurde die Aufstellung der FC-G5S als großer Erfolg kommuniziert, der u.a. dem Ziel dienen sollte, Fluchtursachen zu bekämpfen bzw. Migrationsströme zu unterbrechen. Tatsächlich waren und sind die Schwerpunkte der FC-G5S entlang den Staatsgrenzen verortet, was sich auch damit begründet, dass hier der Mehrwert grenzüberschreitender Zusammenarbeit – auch bei der Bekämpfung des Terrorismus – am nächsten liegt. Klar erkennbar war jedoch auch, dass der Aufbau der FC-G5S innerhalb der EU als Kernelement einer (wenig realistischen) Exit-Strategie verstanden wurde in dem Sinne, „afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme“ (sic) zu schaffen und damit eine Perspektive, den eigenen Truppeneinsatz zu reduzieren und u.a. über finanzielle Abhängigkeiten, kleinere Ausbildungs- und Beratungsmissionen weiterhin Einfluss auszuüben. Allerdings wurde auch aus regierungs- und militärnahen Thinktanks in Europa angesichts der fehlenden politischen Kontrolle der beteiligten Streitkräfte und ihrer Beteiligung an zurückliegenden Putschen und Putschversuchen auch Skepsis an dieser Strategie geäußert. Zugleich wurde darauf hingewiesen, dass sie einer Tendenz der entsprechenden Regierungen entspräche, Kernaufgaben der Staatlichkeit an die „Internationale Gemeinschaft“ zu delegieren, und diese Externalisierung deren Legitimität weiter untergraben könne.⁴⁵ Erstaunlich selten wurde die Frage aufgeworfen, welchen Unterschied 5.000 bewaffnete Kräfte in einem Gebiet von der Größe Westeuropas mit zahlreichen, sich überlappenden (bewaffneten) Konflikten machen können – selbst wenn sie auf Unterstützung der jeweiligen Streitkräfte, der MINUSMA, Barkhane und EUTM bauen sollten. Ein Beispiel: im demgegenüber winzigen Kosovo hatte die NATO über viele Jahre 60.000 zusätzliche Kräfte stationiert, um eine prekäre Stabilisierung und umstrittene Staatlichkeit abzusichern – ohne

grundlegende Probleme wie organisierte Kriminalität und Korruption nachhaltig in den Griff zu bekommen.

Angesichts der Tatsache, dass „Ertüchtigung“ und Sicherheitssektorreformen zumindest erklärtermaßen auch Aspekte der Rechtsstaatlichkeit betreffen und diese fördern sollen, wurde auch sehr wenig erörtert, welche Auswirkungen es haben kann, Soldaten grenzüberschreitend unter sehr vagen Mandaten Befugnisse zu übertragen, welche in den polizeilichen Bereich der Strafverfolgung fallen und sehr unmittelbar die Zivilbevölkerung, deren Bewegungsfreiheit und Überlebenschancen betreffen. Die ohnehin bestehende, eklatante Differenz zwischen Bewegungsfreiheit und Rechten der Zivilgesellschaft gegenüber jenen der Militärs wurde dadurch weiter verschärft.

II.6. 2020f: Putsch und Kontrollverlust

Während die Region weiter aufgerüstet wurde, verschlechterte sich die Sicherheitslage weiter. In seinem vierteljährlichen Bericht zur Situation in Mali vom März 2018 berichtet der UN-Generalsekretär nicht nur von einem ersten Einsatz der FC-G5S an der Grenze zwischen Mali und Burkina Faso, bei dem „zahlreiche terroristische Elemente neutralisiert“ (reportedly resulted in neutralizing several terrorist elements) worden seien, sondern fasst im Anschluss daran die zentralen Entwicklungen im Sicherheitsbereich markant zusammen: „Die Sicherheitslage hat sich im Berichtszeitraum verschlechtert, die Angriffe gegen MINUSMA und die Malischen Sicherheits- und Verteidigungskräfte haben sich intensiviert“. Von den 133 Fällen von Menschenrechtsverletzungen, welche MINUSMA in diesem Zeitraum dokumentiert hatte, gingen ein



Ein dänischer Pilot der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) bahnt sich seinen Weg durch eine kambodschanische Kompanie von Experten für die Beseitigung von Explosivstoffen (EOD), die vom Minenräumdienst der Vereinten Nationen (UNMAS) ausgebildet wurden und für den Einsatz von Bamako nach Gao im Norden Malis transportiert werden.

Viertel (33) auf malische Polizei und Streitkräfte, 55 auf Unterzeichnergruppen des Friedensabkommens und 37 auf „bewaffnete Extremisten“ zurück.⁴⁶ Der folgende Bericht vom Juni 2018 nennt standrechtliche Hinrichtungen von 44 Menschen durch die malische Armee sowie eine Vergeltungsaktion unter Führung der FC-G5S, bei der zwölf Zivilist*innen getötet worden seien. Einer der Regierung in Bamako nahestehenden Tuareg-Gruppe werden darin schwere Übergriffe gegen die Bevölkerung an der Grenze zu Niger vorgeworfen, darunter mindestens 143 getötete Zivilist*innen, das Niederbrennen von Häusern und die gewaltsame Vertreibung von 695 Menschen. Von den im Berichtszeitraum insgesamt 344 durch MINUSMA dokumentierten Menschenrechtsverletzungen gingen in diesem Fall 138 auf islamistische Gruppierungen zurück.⁴⁷ Es handelt sich hier um eine beispielhafte Zusammenfassung einiger der Ereignisse, die in den jeweiligen Berichten wiedergegeben werden, die ihrerseits unvollständig sind. Sie soll nur einen Eindruck davon vermitteln, dass Menschenrechtsverletzungen, Überfälle, Hinrichtungen in Mali – und zunehmend auch den Nachbarstaaten – an der Tagesordnung waren, dass diese vielfältige Formen annahmen und auf „staatliche Sicherheitskräfte“, Milizen und djihadistische Gruppen gleichermaßen zurückgingen. Zwar kam es auch immer wieder zu offenen Gefechten zwischen diesen drei Akteursgruppen, die Hauptlast des Konfliktes und auch der Getöteten und Verwundeten traf jedoch die Zivilbevölkerung. Die Vorstellung, wonach „Sicherheitskräfte“ Milizen und Islamisten bekämpften, um die Zivilbevölkerung zu schützen, beschreibt die Lage in Mali nicht einmal ansatzweise.

Ähnliches gilt für die Nachbarstaaten Burkina Faso und Niger, wo soziale Konflikte nach der französischen Intervention in Mali ebenfalls geschickt von djihadistischen Akteuren eskaliert wurden, eine gewaltsame und häufig auf einzelne Ethnien fokussierte staatliche Reaktion hervorriefen und damit weitere Teile der Bevölkerung radikalisierten.⁴⁸ Für alle drei Länder gilt, dass so v.a. in den jeweils aneinander grenzenden Provinzen – fern der Hauptstadt – ein Maß an Unsicherheit entstand, welches den Anbau von Lebensmitteln und andere Formen der Subsistenz und Einkommensgenerierung zunehmend verunmöglichte und damit einerseits zur Vertreibung und andererseits zur Rekrutierung für bewaffnete Gruppen beitrug. Obwohl die Hauptstädte (und andere bevölkerungsreiche Machtzentren) demgegenüber nur sporadisch Ziel von Attentaten wurden, trugen diese, Fluchtbewegungen und die Berichte von Mord und Totschlag in den Provinzen auch dort zur Verunsicherung der Bevölkerung bei. Zugleich wuchsen auch hier die sozialen Unterschiede zwischen jenen Mitgliedern der alten Eliten, die von der – auf den Sicherheitssektor fokussierten – verstärkten internationalen Zusammenarbeit profitierten und jenen, die auch ökonomisch zumindest indirekt (als Händler*innen, Fahrer oder weil sie über Familienbeziehungen mit den Provinzen verbunden waren) von der Gewalt in den Provinzen betroffen waren. So wuchs auch in den Städten die Unzufriedenheit mit den jeweiligen Regierungen und ihren internationalen Unterstützer*innen. Auch hier wurden die Möglichkeiten einer militärischen Befriedung (ähnlich wie

in europäischen Diskursen) häufig überschätzt und deshalb insbesondere hinsichtlich der involvierten Drittstaaten zunehmend an deren dahingehenden Absichten gezweifelt. Sowohl die islamistischen Bewegungen in den Provinzen, als auch die entstehenden sozialen Bewegungen in den Zentren – die oft ein entschlosseneres Vorgehen gegen Erstere einforderten – waren damit auch von einer antikolonialen Haltung, anti-westlicher Rhetorik und durchaus berechtigter Kritik an der Stabilisierung der alten Eliten durch europäische Interventionen und Gelder getragen.

So formierte sich in Mali im Frühsommer 2020 die wesentlich in der Hauptstadt verankerte Protestbewegung M5-RFP (Rassemblement des Forces Patriotiques, Sammlung der patriotischen Kräfte). Ein Bündnis, das in den Worten der analytisch treffsicheren Publizistin Charlotte Wiedemanns

„links-säkulare und religiöse Kräfte, Jugendbewegungen und etablierte Politiker, die sich vom Präsidenten losgesagt hatten“ vereinte, die Korruption der Regierung kritisierte und den Rücktritt des Präsidenten, Ibrahim Boubacar Keïta, forderte. In seinem Mittelpunkt stand der Prediger Mahmoud Dicko und seine Anhänger*innenschaft, unterstützt wurde es jedoch auch von sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen. „Für seine Bürger wurde Keïta in Funktion und Le-

bensweise zum Symbol einer typisch postkolonialen Beziehung, mit französischem Zweitpass und Vermögen außerhalb des Landes. Von seinem Sohn Karim, auf zentrale Posten gehiebt, kursierte ein Video, das ihn auf einer Mittelmeer-Yacht mit knapp bekleideten Frauen zeigte, während die Bevölkerung unter dem Covid-19-bedingten Lockdown litt. In jenen Wochen machte der US-Botschafter in der Hauptstadt Bamako der Opposition die aberwitzige Vorhaltung, ihre Forderung nach einem Rücktritt des Staatschefs verstoße gegen die malische Verfassung“.⁴⁹ Im Juli eskalierten die Massenproteste und Spezialeinheiten der Polizei eröffneten das Feuer auf Demonstranten, wobei mindestens elf Menschen getötet wurden. Berichten zufolge soll es sich dabei um Einheiten der FORSAT gehandelt haben, die zuvor von Spezialkräften der französischen Polizei, EUCAP sowie – nur drei Monate vor ihrem Einsatz gegen die Demonstrierenden in Bamako – von der EUTM für „Antiterroroperationen in urbanem Umfeld“ ausgebildet wurden und als Erfolgsprojekt der westlich geförderten Sicherheitssektorreformen galten.⁵⁰

Vor diesem Hintergrund nahmen Teile des Militärs am 18. August 2020 den Präsidenten und führende Mitglieder der Regierung fest. Ausgangspunkt der Machtübernahme durch das Militär war wie bereits 2012 das große Militärlager bei der Garnisonsstadt Kati vor den Toren der Hauptstadt. Selbst im Ausland, wo der Putsch überwiegend verurteilt wurde, berichteten Medien nur sehr vereinzelt von Kritik oder Gegen-demonstrationen und zeigten stattdessen Bilder jubelnder Men-

Die Vorstellung, wonach „Sicherheitskräfte“ Milizen und Islamisten bekämpften, um die Zivilbevölkerung zu schützen, beschreibt die Lage in Mali nicht einmal ansatzweise.

schenmengen. Dass der weitgehend unblutig Putsch tatsächlich, wie v.a. in sympathisierenden linken Beiträgen gelegentlich dargestellt, das Ergebnis einer spontanen Meuterei in Kati war, erscheint angesichts des geplant wirkenden und weitgehend reibungslosen Verlaufs eher zweifelhaft. Gegen Mitternacht erklärte der in Kati festgehaltene Präsident seinen Rücktritt und Parlament und Regierung für aufgelöst. Am nächsten Tag gegen Mittag trat eine fünfköpfige Gruppe von Militärs vor die Kameras, bezeichnete sich als Nationales Komitee zur Rettung des Volkes (Comité national pour le salut du peuple, CNDP) und präsentierten recht konkrete Pläne für den Übergang. Explizit wurde dabei erklärt, dass man weiter mit MINUSMA, EUTM und Barkhane zusammenarbeiten und nach einer Übergangszeit Wahlen abhalten wolle. Während v.a. Frankreich und die USA den Putsch scharf kritisierten, kamen von der deutschen Regierung und der EU gemäßigte Töne. Natürlich wurde auch hier der Putsch in den gängigen Floskeln verurteilt und eine Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung angemahnt, aber keine konkreten Sanktionen angedroht. Die Missionen EUTM und EUCAP – die zu dieser Zeit ohnehin pandemiebedingt auf Sparflamme liefen und sich in Umstrukturierung befanden – wurden offiziell ausgesetzt, ihre baldige Wiederaufnahme jedoch zugleich in Aussicht gestellt. Die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung war hierfür explizit keine Bedingung.⁵¹ Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft erließ Sanktionen, die sie jedoch relativ rasch aufhob, nachdem dem Führer der Putschisten, Assimi Goïta, als Vizepräsident der ehemalige Verteidigungsminister Bah N'Daw als Präsident einer Übergangsregierung beigelegt wurde, die damit einen „zivilen“ Anstrich erhielt – obgleich N'Daw bis 2012 selbst aktiver Militär und in der Folge wesentlich an der international forcierten Restrukturierung der Streitkräfte beteiligt gewesen war.

Trotzdem wurden dieser, der amtierende Verteidigungsminister und der Premierminister der Übergangsregierung im Mai 2021 in einer Art „Putsch im Putsch“ wiederum durch Militärs unter Führung Goïtas verhaftet und zum Rücktritt gezwungen. Diesmal fielen sowohl die Reaktionen des Westens und der ECOWAS – angelehnt an die scharfe Verurteilung durch Frankreich – heftiger aus. V.a. die ECOWAS verhängte harsche Sanktionen, die schnell auch für die Zivilbevölkerung spürbar wurden. Obwohl sich das anfänglich gute Verhältnis zwischen Übergangsregierung und Protestbewegung zeitweilig abgekühlt hatte, gab es erneut sichtbare Unterstützung auf den Straßen Bamakos für die Machtübernahme der Militärs, trotz oder sogar wegen der Sanktionen der EU und der ECOWAS, die vor Ort ohnehin gerne als Stellvertreterin französischer Interessen und Politik wahrgenommen wird. Vermutlich hat auch dies dazu beigetragen, die nun noch klarer militärisch dominierte Junta in ihrem nationalistischen, souveränistischen Kurs mit antikolonialer Rhetorik zu bestärken. Das Verhältnis insbesondere mit Frankreich verschlechterte sich in der Folge rapide. Bereits im Juni 2021 hatte Macron angekündigt, Barkhane zu beenden, wobei es sich zu diesem Zeitpunkt womöglich noch um eine Drohung gehandelt hat. Bestärkt durch Unterstützungsangebote aus Russland blieb die malische Junta trotzdem auf Kurs und spielte geschickt die gesamte diplomatische Klaviatur bis hin zur Ausweisung des

französischen Botschafters im Januar 2022 und der Kündigung des Militärabkommens mit Frankreich, das Grundlage für die Stationierung von Barkhane war, im Mai 2022. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits erste russische Kräfte in Standorte eingezogen, die Frankreich im Zuge seines Rückzugs verlassen hatte. Allerspätestens jetzt war klar, dass Barkhane und auch die europäische Unterstützungsmission Takuba in Mali keine Zukunft mehr hätten. Am 15. August gab der französische Generalstab bekannt, dass die letzten französischen Soldaten Mali verlassen hätten, bereits am folgenden Tag sollen russische Kräfte auch am Flughafen Gao gesichtet worden sein,

Zu diesem Zeitpunkt waren bereits erste russische Kräfte in Standorte eingezogen, die Frankreich im Zuge seines Rückzugs verlassen hatte. Allerspätestens jetzt war klar, dass Barkhane und auch die europäische Unterstützungsmission Takuba in Mali keine Zukunft mehr hätten.

der zuvor von den Franzosen gesichert worden war und eine zentrale logistische Basis des MINUSMA-Einsatzes, insbesondere der daran beteiligten europäischen Kräfte ist.

Auch gegenüber Deutschland, anderen europäischen Akteuren und der MINUSMA trat die neue malische Regierung selbstbewusster auf. Indem sie Souveränitätsrechte wie die Kontrolle des Luftraumes für sich in Anspruch nahm, beeinträchtigte sie wesentlich deren Logistik und Bewegungsfreiheit. Mali bestand plötzlich auf die Genehmigung von Truppentransporten, Aufklärungsflügen der deutschen Heron-1 Drohne und begrenzte zeitweise sogar Überflugrechte für den taktischen Verwundetentransport, was de facto zumindest einzelne Kontingente – etwa das deutsche in Gao – effektiv davon abhielt, überhaupt ihren Stützpunkt zu verlassen. Auch wurden private Unternehmen, die für ausländische Kontingente Lufttransport, Lagerstätten und andere Logistik zur Verfügung stellten, strenger kontrolliert und eingeschränkt. Bereits im Januar 2022 war ein dänisches Kontingent, das gerade erst zur Verstärkung der europäischen Mission Takuba angekommen war, wegen eines fehlenden Stationierungsabkommens gleich wieder zur Ausreise aufgefordert worden. Mitte August 2022 wurden 49 ivoirische Soldaten bei ihrer Einreise mit einer privaten Airline unter dem schweren Vorwurf des Söldnertums festgenommen. Es handelte sich dabei um ein sog. „nationales Unterstützungselement“ der MINUSMA außerhalb der regulären Kontingente, das u.a. das Gelände eines deutschen Logistikdienstleisters am Flughafen Bamako absichern sollte, der für die Bundeswehr und andere MINUSMA-Kontingente Lufttransport und ein informelles kleines Feldlager am Flughafen stellte. Häufig werden dahinter russische Einflussnahme und Interessen vermutet, um eigene Handlungen zu verschleiern und das Verhältnis zu den bisherigen Partnern zu belasten – was durchaus plausibel ist. Man könnte es auch als Versuch

der malischen Bürokratie interpretieren, wieder eine Übersicht und Kontrolle über das komplexe Netzwerk militärischer Logistik und Truppenbewegungen im Land zu gewinnen. Vermutlich ist beides richtig, denn offensichtlich profitierte Russland hiervon, während Takuba und Barkhane vollständig und EUTM weitgehend das Land verließen und immer mehr Staaten ihre Beteiligung an MINUSMA einstellten oder in Frage stellten. Besonders für die deutschen Truppen in Gao stellte die Situation im Sommer 2022 ein Dilemma dar. Ihre Handlungs- und Bewegungsfreiheit war nicht nur durch die malische Bürokratie, sondern auch durch den Abzug der robusten Einheiten von Barkhane und Takuba weitgehend eingeschränkt, während kleinere europäische Kontingente bereits ihren Abzug ankündigten. Vieles sprach für einen Abzug – auch die Stimmung in der Truppe. Andererseits hatte Deutschland als größter Truppensteller mit Hochwertfähigkeiten eine tragende Rolle in der MINUSMA und war zugleich Symbol und Garant der europäischen Rolle innerhalb der MINUSMA und auch darüber hinaus in Mali.

Das in Deutschland häufig bemühte Szenario, dass die MINUSMA mit einem (Teil-)Abzug der Deutschen vor dem Aus stünde, erscheint möglich, aber wenig wahrscheinlich. Absehbar ist eher eine Transformation, in der Europa innerhalb der MINUSMA an Einfluss verliert und die malische Regierung, Russland und womöglich Ägypten eine stärkere Rolle einnehmen werden. Wie sich das auf die Sicherheitslage der Bevölkerung auswirken wird, bleibt abzuwarten. Es wird von Verhandlungen mit islamistischen Gruppen berichtet, denen Frankreich bislang im Weg gestanden sei. Auf den Straßen in Bamako sind die Erwartungen groß und v.a. im Hinblick auf die militärische Unterstützung Russlands vermutlich ähnlich überzogen, wie 2012 gegenüber Frankreich und der EU. Vor allem in westlichen Medien wird seitdem verstärkt über Menschenrechtsverletzungen und mutmaßlichen Massaker der malischen Armee und ihrer neuen – nun russischen – Partner berichtet. Im Informationskrieg in Mali selbst scheint hingegen eine pro-russische Perspektive dominant, auch was den Ukraine-Konflikt betrifft.

NATO, flickr.com, (CC BY-NC-ND,2.0)



Aufgenommen am 31. Oktober 2011: NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen trifft junge Aktivisten und Gruppen der Zivilgesellschaft in Tripolis.

III. Thesen zu den Ursachen des Scheiterns

III.1. Interventionen ohne Konfliktbewusstsein

Für viele der bisherigen (Militär-)Interventionen auf dem afrikanischen Kontinent lässt sich rekapitulieren, dass „innereuropäischen Integrationsagenten das europäische Außenhandeln stärker [prägten] als lokale Konfliktkonstellationen und die öffentlich reklamierten Befriedungs- und Demokratisierungsziele“ und „Interessenlagen, die nur einen indirekten Afrikabezug aufwiesen“ eine zentrale Rolle spielten.⁵² Die konkreten, kurzfristigen Ziele waren oft sehr bescheiden und standen, ebenso wie der Mitteleinsatz, in keinem Verhältnis mit den proklamierten, langfristigen Zielen wie Frieden und Demokratisierung. Eine Evaluation und Diskussion der Wirkung der Einsätze im Bezug auf diese Ziele fand nicht in der notwendigen Breite statt und würde wohl überwiegend negativ ausfallen. Gleichwohl erwiesen sie sich – auf den ersten Blick – als hilfreich bei der Weiterentwicklung der im Entstehen begriffenen gemeinsamen Außen-Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union.

Mit der Sahel-Strategie von 2011 wurden demgegenüber kurz- und mittelfristige Ziele zur Umgestaltung einer Region formuliert, und hierfür ein koordinierter Einsatz verschiedener Instrumente des EU-Außenhandelns vorstrukturiert. Die dabei nur in Ansätzen vorhandene Problemanalyse blieb jedoch in einer engen, europäischen Sichtweise „Scheiternder Staatlichkeit“ verhaftet, während die angestrebten Lösungen an europäischen Interessen orientiert waren: Schutz Europas vor Terrorismus, Bekämpfung illegalisierter Migration und Ermöglichung bzw. Schutz europäischer Investitionen. Als Problem wurde dementsprechend eine unzureichende Ausbildung und Ausstattung lokaler „Sicherheitskräfte“ identifiziert sowie weitere institutionelle und gesetzgeberische Voraussetzungen für die Durchsetzung der aus Europa identifizierten Ziele. Zur

Lösung wurde entsprechend dem ohnehin existierenden strategischen Leitbild der „Vernetzten Sicherheit“ und der darauf gegründeten Institutionen und Instrumente ein koordinierter Ansatz der militärischen und polizeilichen Ertüchtigung sowie beratenden Begleitung von Reformen hin zu einer „verantwortungsvollen“ Regierungsführung erklärt, wobei entsprechende Maßnahmen auf EU-Ebene, der Mitgliedstaaten und anderer internationaler und Nichtregierungs-Organisationen mit einem gemeinsamen Ziel ineinandergreifen sollten.

Die konkreten Ursachen und Dynamiken der Konflikte vor Ort, die Wahrnehmung und Bedürfnisse verschiedener Bevölkerungsgruppen sowie die komplexen Interdependenzen spielten in dieser Konfliktanalyse – so man sie überhaupt so nennen will – allenfalls eine untergeordnete Rolle. Ein drastisches Beispiel für eine solche Auslassung ist die Tatsache, dass die von der NATO und einigen EU-Mitgliedsstaaten führend vorangetriebene Zerschlagung Libyens als Regionalmacht in der zugleich veröffentlichten und v.a. ab 2013 umgesetzten Sahel-Strategie keine Rolle spielte – obwohl sie die Machtverhältnisse in der ganzen Region grundlegend erschütterte und die Verfügbarkeit von Waffen drastisch erhöht hat. Widerstreitende Interessen und Vorstellungen innerhalb der jeweiligen Gesellschaften darüber, was sie unter „verantwortungsvoller“ Regierungsführung ver-

stehen und was sie von welcher Form von Staatlichkeit erwarteten, wurden weitgehend, das entsprechende Eskalationspotential einer Reformatierung des Staatswesens vollständig ausgeblendet. Die Konfliktanalyse folgte europäischen Vorstellungen und Interessen und zu ihrer Lösung kam das auf dieser ideologischen Grundlage ohnehin geschaffene Instrumentarium zum Einsatz.

Die konkreten Ursachen und Dynamiken der Konflikte vor Ort, die Wahrnehmung und Bedürfnisse verschiedener Bevölkerungsgruppen sowie die komplexen Interdependenzen spielten in dieser Konfliktanalyse – so man sie überhaupt so nennen will – allenfalls eine untergeordnete Rolle.



Die Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) hat eine Gedenkfeier für die burkinabäischen Friedenssoldaten der Mission abgehalten, die am 2. Juli 2015 bei einem Hinterhalt auf der Achse Goundam-Timbuktu in der Region Timbuktu getötet wurden.

III.2. Negation von Zielkonflikten

Die Entkoppelung der europäischen Konfliktwahrnehmung von den Realitäten in der westlichen Sahelregion ermöglichte auch die sehr weitgehende Negation von Zielkonflikten. So wurde bereits mehrfach angesprochen, dass die von der EU durchgesetzte Illegalisierung bestimmter Formen des grenzüberschreitenden Handels und der (Transit-)Migration zuvor völlig legale oder geduldete Geschäftsmodelle kriminalisierte und damit ganze Bevölkerungsgruppen zu dem erklärte, was explizit bekämpft werden sollte: Organisierte Kriminalität. Damit wurden zumindest Anreize für das geschaffene, was v.a. in europäischen Strategiepapieren als besondere Bedrohung antizipiert wurde, nämlich Interessenskongruenzen, implizite und explizite strategische Allianzen zwischen terroristischen und kriminellen Akteuren.

Zugleich steht die „Bekämpfung der Korruption“ als zentrales Element „verantwortungsvoller“ Regierungsführung nicht nur in einem Spannungsverhältnis zur Illegalisierung etablierter Geschäftsmodelle vor Ort, sondern auch den großen Summen ausländischer und internationaler Gelder, die im Zuge von Entwicklungsprojekten und der „Ertüchtigung“ ins Land gepumpt werden und fristgerecht abfließen müssen. Gerade der somit aufgeblasene „Sicherheitssektor“ stellt – nicht nur in der Sahel-Region, sondern auch in Europa – zahlreiche Anreize und Möglichkeiten für Korruption bereit. Jenseits tatsächlich strafbarer Handlungen vermitteln etwa die Ausgaben der EU-Missionen und entwicklungspolitischer Organisationen an lokale und internationale Dienstleister für Sicherungsaufgaben,

Hotelunterkünfte, KFZ-Instandhaltung usw. einen Eindruck von den privaten Gewinnen, die mit der Entscheidung z.B. für dieses oder jenes Hotel einhergehen. Unabhängig davon, ob die zunächst absurd hohen Beträge angesichts schlechter Infrastruktur und Sicherheitslage womöglich sogar gerechtfertigt sein mögen, verstärken die damit sichtbar zunehmenden Einkommensunterschiede zumindest die subjektive Wahrnehmung

Zugleich gibt es einen offenkundigen, aber selten ausgesprochenen Widerspruch zwischen der Bekämpfung des Terrorismus und den zugleich proklamierten Zielen der Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, der Beendigung der Straflosigkeit und dem Schutz von Menschenrechten.

von Korruption und Ungerechtigkeit – die in Mali zweifellos zur Zunahme sozialer Proteste gegen die gewählte Regierung und deren Wahrnehmung als Agenten ausländischer Interessen beigetragen hat.

Zugleich gibt es einen offenkundigen, aber selten ausgesprochenen Widerspruch zwischen der Bekämpfung des Terrorismus und den zugleich proklamierten Zielen der Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, der Beendigung der Straflosigkeit (im Sicherheitssektor) und dem Schutz von Menschenrechten.

Selbst für die dabei vorgesehenen Instrumente innerhalb der Rechtsstaatlichkeit, wie Sonderstaatsanwaltschaften, Polizeieinheiten mit Sonderbefugnissen und Ausbau der Geheimdienste besteht – auch in westlichen Gesellschaften – zumindest ein Spannungsverhältnis z.B. zur Pressefreiheit und fundamentalen Grundsätzen wie Habeas Corpus. Eklatant wird dieser Widerspruch allerdings, wenn ausländische Kräfte, etwa aus Frankreich und dem Tschad, mit massiver Gewalt und Luftangriffen gegen Aufständische bzw. Terroristen vorgehen, dabei sicherlich auch Zivilist*innen schädigen und zugleich per Stationierungsabkommen – wie auch viele zivile Angehörige der EU-Missionen und der MINUSMA – strafrechtliche Immunität im Einsatzland genießen. Nur in seltenen Einzelfällen, wie den Luftangriffen bei Bounti vom Januar 2021, kam es im Anschluss zu einer Untersuchung durch die MINUSMA, was zu diametral entgegengesetzten Beurteilungen der Situation führte. Grundsätzlich scheint fraglich, ob die insbesondere auch auf ausländische Streitkräfte abgestützte „Bekämpfung des Terrorismus“ mit dem Schutz der Menschenrechte und der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit vereinbar sein kann.

Einen weiteren Zielkonflikt, der für die meisten großen UN-Missionen nach Kapitel VII der UN-Charta gilt, hat die amtierende Junta unter Assimi Goïta mit den Querelen um die militärische Logistik u.a. der MINUSMA sehr deutlich gemacht. Formal – nach dem Mandat – basieren die meisten dieser Missionen auf dem Ziel der Stärkung der Souveränität und territorialen Integrität der Einsatzländer. Ein grundlegendes Element dieser Souveränität besteht darin, die Bewegungen bewaffneter Gruppen über die Außengrenzen und deren Aktivitäten im Inland zu kontrollieren, die Kontrolle des Luftraums ist ein weiteres, damit zusammenhängendes Element. Diese Elemente der Souveränität sind mit der Praxis großer, multinationaler, bewaffneter Missionen, die aus einer Vielzahl von regelmäßig auszutauschenden Kontingenten und einem Tross von privaten Dienstleistern (Sicherheit, Logistik, ...), nationalen Unterstützungselementen und anderen Kontingenten im entstehenden Graubereich schwer zu vereinbaren. Dies gilt umso mehr, als es sich bei den entsprechenden Staaten fast schon per Definition um Länder handelt, deren Rechtssysteme und Bürokratien tiefgreifende Krisen und Transformationen durchmachen und damit auch ohne die Überwachung einer umfangreichen militärischen Logistik der UN tendenziell überlastet sind. Dies verschärft sich zweifellos, wenn neben der UN weitere Kontingente der EU, einzelner Staaten (Barkhane und Takuba), regionale Einsatzverbände wie die FCG5S und darüber hinaus verdeckt operierende Spezialkräfte beteiligt sind.

III.3. Unklare Priorisierung ausgreifender Ziele

Die ökonomischen Ziele hinter dem sicherheitspolitischen Engagement der EU in der Region werden u.a. in der Sahel-Strategie sehr allgemein behandelt, während sie zwischen den beteiligten Staaten durchaus differieren. So ist Frankreich v.a. an der Absicherung der Uranvorkommen in Niger interessiert, während Deutschland Absatzmärkte für erneuerbare Energien und die Gewinnung „grünen“ Wasserstoffs verfolgt. Die konkreten Mandate der EU-Missionen formulieren diese implizierten

Ziele nicht, nennen dafür aber zahlreiche weitere („Wiederherstellung der territorialen Unversehrtheit“, „Rechtsstaatlichkeit“, „Verringerung der Bedrohung durch terroristische Gruppen“), die bereits untereinander Widersprüche aufweisen und auch nicht im Detail operationalisiert sind. In den Mandaten der MINUSMA werden weitere Aufgaben definiert. In der öffentlichen Kommunikation und Parlamentsdebatten werden weitere Ziele genannt, in Deutschland z.B. zunächst häufig die „Solidarität mit Frankreich“, die Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU oder auch die Stärkung der UN – auch hier allerdings ohne Konkretisierung, was z.B. unter einer Stärkung der UN zu verstehen ist. Zugleich werden häufig humanitäre und altruistische Motive genannt, wonach man den Menschen in der Region helfen und eine Perspektive geben wolle. Je

So ist Frankreich v.a. an der Absicherung der Uranvorkommen in Niger interessiert, während Deutschland Absatzmärkte für erneuerbare Energien und die Gewinnung „grünen“ Wasserstoffs verfolgt.

nach politischer Ausrichtung und Konjunktur wird auch die „Bekämpfung der Migration“ oder aber – anders chiffriert – die „Bekämpfung von Fluchtursachen“ als Ziel und Aufgabe benannt. Die Vielzahl nicht ausreichend operationalisierter Zielbestimmungen erschwert eine ehrliche Evaluation und begünstigt den Mission Creep, die Fortsetzung und Ausweitung von Missionen ohne klare Definition erreichbarer Ziele, Abbruchkriterien und Exit-Strategien. Sie ermöglicht damit einer Vielzahl von Akteuren im Geflecht der Vernetzten Sicherheit auch die Verfolgung von (ökonomischen) Partikularinteressen.

III.4. Fehlende demokratische Kontrolle und Versagen der europäischen Zivilgesellschaft(en)

Vor allem jenseits Frankreichs ist das öffentliche Interesse an den konkreten Aktivitäten europäischer Streitkräfte, Polizeien und Berater*innen in der Sahel-Region sehr begrenzt. Selbst wenn es zur Verwundung oder zum Tod von Soldat*innen kommt, wird dies – trotz der vielbeschworenen Solidarität – meist allenfalls im jeweiligen Herkunftsland öffentlich wahrgenommen. Der insgesamt hohe, aber auf verschiedene Mandate und oft kleine nationale Kontingente verteilte Kräfteinsatz aus Europa wird weiterhin – wenn überhaupt – in nationalen Öffentlichkeiten unter jeweils spezifischen Bedingungen diskutiert und hinsichtlich Umfang, Komplexität und materiellen wie immateriellen Kosten unterschätzt. Entsprechend gering ist das Interesse an der Gesamtlage und deren Entwicklung. So wurde die dramatische und kontinuierliche Verschlechterung der Sicherheitslage ab 2016 von den europäischen Öffentlichkeiten (jenseits Frankreichs) kaum wahrgenommen und bestehende Mandate in den Parlamenten – so-



fern sie überhaupt einem Parlamentsvorbehalt unterlagen – wurden oft verlängert, ohne dass die Lageentwicklung dabei berücksichtigt worden wäre.

Es mag auch der dynamischen Entwicklung des außenpolitischen Apparates der EU sowie der Komplexität des vernetzten Ansatzes geschuldet sein, dass die demokratische Kontrolle der darin vereinten Aktivitäten auch auf europäischer Ebene sehr weitgehend versagt. Einsätze wie EUCAP und Takuba sind in Europa nur einem Fachpublikum überhaupt bekannt. Selbst in Qualitätsmedien wird oft nicht zwischen der UN-Mission MINUSMA und der EUTM-Mission unterschieden. Dass mit Takuba erstmals jenseits des EU-Rechtsrahmens ein europäischer Einsatz zur Terrorbekämpfung auf den Weg gebracht wurde, wurde europaweit kaum wahrgenommen und diskutiert. Weitere Gründe für das fehlende europäische Interesse und Bewusstsein mögen darin liegen, dass im Geflecht des vernetzten Ansatzes jeweils unterschiedliche Gremien auf Ebene der EU und der Nationalstaaten Kontrollbefugnisse ausüben, dass in großem Maßstab Spezialkräfte und private Dienstleister beteiligt sind und auch darüber hinaus, z.B. was die konkreten Maßnahmen der deutschen „Ertüchtigung“ oder die Berichte der EUCAP Sahel Mali angeht, Geheimhaltung gilt. Kurz gesagt fehlen sowohl auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene Gremien und Öffentlichkeiten, welche den vernetzten Ansatz der europäischen Union in seiner Gesamtheit wahrnehmen und diskutieren und somit auch auf Veränderungen der Lage und damit einhergehend der jeweils priorisierten Zielsetzung reagieren könnten.

Allerdings lässt sich die fehlende öffentliche Debatte nicht alleine auf die Struktur des europäischen Ansatzes zurückführen, sondern auch auf Defizite in der Berichterstattung. So wurde z.B. über die französischen Luftschläge bei Bounti, bei denen laut Untersuchungsbericht der MINUSMA eine Hochzeitsgesellschaft getroffen wurde, jenseits Frankreichs kaum berichtet. Auch andere Kriegsverbrechen oder Menschenrechtsverletzungen durch Verbündete der europäischen Streitkräfte sind in öffentlichen Dokumenten u.a. der UN dokumentiert, ohne dass sie in europäischen Medien zur Sprache kamen. So haben NGOs bereits vor dem Beginn der EUTM und über die gesamte Zeit ihrer Präsenz in Mali über Menschenrechtsverletzungen der malischen Armee berichtet, ohne dass dies nennenswert im Zusammenhang mit deren Ausbildung und Ausstattung durch die EU thematisiert worden wäre. Bezeichnender Weise änderte sich dies mit der Präsenz russischer Berater*innen und Militärausbilder*innen. Seither scheint kaum ein Bericht in der Qualitätspresse auszukommen, ohne die mutmaßlichen Menschenrechtsverletzungen der ma-

Selbst wenn es zur Verwundung oder zum Tod von Soldat*innen kommt, wird dies – trotz der vielbeschworenen Solidarität – meist allenfalls im jeweiligen Herkunftsland öffentlich wahrgenommen.

lischen Armee und ihrer russischen Partner zu thematisieren. Typischer Weise wird hierbei davon ausgegangen, dass es sich bei Getöteten um Zivilist*innen handle, während Medien die Erfolgsmeldungen des französischen Verteidigungsministeriums über „neutralisierte“ Mitglieder bewaffneter terroristischer Gruppen entweder unkritisch übernahmen – oder gar nicht berichtet haben. Dies mag ein Symptom allzu großer Nähe der journalistischen zu den politischen Eliten innerhalb der EU zu sein, wobei erstere die Deutungen und flexiblen Zieldefinitionen letzterer allzu leichtfertig übernehmen, anstatt sie kritisch zu reflektieren. Dies deutet sich auch dahingehend an, dass als Ursache für das Scheitern und die desaströsen Entwicklungen in der Region auch in der Presse meist das Versagen der Regierungen vor Ort und allenfalls insofern das EU-Außenhandeln kritisiert wird, als auf diese nicht genug Druck ausgeübt worden sei. Diese Studie verfolgte einen anderen Ansatz.

VI. Ausblick: Mali im Strudel der Geopolitik?

VI.1. Das deutsche Dilemma

Das vorherrschende Narrativ zur Erklärung der deutschen Truppenpräsenz in Mali war zunächst die „Solidarität mit Frankreich“. Zwischenzeitlich war auch die Argumentation der „Bekämpfung der Fluchtursachen“ bzw. der „Bekämpfung der illegalen Migration“ zur Legitimation der Einsätze von zentraler Bedeutung. Nach dem Abzug der Franzosen ist hingegen in Deutschland primär die Rede davon, dass man „das Feld nicht den Russen“ überlassen dürfe – flankiert allerdings weiterhin von moralisierenderen Begründungen, dass man die UN nicht „im Stich“ und Mali nicht „alleine“ lassen dürfe. Alleine die Vielfalt von Begründungen für letztlich ähnlich bleibende Mandate und Einsätze dokumentiert den One-Size-Fits-All-Ansatz der deutschen und europäischen Außenpolitik, die auf ideologischen Grundlagen einen zivil-militärischen Ansatz zum Krisenmanagement entwickelt hat, der unabhängig von der konkreten Situation und den proklamierten Zielen zum Einsatz kommt. Der Verdacht liegt nahe, dass es dabei zusammenfassend schlicht darum geht, Einfluss zu sichern und auszuüben. Insofern mag die Begründung, „das Feld nicht den Russen zu überlassen“ nach fast zehn Jahren „Engagement“ in der Region dessen Ziel zumindest nachträglich ehrlich formulieren. Darin kann auch eine Chance liegen, es birgt aber auch enorme Gefahren.

Im Herbst 2022 befindet sich die deutsche Außenpolitik in einem schwierigen Dilemma. Nach dem Abzug der Franzosen haben weitere europäische Staaten – unkoordiniert und aus jeweils eigenen Interessenlagen heraus – ihren Abzug oder Reduzierungen angekündigt (auch diese Absetzerscheinungen sind letztlich Folge der Flexibilitäten des vernetzten Ansatzes). Die sehr weitgehende Verlegung des EUTM-Einsatzes ins Nachbarland Niger ist bereits beschlossen und befindet sich in der Umsetzung. Die malische Regierung schränkt die Bewegungsfreiheit des deutschen MINUSMA-Kontingents zunehmend ein, während russische Einheiten immer mehr Stützpunkte be-

setzen – zuletzt wurde sogar über russische Kräfte auf dem Flughafen Gao berichtet, auf den sich die deutsche Logistik abstützt. Die Luftnahunterstützung nach dem Wegfall der französischen Kampfhubschrauber – eine explizit im deutschen Mandat festgehaltene Voraussetzung für die Fortsetzung des Einsatzes – ist prekär und geht zulasten anderer MINUSMA-Kontingente in Timbuktu. Zugleich scheinen die Islamisten ihren Einfluss in der Umgebung von Gao auszubauen. Die Lage wird brenzlich für das deutsche Kontingent, welches zugleich das letzte ist, mit dem Europa militärisch und damit auch strukturell zumindest innerhalb der MINUSMA Einfluss ausüben kann. Das wäre insofern eine Chance, militärisch auf dem afrikanischen Kontinent „mehr Verantwortung“ zu übernehmen, wie es von der deutschen Außenpolitik über Jahre als Ziel und Forderung formuliert wurde.⁵³ Allerdings rumort es in der Truppe und von dort ausgehend auch im Parlament. Das Verteidigungsministerium präferiert den Abzug, das Außenministerium will den Einsatz fortsetzen. Letzteres würde womöglich gar eine weitere Aufstockung oder ein robusteres Mandat voraussetzen – denn aktuell können die deutschen Kräfte kaum ausrücken und stellen eher eine Belastung für MINUSMA dar.

Es wäre aber auch denkbar, dass sich europäische Regierungen fast vollständig aus Mali zurückziehen und zumindest einzelne Akteure versuchen, von außen die Lage in Mali zu destabilisieren.

Weiter verkompliziert sich die Lage durch den Krieg in der Ukraine. Einerseits bietet er der Bundesregierung eine Möglichkeit, sich gesichtswahrend vom selbst gestellten Anspruch, in Afrika (und durch andere Auslandseinsätze) mehr „Verantwortung zu übernehmen“, zu verabschieden und auf die Landes- und Bündnisverteidigung zu refokussieren. Andererseits bildet

er einen besonders schwierigen Hintergrund dafür, tatsächlich Russland „das Feld zu überlassen“ – und zwar in einer Region, die das Auswärtige Amt als „geostrategisches Vorfeld Europas“ bezeichnet hat.⁵⁴ Angesichts der leider durchaus denkbaren weiteren Eskalation der Konfrontation zwischen der NATO

und Russland könnte letzteres seine Präsenz in Mali durchaus nutzen, um den europäischen Einfluss in Nord- und Westafrika weiter zurückzudrängen und die Region – zumindest aus der europäischen Perspektive – weiter zu destabilisieren. Es wäre aber auch denkbar, dass sich europäische Regierungen fast vollständig aus Mali zurückziehen und zumindest einzelne Akteure versuchen, von außen die Lage in Mali zu destabilisieren. Nach einer weiteren Eskalation und vielleicht einem weiteren Putsch könnten EU und ggf. sogar die NATO – basierend z.B. auf einer Anfrage der Afrikanischen Union oder der ECOWAS – dann ruhmreich zurückkehren. Vermutlich allerdings würde dies auf dem Rücken weiterer tausender Toten geschehen.

IV.2. Ein blockfreies Mali?

Russland hat in Mali einen strategischen Vorteil, da es in der Region nicht in dem Maße unmittelbare Interessen verfolgt, wie zumindest einzelne europäische Staaten. Falls die Lage dort weiter eskaliert, kann Russland abziehen. Sein – vor Ort gerade sehr guter – Ruf würde zwar Schaden nehmen, von den Folgen einer weiteren Destabilisierung wäre Russland jedoch weit weniger betroffen, als Europa und damit die NATO.

Aus diesem weitgehenden Fehlen unmittelbarer Interessen ergibt sich ein weiterer Vorteil für Russland, den die aktuelle Junta in Mali zu nutzen scheint. Russland ist nicht gebunden an die alten Eliten und Netzwerke, die jahrelang regiert haben und in der Bevölkerung in Ungnade gefallen sind. Es kann die Regierung stabilisieren, ohne dabei Interessen wie die Bekämpfung der Migration durchsetzen zu müssen – welche sich destabilisierend auswirken. Russland könnte einen Rahmen

schaffen, in dem sich MINUSMA weniger an europäischen Interessen, als an jenen der malischen Regierung orientieren und damit tatsächlich die malische Souveränität stärken könnte. Mit einem ehrlicheren und realistischeren außenpolitischen Ansatz könnte auch die EU weiterhin versuchen, Einfluss auszuüben, ohne gleich die gesamte Region und jeden einzelnen Staat nach ihren Vorstellungen reformatieren zu wollen. Dann könnten sowohl die EU, Russland und weitere Akteure Angebote machen, statt Forderungen durchzusetzen. Vorausgesetzt, die malische Junta schafft es tatsächlich, die Interessen und Vorstellungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu versöhnen, könnte dies auch eine große Chance für das Land, die Region und den Kontinent darstellen. Wenn sich Russland, die EU und andere in Bezug auf Mali auf eine solche, weniger auf Militär und Zwang, als auf Diplomatie stützenden Außenpolitik zurückbesinnen würden, wäre das sogar eine gute Aussicht für die ganze Welt. Sowohl der russische Imperialismus, wie er sich in der Ukraine zeigt, als auch der europäische, wie er sich im Sahel gezeigt hat, lassen – bei aller Unterschiedlichkeit – hieran allerdings zweifeln.

Vorausgesetzt, die malische Junta schafft es tatsächlich, die Interessen und Vorstellungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu versöhnen, könnte dies auch eine große Chance für das Land, die Region und den Kontinent darstellen.

Die Anwesenheit ausländischer Truppen und riesige Mengen teurer militärischer Ausrüstung haben Armut und Unterentwicklung in den Sahelländern nicht verringert.



Internationale Missionen

Mission	Zeitraum	Politische Führung/ Verantwortung	Umfang	Primäre völkerrechtliche Legitimation	Aufgaben
MINUSMA	2013-	UN (DPKO)	> 15.000 bewaffnete und uniformierte	Resolutionen des UN-Sicherheitsrates	Stabilisierung, Umsetzung Friedensabkommen, Schutz Zivilbevölkerung, ...
Force Conjointe G5-Sahel	2017-	Nationale Verteidigungsministerien (G5-Staaten) und ständiges Sekretariat der G5 in Mauretanien	5.000 Soldat*innen aus G5-Staaten	Resolution Nr. 01/2017 der G5-Sahel Staaten	Grenzüberschreitende Kooperation bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus
Barkhane	2013-2022	Frankreich (Ministère des Armées)	< 5.100, vorwiegend Spezialkräfte	Stationierungsabkommen (bis 2022)	Bekämpfung des Terrorismus (in allen G5-Sahelstaaten)
Takuba	2020-2022	Nationale Verteidigungsministerien (europäische Staaten)	< 800, vorwiegend Spezialkräfte	--	Bekämpfung des Terrorismus (mali)
EUTM Mali	2013-	Rat der EU – Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee (PSC) – Military Planning and Conduct Capability (MPCC) im EU Military Staff (EUMS)	< 1.000	Einladung der malischen Regierung 2012, Stationierungsabkommen	Ausbildung der malischen Armee (mittlerweile auch G5 mit Schwerpunkt Niger)
EUCAP Sahel Mali	2015-	Rat der EU – Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee (PSC) - Civilian Planning and Conduct Capability (CPCC) im EEAS	ca. 150 nicht exekutive, meist uniformierte, tw. bewaffnete Kräfte	Einladung bzw. Duldung durch malische Regierung	Ausbildung „ziviler Sicherheitskräfte“ (Gendarmerie, Nationalgarde, Nationalpolizei), Reformen der Justiz.
Spezialkräfte aus Deutschland, USA, weiteren	Teilweise bereits vor 2013	Nationale Verteidigungsministerien	tw. verdeckt operierend	-	? (im deutschen Fall u.a. Geiselnbefreiung)
Beratergruppen	Teilweise bereits vor 2013	Nationale Verteidigungsministerien	Im deutschen Fall: ca. 8	Einladung / Duldung der malischen Regierung	Militärische Ausbildungs- und Ausstattungshilfe, „Ertüchtigung“

Endnoten

- 1 Petersberg Declaration made by the WEU Council of Ministers (Bonn, 19 June 1992), dokumentiert u.a. unter: <https://www.bits.de/NRANEU/docs/WEU220697.PDF>
- 2 Klaus Naumann u. a.: Towards a Grand Strategy for an Uncertain World: „People in the European Union take for granted personal, economic and social liberties, such as the freedom of movement ... But very few EU citizens feel any responsibility to defend these liberties by military force, should the need arise. When citizens consider citizenship to be nothing more than a vehicle for the enjoyment of rights, with duties left to others, then the military is left on the fringes“.
- 3 Bis 2007: Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).
- 4 Karlheinz Viereck: „EUFOR RD Congo - Europe can do it“, Truppen dienst (Magazin des österreichischen Bundesheeres) Ausgabe 3/2007.
- 5 Susan Rice: The New National Security Strategy - Focus on Failed States, Brookings Institution Policy Brief #116 (February 2003), URL: <https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2016/06/pb116.pdf>. [that weak states, like Afghanistan, can pose as great a danger to our national interests as strong states. Poverty does not make poor people into terrorists and murderers. Yet, poverty, weak institutions, and corruption can make weak states vulnerable to terrorist networks and drug cartels within their borders.]
- 6 ESS 2003: „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“, dokumentiert u.a. unter: <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/d0928657-af99-4552-ae84-1cbaaa864f96/> [EN: <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/d0928657-af99-4552-ae84-1cbaaa864f96/>]
- 7 Directorate-General for External Policies of the Union (DG EXPO): CSDP Missions and Operations – Lessons Learned (April 2012), dokumentiert u.a. unter: [https://www.tepsa.eu/download/CSDP%20Missions%20and%20Operations-%20Lessons%20Learned%20Processes%20\(DG-%20External%20Policies\).pdf](https://www.tepsa.eu/download/CSDP%20Missions%20and%20Operations-%20Lessons%20Learned%20Processes%20(DG-%20External%20Policies).pdf).
- 8 Verordnung (EG) Nr. 491/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2004 zur Einrichtung eines Programms für die finanzielle und technische Hilfe für Drittländer im Migrations- und Asylbereich (AENEAS), URL: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32004R0491&from=EN> [Regulation (EC) No 491/2004 of the European Parliament and of the Council of 10 March 2004 establishing a programme for financial and technical assistance to third countries in the areas of migration and asylum (AENEAS) <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A32004R0491>]
- 9 Europäische Kommission (EC): Aeneas programme: Overview of projects funded 2004 – 2006, dokumentiert unter: https://download.taz.de/migcontrol/eu/EU_AENAS_%20projects%20funded%20to%20third%20countries%202004%20-%202006_eng.pdf.
- 10 EC: Technical Mission to Libya on Illegal Immigration (27. Nov-6.Dec 2004) Report, dokumentiert unter: <https://www.statewatch.org/media/documents/news/2005/may/eu-report-libya-ill-imm.pdf>.
- 11 EAD [EEAS]: Strategy for Security and Development in the Sahel, URL: https://eeas.europa.eu/archives/docs/africa/docs/sahel_strategy_en.pdf.
- 12 Greenpeace International: Left in the dust - AREVA's radioactive legacy in the desert towns of Niger (May 2010), URL: <https://media.greenpeace.org/archive/Report-Left-in-the-Dust-27MZIFIXELWO.html>.
- 13 Z.B.: Arvid Kaiser: Frankreichs Sorge um Uran aus der Wüste, www.manager-magazin.de (28.1.2013), URL: <https://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/a-879615.html>.
- 14 Vgl.: World Nuclear Association: Nuclear Power in France (Updated September 2022), URL: <https://world-nuclear.org/information-library/country-profiles/countries-a-f/france.aspx>, eine ausführliche Untersuchung zum Stand 2000 unter: <https://core.ac.uk/download/pdf/161954185.pdf>.
- 15 Siehe: <https://africa.h2atlas.de/ecowas>.
- 16 Final report of the Panel of Experts in accordance with paragraph 24 (d) of resolution 1973 (2011) (S/2012/163), dokumentiert u.a. hier: https://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/2012/163.
- 17 Ausdruck hierfür sind die Aktionspläne der malischen Regierung „Programme d’Intervention d’urgence pour la Réduction de l’Insécurité au Nord Mali“ (PIRIN) und das „Programme spécial pour la paix, la sécurité et la Paix et le développement au Nord-Mali“ (PSPSDN), die in der Literatur sehr unterschiedlich bewertet werden. Motiviert waren sie durch die Bekämpfung des Terrorismus und zielten auf eine stärkere Präsenz des malischen Staates im Norden. Siehe u.a. Amadou Keita, Stéphanie Lima und Céline Thiriot: Etat, décentralisation et environnement - inventaire critique d’une crise multiforme, in: Brunet-Jailly et al: *Le Mali Contemporain*, URL: <https://books.openedition.org/irdeditions/21095?lang=en>. Nach verschiedenen Darstellungen zielte v.a. das PSPSDN v.a. darauf auf, die Lebensbedingungen der Bevölkerung im Norden zu verbessern, andere beschreiben hingegen eine umfangreiche Militarisierung der Region durch Militärmanöver, neue Gendarmerie- und Militärstandorte und Gefängnisse. Die führende Personen des PSPSDN verfolgen jedenfalls primär repressive Ansätze der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Drogenhandels und des Terrorismus, vgl: Malijet.com: Au

- cœur du dispositif antiterroriste d'ATT : le Pspdn et ses hommes, URL: https://malijet.com/a_la_une_du_mali/26705-au_coeur_du_dispositif.html.
- 18 Michael Shurkin: France's War in Mali - Lessons for an Expeditionary Army, Rand Corporation (2014), URL: https://www.rand.org/pubs/research_reports/RR770.html
- 19 Für eine ausführlichere Darstellung des Autors zu „MINUSMA und militärische Operationen im Sahel“
siehe: <https://migration-control.info/wiki/minusma-und-militaerische-operationen/>. [„MINUSMA and military operations in the Sahel“ <https://migration-control.info/en/wiki/minusma-military-operations-sahel>]
- 20 Die entsprechenden Pressemitteilungen des französischen Verteidigungsministeriums sind dort nicht mehr abrufbar, aber tw. unter folgenden URLs archiviert: <https://web.archive.org/web/20220126203804/https://www.defense.gouv.fr/operations/points-de-situation/point-de-situation-des-operations-du-1er-au-7-janvier-2021> (darin die ursprüngliche Mitteilung zu den Luftangriffen auf Bounti) sowie: <https://web.archive.org/web/20220126210807/https://www.defense.gouv.fr/operations/points-de-situation/point-de-situation-des-operations-du-16-au-21-janvier>.
- 21 MINUSMA (Division des Droits de l'Homme et de la Protection): Rapport de l'incident de Bounty du 3 janvier 2021, URL: https://minusma.unmissions.org/sites/default/files/rapport_final_bounty_bounty9.pdf.
- 22 Bundestags-Drucksache 20/1761, URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/017/2001761.pdf>.
- 23 FIDH (International Federation for Human Rights): Avoiding revenge in order to win peace (30.1.2013), URL: <https://www.fidh.org/en/region/Africa/mali/Avoiding-revenge-in-order-to-win-12810>.
- 24 Beschluss 2013/34/GASP des Rates vom 17. Januar 2013 über eine Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali). [Council Decision 2013/34/CFSP of 17 January 2013 on a European Union military mission to contribute to the training of the Malian Armed Forces (EUTM Mali)]
- 25 Ralf Beste: Auf ein Bier an der Malaria-Bar, Spiegel.de (19.4.2013), URL: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/trittin-in-mali-besuch-der-bundeswehr-in-koulikoro-a-895470.html>
- 26 Über Verluste im Rahmen der EUTM und die konkreten Umstände der Angriffe und militärischen Reaktionen wird nur sehr zurückhaltend berichtet und informiert. Für eine kritische Würdigung der Informationspolitik rund um den letztgenannten Angriff siehe: Nicolas Gros Verheyde: North Korean communication - A lack of tact and strategy, buxelles2.eu (21.6.2017), URL: <https://www.buxelles2.eu/en/2017/06/des-europeens-timides-et-peu-strategiques>.
- 27 EAD [EEAS]: Remarks by the High Representative/Vice-President Josep Borrell at the press conference (26.08.2020), URL: https://www.eeas.europa.eu/eeas/informal-meeting-eu-defence-ministers-remarks-high-representativevice-president-josep-0_en.
- 28 Bamada.net: 6.541 militaires fictifs décelés par l'union européenne au sein de l'armée malienne (16.5.2020), URL: <http://bamada.net/6-541-militaires-fictifs-deceles-par-lunion-europeenne-au-sein-de-larmee-malienne>. Der Vorgang wurde auch von der Bundesregierung bestätigt, siehe: Bundestags-Drucksache Drucksache 20/2215, URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/022/2002215.pdf>.
- 29 Juliet Ferguson: EU-trained soldiers responsible for deaths of civilians in Mali, www.opendemocracy.net (10.05.2022), URL: <https://www.opendemocracy.net/en/economy/mali-eu-mission-soldiers-human-rights-abuses/>.
- 30 Beschluss (GASP) 2020/434 des Rates vom 23. März 2020 zur Änderung des Beschlusses 2013/34/GASP über eine Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali).
- 31 Ein juristisch schwieriges Unterfangen, da die eigentliche Straftat oft in internationalen Gewässern erfolgte oder lediglich deren Absicht unterstellt wird - von Zeug*innen auf Schiffen, die in anderen Teilen der Welt residieren. Letztlich brachte das Personal der internationalen Marinemissionen immer wieder mutmaßliche Piraten zur Inhaftierung in die Küstenstaaten, denen dort aber nicht wirklich, zumindest nicht nach rechtsstaatlichen Bedingungen, der Prozess gemacht werden konnte, die aber die ohnehin angespannten Justizapparate zusätzlich überlasteten – nach Beobachtungen des Autors in Kenia v.a. zugunsten der organisierten Kriminalität, deren Angehörige Prozesse verschleppen und sich aus den überfüllten Gefängnissen freikaufen konnten.
- 32 Rat der Europäischen Union: EUCAP Sahel Niger to help prevent irregular migration (13.05.2015), URL: <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2015/05/13/eucap-sahel-niger/>.
- 33 Frontex: Frontex signs Working Arrangement with EUCAP Sahel Niger (15.07.2022), URL: <https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/frontex-signs-working-arrangement-with-eucap-sahel-niger-R8bj2Z>.
- 34 BBC: Mali attack: Special forces storm hotel to free hostages (20.11.2015), URL: <https://www.bbc.com/news/world-africa-34877069>.
- 35 Diese erfolgten zunächst im Rahmen der Pan-Sahel Initiative (PSI) des US-Außenministeriums, die 2005 in die

- Trans-Saharan Counterterrorism Initiative (TSCI) überführt wurde.
- 36 Siehe beispielsweise das „African Police Program“ der giz, URL: <https://www.giz.de/en/worldwide/15637.html>.
- 37 Dies gilt nicht ausschließlich für die lokalen und westlichen Eliten. Vor allem die Forschungsstelle Flucht und Migration (FFM) aus Berlin weist immer wieder darauf hin, dass es für junge Männer und Frauen aus der Region kaum noch möglich ist, z.B. als Wanderarbeiter*innen ihren Familienverhältnissen zu entfliehen und „die Welt zu sehen“, sondern entsprechende Möglichkeiten (für die Männer) v.a. noch darin bestehen, sich einer bewaffneten Gruppe anzuschließen.
- 38 Einen Überblick über die Entwicklung des MINUSMA-Mandates liefern u.a. Jaïr van der Lijn et al: Assessing the Effectiveness of the United Nations Mission in Mali (MINUSMA), Norwegian Institute of International Affairs (2019), URL: <https://effectivepeaceops.net/wp-content/uploads/2019/11/EPON-MINUSMA-Report.pdf>
- 39 UNSC-Resolution 2423 (2018), URL: https://minusma.unmissions.org/sites/default/files/n1820250_0.pdf.
- 40 Virginie Baudais, Souleymane Maïga: The European Training Mission in Mali – An Assesment (SIPRI Background Paper (April 2022), URL: https://www.sipri.org/sites/default/files/2022-04/bp_2204_eutm_mali.pdf. Konkrete Zahlen nennt das Mandat auf EU-Ebene jeweils nicht, sie lassen sich allenfalls unregelmäßig veröffentlichten Fact Sheets entnehmen, die allerdings oft unpräzise sind. Das Fact Sheet der EUTM vom März 2020 bezeichnet den Umfang der Mission mit 745. Beides erscheint niedrig auch angesichts der Tatsache, dass alleine Deutschland zu diesem Zeitpunkt 600 Kräfte für diesen Einsatz mandatiert hatte.
- 41 France24.com: Macron announces France's Sahel military force will end in early 2022 (14.07.2021), URL: <https://www.france24.com/en/france/20210713-macron-announces-france-s-sahel-military-force-will-end-in-early-2022>.
- 42 G5 Sahel (Secretariat Permanent): Resolution N°00-01/2017 Relative a la Creation d'une Force Conjointe du G5 Sahel, URL: https://www.g5sahel.org/wp-content/uploads/2017/04/images_Docs_Resolutions_force_conjointe__05_02_20171.pdf.
- 43 BMVg: Sicherheit in der Sahelregion - Europa unterstützt G5-Eingreiftruppe (20.09.2017), URL: <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/europa-unterstuetzt-g5-eingreiftruppe-18316>.
- 44 Deutsche Welle: EU doubles funds for G5 Sahel military anti-terror security force (23.02.2018), URL: <https://www.dw.com/en/eu-doubles-funds-for-g5-sahel-military-anti-terror-security-force/a-42711948>.
- 45 Vorsichtig formuliert finden sich beide Argumente u.a. bei der regierungs- und militärnahen deutschen Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), siehe: Denis M. Tull: Mali und G5 - Ertüchtigung des Sicherheitssektors, SWP-Aktuell 76 (Dezember 2017), URL: https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2017A76_tll.pdf. [Denis M. Tull: Mali, the G5 and Security Sector Assistance, SWP Comment 2017/C 52, URL: https://www.swp-berlin.org/publications/products/comments/2017C52_tll.pdf]
- 46 UNSC: Report of the Secretary-General on the situation in Mali (29.3.2018), S/2018/273, URL: https://minusma.unmissions.org/sites/default/files/report_of_the_secretary-general_on_the_situation_in_mali_-_29_march_.pdf.
- 47 UNSC: Situation in Mali - Report of the Secretary-General (06.06.2018), S/2018/541, URL: https://minusma.unmissions.org/sites/default/files/180606_sg_report_on_mali_english_.pdf.
- 48 So bezeichnete beispielsweise die International Crisis Group im Oktober 2017 die Gewalt im Norden Burkina Fasos – trotz zunehmend djihadistischer Tendenzen als „soziale Revolte“, die in einer „versteinerten und ungleichen Gesellschaftsordnung“ [ossified and unequal social order] wurzele, siehe: ICG: The Social Roots of Jihadist Violence in Burkina Faso's North, Africa Report N°254 (12.10.2017), URL: <https://www.crisisgroup.org/africa/west-africa/burkina-faso/254-social-roots-jihadist-violence-burkina-faso-north>. Die Eskalations- und Gewaltspirale, wie sie sich v.a. in den folgenden Jahren entfaltete, wird journalistisch anschaulich u.a. von Tim Cocks dargestellt, s.: <https://www.reuters.com/article/us-africa-islamists-preacher-insight-idUSKBN1XM1K8>.
- 49 Charlotte Wiedemann: Mali - Putschisten als Hoffnungsträger?, Blätter für deutsche und internationale Politik (Oktober 2020), URL: <https://www.blaetter.de/ausgabe/2020/oktober/mali-putschisten-als-hoffnungstraeger>.
- 50 Nicht abschließend geklärt scheint, ob bzw. in wie vielen Fällen es sich um dasselbe Personal gehandelt hat, das die Schüsse abgegeben und von EUCAP bzw. EUTM ausgebildet wurde. Für eine Zusammenstellung entsprechender Quellen siehe: <https://ffm-online.org/mali-eu-ge-drillte-antiterrorereinheit-schlaegt-zivilen-protest-in-bamak-o-nieder/>.
- 51 EAD [EEAS]: Remarks by the High Representative/Vice-President Josep Borrell at the press conference (26.08.2020), URL: https://www.eeas.europa.eu/eeas/informal-meeting-eu-defence-ministers-remarks-high-representativevice-president-josep-0_en.
- 52 Stefan Brüne: Noch das alte oder schon das neue Europa?, in: Heinz-Gerhard Justenhoven, Hans-Georg Ehrhart (Hrsg.): Intervention im Kongo - Eine kritische

Analyse der Befriedungspolitik von UN und EU, Kohlhammer Verlag 2008.

- 53 Siehe z.B. Max Hofmann: „Von der Leyen: 'We want to take on more responsibility'“, dw.com (20.06.2014), URL: <https://www.dw.com/en/von-der-leyen-we-want-to-take-on-more-responsibility/a-17725750>; kritisch hierzu: Abou Jeng: An African Perspective - Pointers for Germany's Foreign Policy Direction in Africa, d.i.e The Current Column (February 2014), URL: https://www.idos-research.de/uploads/media/German_Development_Institute_Jeng_26.02.2014_01.pdf.
- 54 Auswärtiges Amt: Strategischen Ausrichtung des Sahel-Engagements, April 2021.

